

**Blätter des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen
und Sozialisten
Deutschlands e.V.**

1/10

März 2010 · 63. Jahrgang
Einzelverkauf 6,- €

Reich Gottes – Friede

Margot Käßmann
Neujahrspredigt – Frauenkirche Dresden

Friedens-Jirga, Pax Christi, ÖNiD
Frieden für Afghanistan

Johannes Weissinger
1.9.1939 Kriegsbeginn – Erinnerung verpflichtet

Aus der Chronik Wulmeringhausen

Wolfgang Sternstein
Gandhis Satyagraha-Lehre

Hermann Sieben
Neve Shalom/Israel

Klaus Petersen, Annette Seifert
Reich Gottes und Kirche

Jochen Vollmer
Wider den Wachstumswahn

Stefan Silber
Globalisierung der Gerechtigkeit!

Jürgen Schübelin
Kinder aus Haiti

Rezensionen

Bundesnachrichten

**CHRISTIN
CHRIST UND
SOZIALISTIN
SOZIALIST**

CUS

KREUZ UND ROSE



IMPRESSUM

**CuS. Christin und Sozialistin/
Christ und Sozialist. Kreuz und Rose.**
Blätter des Bundes der Religiösen So-
zialistinnen und Sozialisten Deutsch-
lands, erscheint seit 1948.

Herausgeber:

Bund der Religiösen Sozialistinnen und
Sozialisten Deutschlands e.V., gegrün-
det 1919/1926

Vorstand:

Michael Bschorr, Reinhard Gaede,
Martina Ludwig, Norbert Voß,
Bernd Zielmann

Redaktion:

Dr. Reinhard Gaede (v.i.S.d.P.)
Wiesestr. 65, D-32052 Herford
Tel. 0 52 21/34 25 56
cus@brsd.de, reinhard-gaede@gmx.de
Michael Bschorr

Redaktions-Beirat:

Friedrich W. Bargheer, Blomberg
Heiko Bluhm, Lauffen a.N.
Hartmut Futterlieb, Bad Hersfeld
Fritz Hufendiek, Berlin
Elmar Klink, Bremen
Helmut Pfaff, Frankfurt
Wieland Zademach, Unkel
Bernd Zielmann, Hattingen

CuS/BRSD im Internet:

www.BRSD.de

Webmaster:

Darius Dunker, Aachen

Erscheinungsweise vierteljährlich

Abonnements:

Norbert Voß, Altvolberg 20,
51503 Rösrath, Tel. 0 22 05/79 37,
n.voss@redezeit.de

Preise:

Einzelheft € 6,-, Doppelnummer
€ 8,-, Jahresabonnement Inland:
€ 20,- pro Jahr, Ausland: Europa
€ 24,-, Welt € 28,50. Förder-
abonnement € 25,- oder mehr.
Kündigungen werden zum Jahresende
wirksam. Bitte überweisen Sie den
Betrag jeweils zum Jahresbeginn an
den BRSD e.V., KD-Bank, BLZ 350
601 90, Konto-Nr. 2 119 457 010
Internationale Überweisungen:
IBAN DE 15350601902119457010
BIC GENODED1DKD

Gestaltung & Layout:

Kreativ-Schmie.de, Hamburg
www.kreativ-schmie.de

Druck:

Duckers Hain Gieselmann, Bielefeld

ISSN 0945-828-X

Christ und Sozialist / Christin und Sozialistin

INHALT

Editorial	3
Margot Käßmann Predigt zur Jahreslosung 2010 – Frauenkirche Dresden	9
Nationale Friedens-Jirga Afghanistan – Kooperation für den Frieden Deutschland Frieden in Afghanistan	14
Pax Christi Kommentar zum EKD Wort 25. Jan. 2010 zu Afghanistan	19
Ökumenisches Netz in Deutschland Gerechter Friede	21
Johannes Weissinger 30. Jahrestag, 2. Weltkrieg – Erinnerung verpflichtet ..	23
Klaus-Peter Goebel Zum Glaubenszeugnis Eduard Farwers, Wulmeringhausen	27
Wolfgang Sternstein Gandhis Satyagraha-Lehre	28
Lothar Bratfisch Büchertipp: „Ethnische Säuberung Palästinas“	37
Hermann Sieben Neve Shalom – Jüdische-arabische Konflikt-Lösungswege ..	37
Claus Petersen Reich Gottes und Kirche	43
Annette Seifert Das Reich Gottes – Tagung des Bonhoeffer-Vereins	50
Jochen Vollmer Wider den Wachstumswahn des Kapitalismus	53
Stefan Silber Globalisierung der Gerechtigkeit – Theologie der Befreiung ..	56
Jürgen Schübelin Haiti – Bei den Kindern von Jimaní	67
<hr/>	
Rezensionen	
Ulrich Duchrow Kooperation statt Konkurrenz	69
F.-W. Bargheer „Die H. ist Jüdin“	71
<hr/>	
Bundesnachrichten	
Norbert Voß Jahrestagung in Lage-Hörste	73
<hr/>	
Bilder- und Fotonachweis	75
Autorennachweis	75

Editorial

Gleich nach Neujahr hat die Predigt unserer neuen EKD-Ratsvorsitzenden *Margot Käßmann* eine Diskussion über den Militär-Einsatz in Afghanistan ausgelöst. Für Aufregung in der bürgerlichen Presse sorgten diese Sätze: „Nichts ist gut in Afghanistan... All diese Strategien haben uns lange darüber hinweggetäuscht, dass Soldaten nun einmal Waffen benutzen und eben auch Zivilisten getötet werden. Aber Waffen schaffen offensichtlich keinen Frieden in Afghanistan.“ Zu Weihnachten schon hatte sie gesagt: „Auch nach den weitesten Maßstäben der Evangelischen Kirche in Deutschland ist dieser Krieg nicht zu rechtfertigen.“

Über das Presse-Echo informierten die „Nachdenkseiten“ *Albrecht Müllers* und *Wolfgang Liebs* (www.nachdenkseiten.de) am 13. Januar 2010: „Wie man mit einer unbequemen Kritikerin umgeht, das haben in den letzten Tagen Politiker von CDU bis Grünen demonstriert. Sie zitierten die evangelische Bischöfin und EKD-Ratsvorsitzende Margot Käßmann falsch, aus dem Zusammenhang gerissen oder bis zur Entstellung verkürzt, und sie diffamierten sie als ahnungslosen Moralapostel. Die Kritiker-Riege aus Parlament und Regierung war mit einer Ausnahme männlich. Unterstützt wurde sie von Vertretern des Bundeswehrverbandes, evangelikalischen Christen



V.l.: *Helmut Pfaff, Friedrich Wilhelm Bargheer, Reinhard Gaede, Michael Bschorr, Elmar Klink, Fritz Hufendiek, Wieland Zademach*

und einigen Journalisten. Dabei offenbaren manche Kritiker Käßmanns ein gestörtes Verhältnis zur Demokratie. So etwa der SPD-Außenpolitiker Klose mit seinem Anwurf, die Bischöfin habe ‚sich mit ihrer Äußerung in Gegensatz zur Mehrheit des Bundestages gesetzt‘. Zudem vertrete Käßmann ‚die Position der Linkspartei‘. Ein solcher Bannspruch sollte dann jede sachliche Auseinandersetzung ersparen ... Warum gibt es diese massive und aggressive Kritik an Käßmann? Weil zumindest die meisten der Kritiker genau wissen, dass die Bischöfin im Kern Recht hat mit ihrer Kritik am Afghanistankrieg.“

Die *Junge Welt* (Nr.11) schrieb am 14. Januar 2010 unter der Überschrift „Medienopfer des Tages“ über die Reaktionen auf Margot Käßmanns Forderung nach Beendigung dieses Kriegs: „Dergleichen löst laut WamS »Empörung aus« – bei der amtierenden Regierung, und offenbar noch viel mehr bei der Noch-lange-nicht-Opposition von SPD und Grünen. Ralf Fücks, Vorstand der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung, ließ der Bischöfin sogleich einen Offenen Brief zukommen (ebenfalls in der WamS nachzulesen). Darin wirft er ihr Ahnungslosigkeit vor – und kommt mit der bekannten Leier, es sei eine »Lektion aus der deutschen Geschichte«, dass manchmal »das Völkerrecht gewaltsam verteidigt« werden müsse. ...Die Welt warf Käßmann am Samstag ein Schwimmen »im Strom deutscher Mehrheitsmeinung« vor. Wohl wahr. Aber wen kümmert in der deutschen Demokratie eine Mehrheitsmeinung?“

Epd-Landesdienst Niedersachsen-Bremen brachte am 6. Januar Margot Käßmanns Verteidigung: „Es ist doch auch die Sorge um unsere Soldatinnen und Soldaten, die mich fragen

lässt, ob wir nicht eine klare Exit-Strategie brauchen“, sagte die Bischöfin. Wer das nicht verstehe, wolle sie gezielt missverstehen. Sie wisse aus persönlichen Begegnungen, welche traumatischen Erfahrungen viele der jungen Frauen und Männer bei ihrem Einsatz machten. „Die Anfeindungen der letzten Tage befremden mich, weil sie eine klare politische Kultur infrage stellen, in der es möglich ist, in Freiheit Fragen zu stellen – auch als Frau der Kirche“, so die Theologin. Gleichzeitig habe sie viel Unterstützung erfahren. Offenbar sei es notwendig, dass die Gesellschaft diese Debatte führe. „Ich denke, eine Mahnung zum Frieden gehört genuin zum bischöflichen Amt.“ Die Ratsvorsitzende verlangte, noch mehr Geld und Personal in die Entwicklungshilfe und den zivilen Aufbau zu investieren. Diese Forderung vertrete sie genauso nachdrücklich wie die Einsicht in die Notwendigkeit von Soldaten unter UN-Mandat in dem Land: „Also nicht nur 30.000 weitere Soldaten, sondern mindestens auch 30.000 weitere Entwicklungshelfer, Lehrkräfte oder Verwalter.“ Der Vorrang für zivile Mittel dürfe nicht aus dem Blick geraten.

Ich selbst, in meiner Funktion als Sprecher des BRSD, habe an die Bischöfin geschrieben: „In Ihrer Predigt haben Sie wirklich nichts anderes getan, als sich zu den biblisch begründeten Friedens-Botschaften des ‚Ökumenischen Prozesses für Friede, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung‘ im aktuellen Bezug erneut zu bekennen. Bleiben Sie also ruhig und fest bei Ihrer Predigt! Kein einziges Wort davon brauchen Sie zurückzunehmen oder abzuschwächen.“ Wir dokumentieren ihre Predigt in CuS. Und bei dieser Ankündigung war noch nicht abzusehen, dass wir damit auch eine Abschiedspredigt der Bischöfin und EKD-Ratsvorsitzenden lesen. Heute, am 24. Februar, ist sie von beiden Ämtern zurückgetreten in Folge einer unbedachten Autofahrt, die sie nach dem Genuss von Wein nicht hätte unternehmen sollen. Zurück bleibt die Erinnerung an die erste Frau in diesen Ämtern, die mutig und konsequent immer wieder für Frieden und mehr Gerechtigkeit geworben hat und so die Botschaft von der Gnade Gottes für die Welt verkündigt hat. Sie wird uns in den Ämtern, die sie jetzt verlässt fehlen. Wir wünschen ihr neue Zuversicht im Kreis ihrer Töchter, Freundinnen und Freunde und im Amt als Pastorin.

Am 25. Januar erschien „*Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Ein evangelisches Wort zu Krieg und Frieden in Afghanistan*“, in dem Präses Nikolaus Schneider (Stellv. Vors., Rat der EKD) und Landessuperintendent Dr. Martin Dutzmann (Ev. Militärbischof) und Schriftführer Renke Brahm (Friedensbeauftragter, Rat der EKD) die Bischöfin unterstützten (www.ekd.de/aktuell/68687.html). Allerdings ist die Hilfe des Militärbischofs nicht ohne Einspruch geblieben. Wir geben den Kommentar von *Pax Christi/Kommission Friedenspolitik* durch ihren Sprecher *Christof Grosse* wieder.

Während diese Zeilen am 22.2.2010 geschrieben werden, kommt die Nachricht, dass schon wieder Zivilisten durch Bomben der NATO umgekommen sind, diesmal 27 Personen. Das Problem: Die internationale Afghanistan-Schutztruppe ISAF, die auf Betreiben der Nordallianz mit Unterstützung der USA, ein UNO Mandat zum Schutz der Regierung hat, steht in einem Bürgerkrieg und kann ihre polizeilichen Aufgaben nicht ausreichend wahrnehmen, vor allem nicht, wenn wegen der Anschläge verkleideter Taliban Freund und Feind nicht zu unterscheiden sind. Wenn immer wieder der Tod von Zivilisten als „Kollateral-Schaden“ hingenommen wird, kann Vertrauen in der Bevölkerung nicht wachsen.

Angeblich soll der Aufbau des Landes durch Hilfsorganisationen unterstützt werden. *Rupert Neudeck* schreibt in der Frankfurter Rundschau (Nr. 21) am 26.1.2010: „Die Kluft

zwischen der Erwartung unserer Mitbürger in Deutschland an den internationalen Militär-Einsatz in Afghanistan und der Realität im Land ist gewaltig. So gewaltig, dass man sich fragt, wie es überhaupt dazu kommen konnte. Die Behauptung, die Soldaten der Isaf-Truppe seien in Afghanistan, um die Bevölkerung und die humanitären Helfer zu schützen, ist eine doppelte Chimäre. Die Grünhelme etwa arbeiten seit 2003 in der westafghanischen Provinz Herat. Dort hat die Organisation inzwischen 31 Dorfschulen für je 600 Schüler sowie eine Entbindungs- und OP-Klinik aufgebaut. In diese Gegend, in der das italienische Isaf-Kontingent zuständig ist, hat sich noch kein westlicher Soldat verirrt. In jedem Dorf frage ich den Schulleiter, den Bürgermeister oder den Mullah beim gemeinsamen Tee, ob sie in ihrem Dorf schon jemals einen Italiener gesehen hätten. Dann schauen mich diese Menschen ungläubig an: Nein, sie wissen nicht mal, wer diese Leute sind. Die Präsenz von 2200 Carabinieri in der riesengroßen Kaserne am Stadtrand von Herat – der Hauptstadt der gleichnamigen Provinz – lässt sich allenfalls erahnen. - Diese Soldaten machen eher Übungen im Selbstschutz. Die Bevölkerung erlebt sie auf Husch-Husch-Fahrten durch die Stadt, in Jeeps mit aufgepflanztem Maschinengewehr. Vor zwei Wochen habe ich selbst gesehen, wie drei italienische Isaf-Jeeps von US-amerikanischen GIs in ihren wuchtigen Humvee-Fahrzeugen eskortiert wurden. Wir „Humanitären“ wollen aber auch gar nicht von Bewaffneten geschützt werden, selbst wenn das möglich wäre. Ein solches Verhalten widerspricht unserem ureigenen Auftrag. Es gibt für alle zivilen Helfer eine gemeinsame Grundlage: die Genfer Rot-Kreuz-Konventionen. Sie besagen eindeutig: Humanitäre müssen klar Distanz zu allen bewaffneten Gruppen und Milizen halten. Keine humanitäre Organisation darf sich bewaffnen, sich von Bewaffneten schützen lassen oder auch nur Bewaffnete in eigenen Fahrzeugen transportieren oder sie in ihre Krankenhäuser aufnehmen.“

Attac (www.Attacberlin.de) nennt die Probleme beim Namen: „Der Krieg in Afghanistan hat im abgelaufenen Jahr mehr Zivilisten das Leben gekostet als je zuvor. Die Mission der Vereinten Nationen in Afghanistan teilte in Kabul mit, dass die Zahl der getöteten Unbeteiligten, verglichen mit 2008, um 14 Prozent auf 2412 gestiegen ist. (Quelle: DLF 13.01.10)

Mehr Deutsche als jemals zuvor (71 Prozent) sprechen sich einer Umfrage zufolge für einen schnellen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan aus. 82 Prozent der Befragten sprechen sich dagegen aus, mehr deutsche Soldaten nach Afghanistan zu entsenden – auch wenn internationale Partner dies fordern sollten. (Quelle: ARD-Deutschlandtrend im Januar 2010) Die Schutztruppe schützt sich selbst. Für die Versorgung eines neuen Vorpostens der ISAF im Süden Afghanistans mit Wasser waren insgesamt 900 Soldaten im Einsatz. Der schwer gepanzerte Konvoi (Hubschrauber gaben Geleitschutz) durchquerte ein von Taliban kontrolliertes Gebiet von 10 Kilometern. Die ganze Aktion hat weit über 1 Million Dollar gekostet. Die afghanische Nationalarmee ist schlecht bezahlt. Die Moral der afghanischen Nationalarmee (ANA) ist wegen der schlechten Bezahlung (etwa 100 Dollar im Monat) im Keller. Die Taliban bieten mindestens 300 Dollar. Die afghanische Armee hat so gut wie keine schweren Waffen und was da ist, ist restlos veraltet – stammt aus der russischen Besatzungszeit vor 30 Jahren. Vor der Kamera beklagen sich Offiziere ganz offen. Sie müssen vorbei an Taliban-Hinterhalten in primitiven ungepanzerten Pickups völlig ungeschützt durch die verminte Gegend fahren. Warlords haben das Land im Griff. Warlords kassieren, unbehelligt von der afghanischen Polizei

und der internationalen Schutztruppe, Zwangssteuern von der Landbevölkerung. Kräftig wird auch am Drogengeschäft verdient. Konvois der ISAF zahlen nach Angaben eines Warlords auch Wegezölle. 1300 Dollar pro Militärfahrzeug, und für die größeren muss die ISAF 2500 Dollar bezahlen. Im Gegenzug garantiert dieser, dass in seinem Bezirk kein Taliban-Kommando die ausländischen Soldaten überfällt. Die Anzahl schwankt täglich zwischen 10 und 50 Militärfahrzeugen. (Quelle: ARD-Weltspiegel 10.01.10) Der afghanische Außenminister Spanta hat der internationalen Gemeinschaft eine Mitschuld für die Probleme seines Landes gegeben. Nach seinen Angaben verfügt die Regierung in Kabul nur über 20 Prozent der internationalen Hilfen. (Quelle: DLF 05.01.09)“

Nicht beachtet werden die Wünsche der Friedensbewegung in Afghanistan selbst. Zwei Erklärungen der *Nationalen Friedens-Jirga* geben wir wieder.

Das *Ökumenische Netz in Deutschland* – Basisgruppen des Ökumenischen Rats der Kirchen – schlägt eine Erklärung zum gerechten Frieden vor, die wir dokumentieren.

„Erinnerung verpflichtet. Anlässlich des 70. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkriegs schreibt Pfarrer *Johannes Weissinger*, Sprecher der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK) in Westfalen über aktuelle Forderungen des Friedensdienstes.

Der Bericht in CuS 4/2009 über die Leiden des katholischen Pfarrers *Eduard Farwer* unter dem NS-Regime im KZ Dachau hat ein Echo bekommen. *Klaus Peter Goebel*, Pfarrer der Katholischen Kirchengemeinde Wulmeringhausen, hat uns geschrieben, ein Christus-Bild mit Gebet geschickt, ebenso die Aufzeichnungen der Chronik über Pfarrer Farwer.

Christlicher Friedensdienst ist der Lehre von *Mahatma Gandhi* verpflichtet. *Wolfgang Sternstein*, seit 35 Jahren in der Bürgerinitiativen-, Ökologie- und Friedensbewegung tätig, hat über Gandhis Lehre von der Kraft der Wahrheit geschrieben. Sie kann „Böses mit Gutem“ vergelten, um es auf diese Weise zu überwinden.

Wie in vorigen Heften gilt unsere Aufmerksamkeit wieder dem Krisenherd Palästina. *Lothar Bratfisch* hat in einem Leserbrief auf Dokumente der Vertreibung der Palästinenser durch die Israelis hingewiesen. Schon *Benny Morris*, einer der „neuen Historiker“, hatte in seinem 1987 erschienenen Standardwerk „*The Birth of the Palestinian Refugee Problem*“ anhand israelischer Militärakten nachgewiesen, dass jüdische Truppen in vielen Fällen massive Vertreibungen durchgeführt und etliche Massaker an der Zivilbevölkerung begangen hatten. Sein Buch war ein Tabu-Bruch, für den Morris in der israelischen Öffentlichkeit heftig attackiert wurde. *Ilan Pappé*, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Haifa, konzentriert sich in seinem Buch darüber hinaus „auf die logistischen und operativen Aspekte der Vertreibung. Ein wichtiges Instrument waren dabei die so genannten ‚Dorfdossiers‘. In diesen Akten hatten die Jewish Agency und der Jüdische Nationalfonds seit den 1930er Jahren akribisch alle arabischen Dörfer und ihre Bewohner erfasst. Bereits 1943 erklärten jüdische Geheimdienstler stolz, der Katalog sei nun vollständig. 1948, so Pappé, seien die Dossiers dann genutzt worden, um palästinensische Dörfer leichter evakuieren und jeden Widerstand im Keim ersticken zu können ... unter anderem durch gezielte Hinrichtungen unter der männlichen Bevölkerung. Ilan Pappé beschreibt detailliert das Vorgehen der jüdischen Militärs in den arabischen Orten zwischen 1947 und 1949, das vielfach dem Schema des so genannten ‚Plan Dalet‘ folgte.“ So *Matrina Sabra*, Journalistin, Expertin für Entwicklungspolitik im „Dialog mit der arabi-

schen Welt“, www.qantara.de, 30.1.2008. Plan „Dalet“, dieser umfangreiche militärische Einsatzplan, den die Beratergruppe im März 1948 beschloss, genehmigte in Absatz 3b4 die Zerstörung von arabischen Dörfern in strategisch wichtigen Gebieten. Das Dokument ist altbekannt und vielfach interpretiert. B. Morris sah darin eine Vorbereitung auf die drohende Invasion der fünf arabischen Nachbarländer. Diese Deutung lässt Pappé schon deshalb nicht gelten, weil er kategorisch bestreitet, dass die im Mai 1948 angreifenden Armeen den neu gegründeten Staat Israel in irgendeiner Weise gefährdet hätten. Freilich geht das Buch, eine schreiende Anklage, nicht auf die Bedrängnisse der Israelis ein. Die 400 jüdischen Siedler, die bis Januar 1948 bei arabischen Angriffen starben, sind ihm einen einzigen Satz wert. „Doch wenn die Zionisten ganz unabhängig vom Kriegsgeschehen beabsichtigten, alle Araber aus dem neuen Judenstaat zu vertreiben – warum brach der Massenexodus dann fast vollständig ab, als es 1949 zum endgültigen Waffenstillstand kam? Warum verblieb eine palästinensische Minderheit von rund 20 Prozent der Bevölkerung in Israel, wenn dessen Gründer doch eine systematische Politik der „ethnischen Säuberung“ verfolgten?“ schrieb die *Berliner Zeitung* am 7.1.2008.

Über die Debatte, wie Schuld in dieser langen Geschichte der Feindschaft aufzurechnen sei, müssen Israelis und Palästinenser allmählich hinaus kommen und sich gegenseitig Vergebung schenken, Versöhnung anbahnen, Lebens- und Menschenrechte garantieren, einen gerechten Frieden suchen. Viel Zeit haben sie dazu nicht mehr (vgl. CuS 4/2009 „Hat Israel noch eine Chance?“ von *Rudolf Drefler*). Dass aber Versöhnung möglich ist, haben besonders die 500 trauernden israelischen und palästinensischen Familien von „*Parents Circle*“ bewiesen (CuS 4/2009, S. 20–21 den Artikel von *Hanna Lehming*). Nun stellt *Hermann Sieben* Lebenszeugnisse des Friedens vor: Die Oase des Friedens in einer Wüste der Feindschaft: *Neve Shalom-Wahata-Salam*. Neve Shalom wurde gegründet von dem Dominikanerpater *Bruno Hussar*. Als Jude geboren, konvertierte er 1935 zum Christentum und gründete auf dem durch die Kriege verwüsteten Gebiet des Klosters Latroun das Dorf, in dem heute 60 jüdische und arabisch-palästinensische Familien aus eigenem Entschluss friedlich als Nachbarn zusammen leben. Der deutsche Verein „Freunde von Neve Shalom/Wahat al Salam e.V.“ wurde 1975 von Teilnehmern der Jährlichen-Jüdisch-Christlichen Bibelwoche im Hedwig-Dransfeld-Haus Bendorf ins Leben gerufen. „Der Verein will das friedliche Zusammenleben von Juden, Christen und Muslimen in Israel fördern“, so die Satzung. Hermann Sieben hat in einem Rundbrief über die Existenz-Ängste der Israelis und die Chancen des Friedens geschrieben. Außerdem berichtet er über die Jahrestagung des Vereins, auf der jüdische und arabische Wege der Konflikt-Lösung vorgestellt wurden.

Seit mehr als 100 Jahren wird die Botschaft vom Reich Gottes durch *Christoph Blumhardt* und die *Religiösen Sozialisten* für die Generationen verkündet. *Claus Petersen*, Pfarrer der Stadtmission Nürnberg, gründete die Ökumenische Initiative „Reich Gottes jetzt“. In seinem Beitrag erläutert er seine Auslegung der Botschaft Jesu vom Reich Gottes. Auch der Dietrich-Bonhoeffer-Verein hat sich auf seiner Tagung im März 2009 dem Thema gewidmet. *Annette Seifert*, Pfarrerin der Ev. Kirchengemeinde Weisel (Rhein-Lahn-Kreis), berichtet.

Mit dem Streben nach Wachstum im Kapitalismus beschäftigt sich kritisch Pfarrer *Jochen Vollmer*, unsern Lesern und Leserinnen bekannt durch seinen Beitrag in CuS 1/2006 „Friedenskirche werden“. Der Beitrag kommt, nachdem im Dezember das „*Wachstumsbeschleunigungsgesetz*“ der schwarz-gelben Koalition im Bundestag durchgesetzt

worden ist. Der *Paritätische Wohlfahrtsverband* beanstandete, „dass mehrere Millionen Kinder nicht oder kaum vom Gesetz profitieren würden, da die Erhöhung des Kindergeldes mit dem Arbeitslosengeld II verrechnet würde“. Für die SPD kritisierte die Abgeordnete *Nicolette Kressl*, dass das Gesetz lediglich Einzelinteressen bediene und sozial unausgewogen sei. Die Pläne zur Einführung eines reduzierten Mehrwertsteuersatzes für Hotelübernachtungen nannte sie unseriös, da die Finanzierung neue Schulden vorsehe und die Länder und Kommunen stark belaste. *Gregor Gysi* von der Partei ‚Die Linke‘ bemängelte, dass gut verdienende Eltern künftig mehr Geld für ihre Kinder bekommen sollen, eine allein erziehende Hartz-IV-Empfängerin aber von dem Gesetz nicht profitiere. Auf diese Weise werde nur eine „Förderung Wohlhabender“ erreicht. Der Grünen-Finanzexperte *Fritz Kuhn* bescheinigte dem Gesetz „starke Elemente von Willkür, Bürokratie und sozialer Ungerechtigkeit“ (Wikipedia). *Jochen Vollmer* nennt den Kapitalismus eine Bekenntnisfrage, der sich die Kirchen stellen müssen. Das hat der religiöse Sozialismus seit 100 Jahren genauso gesehen. „Für die Armen ist die Wirtschaftskrise nichts Neues“, schreibt *Stefan Silber* in seinem Beitrag. „Der Kapitalismus hat nicht ein Problem, er ist das Problem.“ Die *Befreiungstheologie*, über die *Stefan Silber* in CuS 4/2007 geschrieben hat, sieht einen Zusammenhang von Wachstum, Zerstörung und Armut. Der Mensch wird zur Ware, die Ware zur Religion. Und sie zeigt Wege aus der Krise.



Abtei-Stele

Über die Rettung der Kinder im Katastrophen-Gebiet *Haitis* berichtet unser Mitglied *Jürgen Schübelin*. Im Fernsehen konnten wir seinen Kommentar zur schlimmen Lage dort sehen und hören. Im Kindernothilfe-Programm berichtet er von dort (<http://blog.kindernothilfe.org/de/archives/1060>).

Die *Jahrestagung des BRSD* brachte durch die Leitung von *Norbert Voß* eine aktive Mitarbeit der Teilnehmenden, ein neuer Vorstand wurde gewählt. *Norbert Voß*, jetzt Sekretär, berichtet.

Die Texte der Ausgabe werden begleitet durch die Bilder der Bronze-Skulptur von *Ulrich Henn*. Die Abtei-Stele vor dem Münster zu Herford erinnert an das Wirken der Stiftsdamen der Fürstabtei Herford. Das 3,30 m hohe Werk wurde 1990 anlässlich der 1200-Jahrfeier von *Dieter Ernstmeier* gestiftet.

Reinhard Gaede

Euer/Ihr Reinhard Gaede

Predigt zur Jahreslosung 2010 – Frauenkirche Dresden

„Nein, es ist nicht alles gut, ... aber wir haben Hoffnung für diese Welt“

Von Margot Käßmann

Liebe Gemeinde,

„Euer Herz erschrecke nicht – glaubt an Gott und glaubt an mich“ – so lautet die Losung, die uns für das neue Jahr 2010 mit auf den Weg gegeben ist.

Das ist eine wunderbare Zusage an einem ersten Januar. Denn wir stehen ja am Beginn eines neuen Jahres meist in einer Spannung zwischen der Hoffnung, dass alles gut wird, und den Ängsten, dass Schweres auf uns zukommen könnte.

Die Jahreslosung für 2010 ist zuallererst eine Ermutigung: Nicht erschrecken! Habt keine Angst! Mit Gottvertrauen sollen wir in das neue Jahr gehen: Glaubt an Gott und glaubt an mich.

Hört sich das nicht etwas naiv an, diese Antwort auf das Erschrecken: Glaubt an Gott? Das klingt so einfach. Mich erinnert das an einen Satz, den ich auf vielen Karten gelesen habe, die ich letzte Weihnachten erhielt: „Alles wird gut!“ Das ist offenbar eine ganze Serie – herausgegeben von einer Fernseh-Moderatorin. „Alles wird gut!“ Ist das die christliche Botschaft, die uns die Jahreslosung mitgibt, habe ich mich gefragt. Eine Hoffnung ist das schon. Alles soll gut werden! Ein neues Jahr beginnt. Da wünschen sich viele Menschen, dass die Sorgen unserer Welt irgendwie aufgehoben sein könnten.

Und diese Hoffnung packt zum Jahreswechsel auf wundersame Weise unsere ganze Gesellschaft, so verschieden wir auch sonst sind. Der Briefträger ruft mir

zu: „Frohes Neues!“ Die junge Frau an der Kasse sagt: „Guten Rutsch auch!“ Die Mitarbeiterin verabschiedet sich fröhlich: „Auf eine Neues nächstes Jahr!“ Neu. Vorfreude. Neugier auch. Der Neubeginn als Chance. Wir dürfen gespannt sein, was kommt. Voller Hoffnung und Erwartung. Alles ist gut. Oder wie Xavier Naidoo in seinem neuen Lied singt: „Alles kann besser werden!“ Das ist ein schönes Gefühl. Und das dürfen wir auch zulassen.

Aber – ja, auf dieses Aber haben Sie sicher schon gewartet. Denn leider ist eben nicht alles gut. Wir haben allen Grund zu erschrecken. Damit ist nicht ein lustiger Spaß, nach dem Motto: „Huch, da habe ich mich erschrocken“, gemeint! Kein Halloween-Unfug oder Horrorfilm oder Scherz. Nein, es geht hier um echtes Erschrecken, tiefe Erschütterung, Lebensangst in einer existentiellen Dimension.

Wenn unser Herz so erschrickt, dann ist unser Leben zutiefst berührt. Unser Herz, das ist in der Bibel der Ort, an dem der Mensch nichts verbergen kann. Da kommen Fühlen und Denken zusammen, unsere ganze Existenz ist im Spiel, wenn es um das Herz geht. Da geht es um die elementaren Fragen unseres Lebens: „Wer bin ich überhaupt? Macht mein Leben Sinn? Wo will ich hin? Wie will ich diese Situation bewältigen? Mein Gott, ich weiß nicht weiter!“

Erschrecken – weil ich erkenne, dass es keine Perspektive gibt für mein Leben. Ich werde nicht mithalten können, beruflich, in der Schule, im Leistungssport.

Erschrecken – meine Ehe wankt, ich befinde mich in einem Hamsterrad, so geht es nicht weiter.

Erschrecken – ich habe Schuld auf mich geladen. Das kann ich nicht wieder gut machen, da gibt es keinen Weg zurück.

Erschrecken – ich bin krank, ich werde sterben. Das muss ich begreifen: mein Leben ist endlich.

Liebe Gemeinde, wenn wir so von tiefstem Herzen erschrecken, dann steht unser ganzes Leben auf dem Prüfstand. Allzu oft weichen wir davor lieber aus. Der Jugendliche hängt vor dem Computer ab, die alte Dame schaut Fernsehen, der Geschäftsmann betrinkt sich, die Familienmutter geht einkaufen. Klischees, ja, ich weiß. Aber sie stehen für Fluchtmanöver, die das Erschrecken verdrängen sollen.

Sich selbst konfrontieren mit den großen Fragen des Lebens, mit dem, was mein Leben in Frage stellt, das braucht Mut und Vertrauen. Gottvertrauen, wie Jesus es meint mit dieser Aufforderung: „Glaubt an Gott und glaubt an mich.“ Vertraut euch an! Ihr könnt nie tiefer fallen als in Gottes Hand. Und Gott weiß etwas vom Leben, weil er eben nicht in fernen Himmelswelten blieb, sondern mitten unter uns war, auch Leid, Sterben und Tod kennt. An ihn glauben heißt, die Spannungen unseres Lebens auch im neuen Jahr nicht ausblenden, sondern mutig aus Gottes Hand nehmen, was kommt, und unser Leben verantwortlich gestalten, so gut wir es vermögen. Wenn wir beten, nehmen wir diese Haltung an: Vertrauen wagen und Mut erbitten.

Im Altarbild von Johann Christian Feige sehen wir in dieser wunderbaren Kirche, wie die Bewegung des betenden Christus von einem Engel aufgenommen wird. Bei dem Engel mag der Künstler an das Lukas-evangelium gedacht haben: „Es erschien ihm aber ein Engel vom Himmel und



Frauenkirche Dresden

stärkte ihn“, heißt es dort. Seine Geste hat etwas Segnendes, aber auch etwas Wegweisendes. Darauf hoffen wir am Beginn eines neuen Jahres, auf Segen und auf Wegweisung. Betend wie Christus wünschen wir uns, gehalten und getragen zu sein durch die Höhen und Tiefen, die da kommen mögen, auch dann, wenn wir erschrecken. Im Gebet erfahren wir die Ermutigung, uns einzubringen in diese Welt.

Unter dem Hinweis auf diesen Engel bestärkte der Dresdner Oberhofprediger Philipp Jacob Spener seine Predigthörer mit den Worten: „Mangelt’s an Menschen, und sehen wir um uns keinen Halt, so solle uns vom Himmel ein Engel trösten, das ist, Gott wird uns so unvermutet Trost lassen zukommen, als ob er einen Engel vom Himmel sendete: entweder von innen selber in unsern Seelen ... oder dass er andere zu uns schicket, die unser Engel werden.“

Nein, noch nicht vollkommen Gottes Reich, in dem alle Tränen abgewischt sein werden, aber wir können einander zu Engeln werden, zu Boten Gottes. Gott lässt sich nicht greifen, nicht auf eine Festplatte speichern, nicht einsperren, auch nicht in Kirchen. Aber Gott lässt sich erfahren in unserem Leben, wo wir Trost finden, begleitet und getragen werden, Umkehr möglich machen, Vertrauen erfahren. „Euer Herz erschrecke nicht“ – das aber ist sozusagen die Visitenkarte Gottes. Wir dürfen darauf vertrauen: Gott will uns begleiten auf allen unseren Wegen – Gottes Engel weichen nie. Es gibt einen Kontrast zwischen Gottes Zusage und unserem unfertigen, unvollkommenen Leben. Das ist offensichtlich. Da ist eine Verheißung spürbar, aber die Realität ist knallhart ...

Denn Erschrecken gibt es ja nicht nur im persönlichen Leben, sondern auch mit Blick auf unsere Welt.

Nichts ist gut in Sachen Klima, wenn weiter die Gesinnung vorherrscht: Nach uns die Sintflut! Da ist Erschrecken angesagt und Mut zum Handeln, gerade nach dem Klimagipfel in Kopenhagen.

Nichts ist gut in Afghanistan. All diese Strategien, sie haben uns lange darüber hinweggetäuscht, dass Soldaten nun einmal Waffen benutzen und eben auch Zivilisten getötet werden. Wir brauchen Menschen, die nicht erschrecken vor der Logik des Krieges, sondern ein klares Friedenszeugnis in der Welt abgeben, gegen Gewalt und Krieg aufbegehren und sagen: Die Hoffnung auf Gottes Zukunft gibt mir schon hier und jetzt den Mut, von Alternativen zu reden und mich dafür einzusetzen. Manche finden das naiv. Ein Bundeswehroffizier schrieb mir, etwas zynisch, ich meinte wohl, ich könnte mit weiblichem Charme Taliban vom Frieden überzeugen. Ich bin nicht naiv. Aber Waffen schaffen offensicht-

lich auch keinen Frieden in Afghanistan. Wir brauchen mehr Phantasie für den Frieden, für ganz andere Formen, Konflikte zu bewältigen. Das kann manchmal mehr bewirken als alles abgeklärte Einstimmen in den vermeintlich so pragmatischen Ruf zu den Waffen. Vor gut zwanzig Jahren haben viele Menschen die Kerzen und Gebete auch hier in Dresden belächelt ...

Nein, es ist nicht alles gut, wenn so viele Kinder arm sind im eigenen Land. Diese Kinderarmut versteckt sich oft ganz still im Hintergrund. Da erzählt mir eine Mutter, dass die Klasse ihres 15-jährigen Sohnes einen Ausflug geplant habe. Sie konnte das erforderliche Geld nicht aufbringen. Die Klasse wollte ihn unbedingt dabei haben und gemeinsam haben sie das notwendige Geld aufgetrieben. Aber der Sohn wollte nicht mitfahren, weil er sich zu sehr geschämt hat, dass andere für ihn bezahlen. Selbst als der Lehrer anrief, ließ sich ihr Sohn nicht umstimmen. Er blieb als Einziger zuhause.

Nichts ist gut, Erschrecken ist angesagt, wenn es in einer Gemeinschaft so schwer, so beschämend ist, Hilfe anzunehmen bei Jungen und Alten, bei Armen, Kranken und Behinderten. Da braucht es einen tatkräftigen Glauben, der für die Würde jedes Menschen eintritt.

Es ist nicht gut, nein, es ist entsetzlich traurig, wenn ein Spitzensportler Angst hat, seine Depression offiziell behandeln zu lassen. Aber machen wir uns nichts vor: Wenn seine Krankheit öffentlich bekannt geworden wäre, hätte er kaum weiter Nationaltorwart bleiben können. Dass sein Tod so viele Menschen berührt hat, liegt wohl auch daran, dass Robert Enke stellvertretend für die Ängste vieler steht. Sie wurden an die Abgründe der eigenen Angst erinnert. Der Angst nämlich, nicht mehr mitzuhalten und nicht mehr eine Fassade von Größe, Schönheit und Stärke aufrechtzuerhalten.

Nichts ist gut, wir erschrecken, wenn wir erkennen, wie bei uns eine solche Atmosphäre der Gnadenlosigkeit herrscht und alle immer stark sein müssen – wie unmenschlich! Da haben wir Zeugnis zu geben von der Nächstenliebe, die unserem Glauben entspringt.

Nein, es ist nicht alles gut. Aber trotzdem müssen wir nicht deprimiert oder mit gesenktem Haupt ins neue Jahr gehen. „Seht auf und erhebt eure Häupter“, heißt es in der Bibel. Aber ja doch! Wir glauben an den auferstandenen Christus und nicht an einen Toten. Wir haben Hoffnung für diese Welt und über diese Welt hinaus. Deshalb können wir die Spannung aushalten zwischen Erschrecken und Gottvertrauen, zwischen Ängsten und Mut zur Weltverbesserung. Wir können fröhlich feiern, ohne Fassaden. Denn unser Glaube blendet Leid und Kummer in der Welt nicht aus! Das ist für mich entscheidend. Schon im Stall von Bethlehem war wahrhaftig nicht alles gut. Jesus wurde in Armut geboren. Der Vater ahnt, dass eine Flucht bevor steht, die junge Mutter ist allein in der Fremde. Aber Christinnen und Christen glauben, dass in dem Kind in der Krippe Gott selbst Mensch wurde – mit Windeln und Wickeln, mit Haut und Haaren, mit Freud und Leid.

Gott ist kein einsamer Himmelsherrscher, sondern mitten unter uns wie ein Freund oder eine Schwester, wie ein Mensch, der etwas weiß von den Höhen und Tiefen des Lebens, von Liebe und Glück, aber auch von Ängsten und Sorgen. Dieser Glaube führt gewiss nicht dazu, dass alle Mühen und Ängste, aller Schrecken und alle Fragen unserer Welt aufgehoben sind. Als Christen sind wir eben gerade nicht weltfremd oder weltentrückt! Aber wir glauben, dass die Lebenszusage Gottes diese Welt mit ihren vielen Sorgen verwandeln kann. Sie ermutigt uns, gegen das Erschrecken anzu-

treten in dieser Welt. Indem wir den einsamen alten Nachbarn besuchen, dem Jungen die Scham nehmen und offen darüber sprechen, was Armut bedeutet. Indem wir gegen Feindbilder antreten. Oder einen nachhaltigen Lebensstil praktizieren. Viele kleine Schritte sind möglich jeden Tag. So gewinnt nicht das Erschrecken Oberhand, sondern Gottvertrauen.

Ja, wir alle würden gern ganz persönlich und für diese ganze Welt erfahren, dass das Leben heil werden kann. Danach hört sich die Botschaft doch an: „Euer Herz erschrecke nicht“. Jesus Christus will Heiland für uns sein. Die Realität aber ist der Alltag. Und die Erfahrung: Vieles gelingt, vieles scheitert. Die Welt bleibt unerlöst, es wird nicht alles heil. Gott setzt die bessere Welt nicht mit Gewalt und Waffen durch. Wir hoffen weiterhin auf Gottes Zukunft, so sehr wir hier und jetzt Zeichen von Gerechtigkeit und Frieden setzen wollen. Vielleicht wenigstens besser.

Das wissen wir doch alle: Es gibt kein perfektes oder makelloses Leben. Brüche in unserem Leben kennen wir alle. Deshalb ist es wichtig, einmal still zu werden, zur Ruhe zu kommen. Schön, wenn eine Gesellschaft das zumindest zur Jahreswende noch kann.

Wolfgang Dietrich schreibt:

*„Es ist ein Gesang in der Welt. Horcht doch!
Selbst die Sterne lauschen herab.
Der Gesang singt zum Leben.
Er nimmt sich Flügel und fliegt bis zum äußersten Ende der Erde.
Da heben die Trostlosen ihr Haupt.
Elende werden heimisch.
Waisen tragen königliche Kronen.
Und selbst aus verdorrten Bäumen weckt der Gesang unverwelkliche Blätter.
Als die Entwurzelten, und wir wurzeln uns ein.
Als die Verdorrten, und wir treiben das Blatt.
Als die Saftlosen, und wir bringen die Frucht.
Als die Umherirrenden, und uns grüßt der Stern.“*

Hören wir also! Gehen wir unseren Weg, von Gottvertrauen getragen! Auch da, wo wir trostlos oder verdorrt sind, können wir Wurzeln treiben und Frucht bringen. Denn unser Leben steht unter der Zusage: „Euer Herz erschrecke nicht!“ Oder auch: „Gottes Engel weichen nie“ – das feiern wir, das leben wir, davon singen wir, darauf vertrauen wir auch am Beginn eines neuen Jahres. Das ist eine ganz eigene Melodie für unser Leben, die wir hören, und unsere Hoffnung, auf die wir bauen.

Schön, wenn wir glücklich sind. Dann können wir dankbar sein. Aber wir wissen, wie verletzlich unser Glück ist, unsere Beziehungen sind, dafür sind wir am Beginn eines neuen Jahres besonders sensibel. Da kann es Veränderungen geben, Krankheit, Scheitern und Sterben. „Alles wird gut“ ist viel zu banal. Als Christinnen und Christen sagen wir stattdessen: Erschrecken wir nicht! Alles ist aufgehoben bei Gott. Ich kann darauf vertrauen, Gott begleitet mich in den Höhen und Tiefen meines Lebens. Ob ich allein bin oder in Gemeinschaft, fröhlich oder sorgenvoll, erfolgreich oder gescheitert, in ruhiger Bahn oder an einem Wendepunkt. Ich darf mich anvertrauen! Und ich darf mich ermutigt wissen, selbst zu handeln, meinen Teil beizutragen, damit das Erschrecken geringer wird in dieser Welt. Wenn viele Menschen viele kleine Schritte gehen, kann sich das Gesicht der Erde verwandeln ...

Lasst uns also mit Gottvertrauen und Mut in dieses neue Jahr gehen! Unser Herz muss nicht erschrecken, wir sind gehalten, und wir können halten, wir sind ermutigt und können andere ermutigen, wir sind durch den Glauben veränderte Menschen und können etwas verändern, damit andere nicht länger erschrecken müssen.

Das Hören- und Annehmenkönnen bedeutet, gesegnet sein. Dankbar, froh, aber eben auch gehalten, getragen in den Zeiten

von Fragen, Auseinandersetzung und innerer Unruhe.

So wünsche ich Ihnen allen ein gesegnetes Neues Jahr. Amen.

Margot Käßmann, 03.06.1958 geboren in Marburg/Lahn, vier Töchter (Sarah 1982, Hanna und Lea 1986, Esther 1991), 1977 Abitur: Elisabethschule Marburg, 1977–1983 Studium in Tübingen,



Margot Käßmann

Edinburgh, Göttingen und Marburg, 1. Theologisches Examen, 1983–2002 Mitglied im Zentrallausschuss des Ökumenischen Rates der Kirchen (1991–1998 auch im Exekutivausschuss), 1983–1985 Vikariat in Wolfhagen, 1985 2. Theologisches Examen, Ordination, 1985–1990 Gemeindepfarrerin in Frielendorf, 1989 Promotion bei Prof. Dr. Konrad Raiser, Ruhr-Universität Bochum; Dissertation zum Thema „Armut und Reichtum als Anfrage an die Einheit der Kirche“, 1990–1992 Beauftragte für den Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Kurhessen-Waldeck, 1990–1992 Lehraufträge für Ökumene an der Kirchlichen Hochschule Leipzig und an der Evangelischen Fakultät der Philipps-Universität Marburg, 1992–1994 Studienleiterin an der Evangelischen Akademie Hofgeismar, 1994–1999 Generalsekretärin des Deutschen Evangelischen Kirchentages, Fulda, 27.11.02 Verleihung der Ehrendoktorwürde des Fachbereichs Erziehungswissenschaften der Universität Hannover, seit 04.09.1999 Landesbischöfin der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers, seit 2009 Vorsitzende des Rats der EKD, Rücktritt von beiden Ämtern am 24.02.2010, seitdem Pastorin der Landeskirche Hannovers.

Nationale Friedens-Jirga Afghanistans und Kooperation für den Frieden (Deutschland) – 4.9.2008

Gemeinsame Erklärung

Frieden in Afghanistan ist möglich, aber nicht durch die Fortführung des Krieges und die ständige Eskalation der Kampfhandlungen. Nicht nur die USA beabsichtigen ihre Truppen massiv zu verstärken. Seit dem 1. Juli 2008 ist die erste deutsche Kampftruppe in Führungsverantwortung in Afghanistan im Einsatz. Im Herbst soll die Zahl der deutschen Soldaten um mindestens weitere 1000 aufgestockt werden. Als nächster Schritt ist bereits der Einsatz von AWACS-Aufklärungsflugzeugen mit deutschen Soldaten an Bord in Afghanistan geplant. Der asymmetrische Krieg würde weiter intensiviert und die Eskalation der Gewalt – für die alle Seiten verantwortlich sind – verstärkt werden. Das ist, als werfe man ein Streichholz in ein Fass mit Benzin.

Diese Eskalation scheint kaum noch aufzuhalten zu sein. Deutschland droht nach sieben Jahren militärischen Afghanistan-Engagements immer tiefer in den Strudel des Krieges zu geraten. Die Zahl der afghanischen Opfer, darunter vor allem Zivilisten, Frauen und Kinder, steigt beständig. Mittlerweile sterben Monat für Monat in Afghanistan auch mehr ausländische Soldaten als im Irak. Wann auch deutsche Soldaten in höherem Maße Blutzoll zahlen müssen, scheint nur noch eine Frage der Zeit.

In dieser für Deutschland und Afghanistan dramatischen Situation treten die Nationale Friedens-Jirga Afghanistans und die deutsche Kooperation für den Frieden gemeinsam für eine friedliche Lösung des Afghanistankonflikts ein. Die Nationale

Friedens-Jirga aus Stammesvertretern, Intellektuellen und Politikern repräsentiert die breite, kriegsmüde Bevölkerungsmehrheit vor allem aus dem Süden und Osten Afghanistans. Die Kooperation für den Frieden ist der Zusammenschluss von 50 Friedensorganisationen und -initiativen in Deutschland.

Gemeinsam appellieren wir an die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Islamischen Republik Afghanistan, an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und des afghanischen Parlamentes, der Wolesi Jirga sowie an die Zivilgesellschaften Deutschlands und Afghanistans, alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um eine weitere Eskalation des Krieges zu stoppen und einen Friedensprozess in Afghanistan einzuleiten.

Oberstes Prinzip unseres Herangehens ist dabei der Respekt vor dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. Niemand hat bisher wirklich auf die Meinung der Bevölkerung Afghanistans Wert gelegt, ihre Problemen und Bedürfnisse werden nicht berücksichtigt. Momentan sind die Afghaninnen und Afghanen Gefangene der Militärmächte und der Taliban. Strategisch wichtige Entscheidungen fallen heute immer noch in Washington, Islamabad, Brüssel oder Berlin. Wo bleibt da das Recht des afghanischen Volkes auf Souveränität und Unabhängigkeit? Das Verlangen nach Verhandlungen ist in der afghanischen Bevölkerung noch nie so groß gewesen wie heute, dieses muss genutzt werden. Das wäre praktizierte Demokratie!

Die Nationale Friedens-Jirga Afghanistans und die Kooperation für den Frieden fordern daher die Bundesregierung auf:

- Keine weiteren Kampfhandlungen auf dem Territorium Afghanistans durchzuführen und die Einsätze der Tornado-Stafeln abubrechen. Diese Einsätze kosteten bisher schon Millionen von Euro, und sie trugen mit dazu bei, dass allein im Juli 2500 Zivilisten, die meisten davon Frauen und Kinder, ums Leben kamen. Die Zahl der in Afghanistan stationierten Bundeswehrsoldaten darf nicht erhöht werden, sondern es muss eine konkrete Planung mit festen Daten für einen raschen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan vorgelegt werden.
- Durch eigene Schritte, eventuell gemeinsam mit anderen europäischen Regierungen, islamischen und blockfreien Ländern, in Gesprächen mit den unterschiedlichen Gruppierungen der afghanischen Opposition, einschließlich der Taliban, und mit der afghanischen Regierung eine neue Tür für Verhandlungen zu öffnen und einen Verhandlungsprozess nach Kräften zu fördern. Deutschland genießt noch immer bei vielen Afghanen ein historisch gewachsenes hohes Ansehen, das auch die derzeitigen Konfliktparteien respektieren. Nur durch eine militärische Deeskalation einschließlich eines Truppenabzugs kann die Bundesregierung die von der Nationalen Friedens-Jirga Afghanistans und der Kooperation für den Frieden gemeinsam gewünschte Rolle eines „ehrlichen Maklers“ zwischen den Konfliktparteien in Afghanistan spielen.
- Zivile Hilfe je nach Bedarf bis zu dem Betrag aufzustocken, der durch den Abzug der Truppen frei wird. Das sind etwa 500 Millionen Euro jährlich. Diese Mittel sind für Entwicklungsprojekte in Afgha-



Wer ist ein Taliban, wer wohlgesonnen?

- nistan einzusetzen, die von Orten und Regionen des Landes gemeinsam für wichtig und nützlich gehalten werden und tatsächlich die Lebensbedingungen der Menschen vornehmlich auf dem Lande verbessern. Dezentralität, Nachhaltigkeit und Kleinteiligkeit der Entwicklungsprojekte haben für uns oberste Priorität. Die Entwicklungs- und Aufbauprojekte müssen gerecht auf Städte und Provinzen aufgeteilt werden. Vor allem die Regionen im Süden Afghanistans haben in den letzten Jahren nur wenig oder sogar keine Hilfe erhalten.
- Durch eigene diplomatische Schritte, eventuell gemeinsam mit anderen europäischen Regierungen, islamischen und blockfreien Ländern die Perspektive einer internationalen Konferenz Afghanistans und seiner Nachbarstaaten (Pakistan, Iran, Usbekistan, Tadschikistan u. a.) zu eröffnen, um die Souveränität Afghanistans wiederherzustellen und einen Weg zu Frieden und Sicherheit in der Region zu ebnen. Vor allem Staaten wie Indien, China, Russland, USA, die europäischen Länder sowie die Islamische Konferenz und blockfreie Länder müssen als Beobachter und Garantiemächte an einer solchen Konferenz teilnehmen, um künftige Interventionen auszuschließen.

Unabdingbare Bedingung für erfolgreiche Verhandlungen ist die Festlegung konkreter Daten, an denen der Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan beginnt und endet. Nur so kann auch im Lande eine eigenständige Struktur geschaffen werden. Die Bekanntgabe fester Abzugsdaten würde in der afghanischen Bevölkerung Vertrauen wecken und somit auch zum Frieden beitragen.

Die Nationale Friedens-Jirga Afghanistans und die Kooperation für den Frieden fordern die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, die Mandate für den Bundeswehreinsetzung in Afghanistan nicht zu verlängern, sondern stattdessen im Bundestag eine ernsthafte Debatte über Wege zu führen, Afghanistan in seinem Friedensprozess wirkungsvoll zu helfen.

Die Nationale Friedens-Jirga Afghanistans und die Kooperation für den Frieden bitten die deutsche Zivilgesellschaft, die Organisationen, Gruppen und Initiativen der Friedensbewegung, der sozialen Bewegungen und die Nicht-Regierungsorganisationen, in Deutschland eine breite Diskussion über diese Alternative in Gang zu setzen und Aktionen zu entfalten.

Die Nationale Friedens-Jirga Afghanistans und die Kooperation für den Frieden fordern die Regierung Afghanistans auf:

- Die Korruption entschieden zu bekämpfen, die außer Kontrolle geraten ist und die ärmeren Bevölkerungsschicht an der Wahrnehmung ihrer Rechte hindert.
- Die Kriegsverbrecher vor ein (internationales) Gericht zu stellen. Gegenwärtig leben viele Kriegsverbrecher in Afghanistan in Freiheit und genießen großen Einfluss auch bei ausländischen Botschaften und internationalen Organisationen.
- Entschieden gegen den Drogenanbau und Drogenhandel vorzugehen, in den gegenwärtig auch Regierungskreise ver-

wickelt sind. Mit der internationalen Gemeinschaft und den internationalen Hilfsorganisationen sind Alternativprojekte für die afghanischen Bauern zu entwickeln.

- Den demokratischen Staatsaufbau Afghanistans zu entwickeln. Dazu gehören auch von Parlament und Justiz kontrollierte Sicherheitskräfte, die die Einhaltung der Gesetze – auch durch die Regierung – gewährleisten.
- Die Einheit des afghanischen Volkes zu fördern. Gegenwärtig ist bei den afghanischen Volksgruppen (Pashtunen, Usbeken, Tadschiken, Hazara u. a) das verbindende Bewusstsein, Afghanen zu sein, noch gering entwickelt.

Kooperation für den Frieden, Mitwirkende u. a.:

- Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)
- Bund für Soziale Verteidigung (BSV)
- Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)
- Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)
- Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung von Kriegsdienstverweigerern (EAK)
- Evangelisch-methodistische Kirche in Deutschland
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)
- Hauptvorstand IPPNW, Deutsche Sektion der internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung
- Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit
- Internationaler Versöhnungsbund
- Komitee für Grundrechte und Demokratie
- Pax Christi – Deutsche Sektion

**Nationale Friedens-Jirga Afghanistans und Kooperation
für den Frieden (Deutschland) – 31.7.2009**

Vorschlag für einen Waffenstillstand in der Provinz Kundus

Am 27. Juli wurde in der afghanischen Provinz Badghis ein Waffenstillstand zwischen der Regierung Afghanistans und den aufständischen Taliban geschlossen. Damit wurde ein erster, kleiner Schritt unternommen, die Waffen in Afghanistan schweigen zu lassen und Gespräche aufzunehmen, die in Verhandlungen münden können. Auch wenn dieser Waffenstillstand schlecht vorbereitet war und gebrochen wurde, müssen diesem ersten Schritt jetzt rasche weitere Schritte folgen, um ernsthafte Friedensverhandlungen zu erreichen. Eine militärische „Lösung“ des Afghanistan-Konfliktes ist nicht möglich, wie auch führende US-Politiker und -Militärs inzwischen einräumen; deshalb sollte es nun zu einem schnellen Verhandlungsbeginn kommen.

In dieser Situation schlagen die Nationale Friedens-Jirga Afghanistans und die deutsche Kooperation für den Frieden gemeinsam vor, einen Waffenstillstand für weitere Provinzen anzustreben. Die Nationale Friedens-Jirga aus Stammesvertretern, religiösen Würdenträgern, Intellektuellen und Politikern repräsentiert die breite, kriegsmüde Bevölkerungsmehrheit vor allem aus dem Süden und Osten Afghanistans. Die Kooperation für den Frieden ist der Zusammenschluss von 50 Friedensorganisationen und -initiativen in Deutschland.

Aus unserer Sicht kommt aktuell für eine regionale Waffenstillstandsvereinbarung

der Provinz Kundus eine wichtige Rolle zu, wo sich die Bundeswehr zurzeit im Kriegseinsatz gegen aufständische Taliban befindet. Ein Waffenstillstand würde hier unmittelbar Leben retten – das Leben von afghanischen und deutschen Soldaten, von Aufständischen sowie von unbeteiligten afghanischen Zivilisten – und er wäre zugleich ein wichtiges Signal für ein ernsthaftes Bemühen, den seit acht Jahren mit militärischen Mitteln ausgetragenen Konflikt auf dem zivilen Wege von Verhandlungen beizulegen.

Die Nationale Friedens-Jirga Afghanistans und die deutsche Kooperation für den Frieden bringen dabei gerne ihre Erfahrungen im Bemühen um eine Waffenstillstandsvereinbarung für die Provinz Kundus ein. Bereits vor Monaten sondierten wir die Möglichkeiten für eine solche Waffenstillstandsvereinbarung. Dabei stieß die Nationale Friedens-Jirga Afghanistans bei ihren Gesprächen mit Kommandeuren der Aufständischen in der Provinz Kundus auf positive Resonanz. Die Bemühungen der Kooperation für den Frieden wurden von der Bundesregierung bisher leider mit Skepsis aufgenommen.

Die Nationale Friedens-Jirga Afghanistans genießt in Afghanistan hohe Anerkennung von allen Konfliktparteien. Der Uno-Repräsentant in Afghanistan, Kai Eide, hielt am 18. Juni eine bemerkenswerte Rede in Kabul vor den 1000 Delegierten der Nationalen Friedens-Jirga. Dabei unter-

stützte Eide die Dialogbemühungen dieser Friedensbewegung und betonte die Notwendigkeit eines Verhandlungsprozesses mit allen Konfliktparteien, also einschließlich der Taliban. Sein Motto: „Frieden kann nicht von außerhalb kommen, er muss innerhalb des Landes geschaffen werden“ sollte von allen Seiten als Leitgedanke akzeptiert werden.

Die Nationale Friedens-Jirga Afghanistans ist bereit, die Gespräche mit Kommandeuren der Aufständischen in der Provinz Kundus jederzeit wieder aufzunehmen. Da von den Aufständischen die Bereitschaft zum Waffenstillstand abhängig gemacht wird von der Bereitschaft der Bundesregierung, an Gesprächen darüber teilzunehmen, sollte die Bundesregierung ein entsprechendes Signal geben, damit die Waffen zum Schweigen gebracht werden.

Die Nationale Friedens-Jirga Afghanistans wird in dem Prozess des notwendigen innerafghanischen Dialogs keine Einmischung von außen akzeptieren – von wem auch immer.



UN-Gesandter Kai Eide, Gespräche mit den Taliban fordernd

Die Nationale Friedens-Jirga Afghanistans und die deutsche Kooperation für den Frieden bekräftigen ihre Gemeinsame Er-

klärung vom 4. September 2008, in der es heißt: „Oberstes Prinzip unseres Herangehens ist dabei der Respekt vor dem Selbstbestimmungsrecht der Völker.“

Die Nationale Friedens-Jirga Afghanistans und die Kooperation für den Frieden fordern daher die Bundesregierung auf:

1. Sich ernsthaft um einen Waffenstillstand in der Provinz Kundus zu bemühen, um diesen dann auf weitere Provinzen zu übertragen.
2. Darüber hinaus keine weiteren Kampfhandlungen auf dem Territorium Afghanistans durchzuführen und die Einsätze der Tornado-Staffeln abzubrechen. Die Zahl der in Afghanistan stationierten Bundeswehrsoldaten darf nicht erhöht werden, sondern es muss in absehbarer Zeit eine konkrete Planung mit festen Daten für einen raschen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan vorgelegt werden.
3. Durch eigene Schritte, eventuell gemeinsam mit anderen europäischen Regierungen, islamischen und blockfreien Ländern, in Gesprächen mit den unterschiedlichen Gruppierungen der afghanischen Opposition einschließlich der Taliban und mit der afghanischen Regierung eine neue Tür für Verhandlungen zu öffnen und einen Verhandlungsprozess nach Kräften zu fördern.

Allen an einem Waffenstillstand beteiligten Seiten muss bewusst sein, dass ein solcher Waffenstillstand kein Selbstzweck sein kann. Er wird nur dann von allen Seiten als sinnvoll angesehen und halten, wenn er erkennbar dazu beiträgt, Verhandlungen mit dem Ziel einer Friedenslösung in und für Afghanistan zu ermöglichen und zu befördern.

Kommentar – EKD-Wort vom 25. Januar 2010 zu Afghanistan

„Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“

Von Pax Christi/Kommission Friedenspolitik

Am 25.01.2010 legten die Landesbischöfin und Vorsitzende des Rates der EKD Dr. Margot Käßmann, ihr Stellvertreter Präses Nikolaus Schneider, der Evangelische Militärbischof Dr. Martin Dutzmann und der Friedensbeauftragte des Rates der EKD Renke Brahm unter dem im Betreff wiedergegebenen Titel „Ein Evangelisches Wort zu Krieg und Frieden in Afghanistan“ vor. Mit dieser Einlassung wurde versucht, vor dem Hintergrund des heftig diskutierten friedensethischen Appells von Frau Käßmann zu Weihnachten und Neujahr und im Hinblick auf die Londoner Afghanistan-Konferenz vom 28.01.2010 auf der Grundlage der Titel gebenden EKD-Friedensdenkschrift von 2007 in sieben Punkten eine amtskirchliche friedensethische Position zur Fortsetzung des (deutschen) Engagements in Afghanistan zu markieren. Unseres Erachtens steht diese Positionierung in eklatantem Widerspruch zu dem im Titel zum Ausdruck kommenden Selbstverständnis und Anspruch. Im Einzelnen:

Zu 1: Zwar betont die EKD den „Aufbau der Zivilgesellschaft (als) erkenntnisleitende Frage ‚für eine umfassende Bestandsaufnahme der Lage in Afghanistan‘“, fordert dafür aber lediglich eine „Beteiligung der zivilen Hilfsorganisationen“. Das scheint zu besagen, dass die militärische Lagebeurteilung als maßgeblich vorausgesetzt wird, statt zivilen Instanzen und Organisationen einen eindeutigen Vorrang

oder die alleinige Urteilskompetenz zuzugestehen.

Zu 2: Aus friedensethischer Sicht wird zu Recht gefordert, „dass nicht die militärische Logik das Denken, Planen und Organisieren ... beherrscht, sondern den zivilen Anstrengungen der Vorrang zukommt“; doch bleibt ausdrücklich „eine militärische Seite“ als unabdingbar für den Aufbau einer zivilen Gesellschaft erhalten.

Zu 3: Abermals wird militärisches Engagement als Voraussetzung „für erste Erfolge“, die „im zivilen Aufbau ... zu verzeichnen“ seien, betont. „Viele Opfer auf ziviler und militärischer Seite“ werden zwar angesprochen, aber nicht zu den „ersten Erfolgen“ in Verhältnis gesetzt; das implizite (in sich zynische) Opfer-Erfolgs-Kalkül wäre andernfalls zur Darstellung gekommen.

Zu 4: Vorbehaltlos zuzustimmen wäre der „Konsequenz ...“, die Arbeit der zivilen Friedenskräfte der Regierungen und den Beitrag der Entwicklung und der humanitären Hilfe dienenden Nichtregierungsorganisationen quantitativ und qualitativ zu verbessern“ – würde nicht im nächsten Punkt die hoch problematische Verbindung von militärischem und zivilem Handeln befürwortet.

Zu 5: Zivil-militärische Zusammenarbeit wird hier zum Postulat erhoben: „Das zivile und das militärische Handeln müssen aufeinander bezogen und zugleich voneinander unterschieden sein.“ Zwar wird nicht verdeutlicht, was „bezogen“ eigentlich bedeutet, es dürfte aber dem Versuch

einer Quadratur des Kreises gleichkommen. Das Militär jedenfalls erwartet davon ganz offen Unterstützung der militärischen Operation; alles andere erscheint (ihm) irrelevant (nachzulesen bspw. auf der Webseite der Bundeswehr / Streitkräftebasis). In diesem Zusammenhang muss auch gesehen werden, dass die Bundesregierung den zivilen Organisationen angedroht hat, Fördermittel zu streichen, wenn sie die Zusammenarbeit mit dem Militär verweigern.

Zu 6: Das hier vorgetragene Bekenntnis zu einer „Intervention mit militärischen Zwangsmitteln wie in Afghanistan“ – auf deutsch: zu Krieg – mit „klaren Strategien und Zielen“ und „nüchtern“ veranschlagten „Erfolgsaussichten“ läuft auf eine Befürwortung der militärischen Option anscheinend nach reinen Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten hinaus – also ohne Rücksicht auf Verwundung und Zerstörung, Totschlag, Mord und Massenmord, die diese Option immer bedeutet.

Zu 7: Wenn schließlich doch noch an die „Kriterien für den Einsatz rechtserhaltender Gewalt“ der EKD-Denkschrift (bzw. der *Belum-iustum*-Tradition) erinnert wird, dann bestenfalls als inkonsequenter Nachklapp, mit dem man das friedensethische Gesicht zu wahren versucht. Wie belanglos diese Referenz ist, geht nicht zuletzt aus dem Eingeständnis hervor: „Wir sehen gegenwärtig nicht, dass der Einsatz anhand der friedensethischen Kriterien eindeutig gebilligt oder abgelehnt werden könnte.“ Der Verdacht liegt nahe, dass die Beschwörung des offensichtlich wenig tauglichen Kriterienapparats vor allem dazu dient bzw. dienen soll, in der Öffentlichkeit den Anschein einer soliden ethischen Urteilsbildung zu erwecken. Dieser Verdacht wird bestärkt, wenn die EKD-VertreterInnen sich im Abspann ihres Papiers besorgt zeigen um „eine deutlichere öffentliche Wahrnehmung und

Wertschätzung der zivilen Anstrengungen“, die „erkennbar“ zu den „Aufwendungen ... des militärischen Einsatzes in Beziehung gesetzt werden“ sollten – besorgt also vor allem um das Image des Afghanistan-Engagements, wie immer es mit seiner ethischen Qualität steht.

Insgesamt ist festzustellen, dass die sieben Punkte des EKD-Worts in sich zwiespältig und inkonsequent sind. Im Besonderen wird in fünf davon der militärischen Option mehr oder weniger unverblümt oder relativierend auf „zivile Anstrengungen“ das Wort geredet. Zum Abschluss erscheint der militärische Einsatz auf eine Stufe gestellt mit zivilen Hilfs- und Aufbaumaßnahmen.

Was das mit „Gottes Frieden“ – der christlichen Botschaft zu tun hat, erschließt sich uns nicht; ebenso wenig ist nachvollziehbar, wie man auf diesem Weg „für gerechten Frieden sorgen“ will. Wer diese Haltung auch noch mit Jesu Preisung des Friedentiftens in der Bergpredigt zu begründen versucht, nimmt diese Ansage kaum ernst. Kurz: Das vorliegende „Evangelische Wort zu Krieg und Frieden in Afghanistan“ erscheint uns theologisch unhaltbar. Wir sind enttäuscht, schmerzhaft berührt und auch ärgerlich, dass der Friedens-Appell von Landesbischofin Käßmann zu Weihnachten und Neujahr weitgehend aufgehoben bzw. in sein Gegenteil verkehrt wurde – dass das Zeugnis und die Botschaft Jesu ein weiteres Mal aufgrund dieser amtskirchlichen Positionierung mit der Rechtfertigung von militärischer Gewalt und Krieg in Verbindung gebracht werden kann und werden wird.

*Christof Grosse
Sprecher der pax christi-Kommission
Friedenspolitik
Pforzheim, 08.02.2010
www.paxchristi.de*

Ökumenisches Netz in Deutschland (ÖNiD)

Vorschlag zur 2. Fassung der Ökumenischen Erklärung zum gerechten Frieden

Vollständiger Text der Erklärung bei <http://www.oenid.net/Projekte/IOeFK.html#Leben-Frieden2>

6. Gott will durch Gerechtigkeit menschliche Sicherheit schaffen

Wir glauben, dass Gott nicht durch Militär, sondern durch Gerechtigkeit Frieden schaffen will. „Das ist das Wort Gottes an Serubbabel: „Nicht mit Macht und nicht mit Gewalt, sondern durch meine Geistkraft““ (Sach 4,6). „Solange über uns die Geistkraft aus der Höhe ausgegossen wird, wird die Wüste als Baumgarten, und der Baumgarten wird als Wald angesehen werden. Dann wird in der Wüste das Recht wohnen und Gerechtigkeit im Baumgarten sitzen. Dann wird die Gerechtigkeit Frieden schaffen, und die Gerechtigkeit wird für immer Ruhe und Sicherheit bewirken“ (Jes 32, 15–17).

Darum sagen wir Nein zu der Institution des Krieges, der – zumal unter den Bedingungen der gegenwärtigen Waffentechnik – niemals und durch nichts zu rechtfertigen ist; Nein zu den über eine Billion US \$, die jährlich für die Rüstung verschwendet werden, während im gleichen Zeitraum über 30 Millionen Menschen an den Folgen des Hungers sterben. Rüstung mordet nicht erst, wenn sie zum Einsatz gelangt, sondern bereits, wenn sie produziert wird. Insbesondere verwerfen wir völkerrechtswidrig begonnene imperialistische Kriege wie die gegen den Irak und Afghanistan sowie den unbegrenzten „Krieg gegen den Terror“. Darum lehnen wir die über 800 Militärbasen der USA, unter deren Schutz

autoritäre und scheindemokratische Regierungen wie in den Philippinen und Kolumbien notorische Menschenrechtsverletzungen verüben, ebenso ab wie die Aufrüstung der EU mit internationalen Eingreiftruppen. Ordnungsaufgaben der Weltgemeinschaft bei notorischen Menschenrechtsverletzungen in einzelnen Ländern und Regionen sind ausschließlich von Polizeikräften unter dem Dach der demokratisch umzugestaltenden Vereinten Nationen durchzuführen.

Gottes Geistkraft befreit uns als Einzelne und als Kirchen dazu, an keinem Krieg in irgendeiner Weise mitzuwirken. Stattdessen wollen wir im Sinn Jesu und Gandhis aktiv gewaltfrei, aber konflikt- und leidensbereit allem Unrecht entgegenzutreten, präventiv ebenso wie therapeutisch an notwendigen Versöhnungsprozessen mitwirken und politisch dazu beitragen, dass der Krieg geächtet wird.

7. Gott wird durch Massenvernichtungsmittel gelästert

Wir glauben, dass Massenvernichtungsmittel eine Gotteslästerung sind, denn Menschen sind nach dem Bilde Gottes geschaffen. „Wer Menschenblut vergießt, deren Blut soll durch Menschen vergossen werden. Denn als Bild Gottes sind die Menschen gemacht“ (Gen 9,6). „Nur wenn ihr euer Verhalten und euer Tun wahrhaft bessert, ... kein unschuldiges Blut an diesem Ort vergießt ..., dann will ich euch wohnen lassen an diesem Ort für immer, in dem Land, das ich euren Eltern gegeben habe“ (Jer 7,5ff.).

Darum sagen wir Nein ohne jedes Ja zur Produktion, Stationierung und Anwendung von Massenvernichtungsmitteln, die immer unschuldiges Blut vergießen, ja, alles Leben auf der Erde auslöschen können. Wir verwerfen die Strategien der USA und der NATO, die das Recht auf einen atomaren Erstschlag beanspruchen und bereits jetzt mit Uran abgereicherte Munition mit verheerender Wirkung für die betroffenen Bevölkerungen zum Einsatz bringen.

Gottes Geistkraft befreit uns als Einzelne und als Kirchen dazu, und wir rufen alle Mitglieder von christlichen Kirchen dazu auf, auf keine Weise an der Produktion, Stationierung oder Anwendung von Massenvernichtungsmitteln mitzuwirken, auch keine politische Partei zu wählen, die sich nicht zur vollständigen Abschaffung von Massenvernichtungsmitteln bekennt. Wir rufen insbesondere die Regierung der USA, aber auch alle anderen Regierungen auf, den Worten Taten folgen zu lassen und eine atomwaffenfreie Welt zu schaffen. Nur dann können auch Regierungen, die jetzt nach Atomwaffen streben, daran gehindert werden, ihren Plan in die Tat umzusetzen.

8. Gott schafft sich ein Volk, das alle Völker zu einem Leben in gerechtem Frieden einlädt

Wir glauben, dass Gott uns zu einem Volk beruft, das ein Leben in Gerechtigkeit und Frieden vorlebt und so Licht in der Welt, Stadt auf dem Berge und Salz der Erde wird (Mt 5, 13–16). „Und viele Völker werden aufbrechen und sagen: ‚Auf, lasst uns hinaufziehen zum Berg Gottes, zum Haus der Gottheit Jakobs, damit sie uns lehre ihre Wege, und wir gehen auf ihren Pfaden, denn von Zion wird Weisung ausgehen und das Wort Gottes von Jerusalem. Und Gott wird Recht sprechen zwischen den fremden Völkern und richten zwischen vie-



Abtei-Stele, Stiftsdame, Kinder lehrend

len Völkern. Dann werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Lanzen zu Winzermessern umschmieden, kein fremdes Volk wird mehr gegen ein anderes sein. Haus Jakobs: Auf und lasst uns im Licht Gottes gehen!“ (Jes 2,3–5).

Darum sagen wir Nein zu allem Missbrauch des Namens Gottes und Christi für Machtzwecke, geschehe er durch Regierungen, politische Parteien, Gruppen, Theologien oder Kirchen. Wir verwerfen insbesondere Wohlstandstheologien, fundamentalistische Kreuzzugstheologien und solche Ideologien, die im Namen der Freiheit die Reichtumsvermehrung von Kapitaleignern betreiben und dafür auch gewaltsames, imperialistisches staatliches Handeln rechtfertigen.

Gottes Geistkraft befreit uns als Einzelne und als Kirchen dazu, Jesus nachzufolgen und am Bau von Gottes Reich, von Gottes herrschaftsfreier, lebensförderlicher Ordnung mit menschlichem Gesicht mitzuwirken. Dazu gehören die Mitwirkung am Aufbau einer neuen, dem Leben dienenden solidarischen Wirtschaftsweise, das Einüben von gewaltfreien Verhaltensweisen für Konfliktprävention und -therapie, die Vermeidung und Verminderung von Gewalt auf allen Ebenen von der Familie bis hin zu einer

Weltfriedensordnung und ein Lebensstil, der ökologische und soziale Gerechtigkeit fördert. Wir suchen die Gemeinschaft und Zusammenarbeit mit Menschen anderen und keinen Glaubens, die das Leben auch der geringsten Menschen und der gefährdeten Erde achten und fördern. Wir bitten Gott im Namen Jesu um Geistkraft, uns an den wunderbaren Gaben der Schöpfung zu freuen, ein Leben in Gerechtigkeit und Frieden zu führen und dafür zu kämpfen, dass es allen Menschen und der Erde zuteil wird.

Erinnerung verpflichtet: Das Gegenteil von Krieg ist Friedensdienst

Zum 70. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs

Von Johannes Weissinger

Am 1. September 1939 überfiel die deutsche Wehrmacht Polen. Damit wurde für jedermann sichtbar, wovor Pazifisten und andere Weitsichtige schon vor der Übergabe der Regierungsmacht an Adolf Hitler gewarnt hatten: „Hitler bedeutet Krieg.“ Auf diesen Krieg hatte Hitler von Beginn seiner Regierung an hingearbeitet. Die Unterrichtung der Wehrmacht über seine Kriegsziele schon am 5. Tag seiner Amtszeit, die Verbrennung pazifistischer Bücher und die Ausbürgerung kritischer Staatsbürger, der Austritt aus dem Völkerbund, eine alle anderen Wirtschaftszweige dominierende Aufrüstung, die Vereidigung der Wehrmacht auf Hitler und die gegen den Versailler Vertrag verstoßende Einführung der allgemeinen Wehrpflicht waren dabei wichtige Statio-

nen. Nur diejenigen, die 1939 noch auf die Lügen und die Hasspropaganda der Nationalsozialisten hereinfließen oder in der Vorstellung von dem den Deutschen zu Unrecht vorenthaltenen Lebensraum gefangen waren, konnten sich über den Charakter des Krieges als Weltanschauungs- und Vernichtungs-Krieg täuschen und ihn als notwendige Verteidigung berechtigter deutscher Ansprüche ansehen.

Die große Mehrheit der Deutschen, auch der evangelischen Kirche, folgte, wenn auch ohne große Begeisterung, Hitler in den Krieg. Und nach dem Sieg über Frankreich 1940 war Hitler auf dem Gipfel seiner Popularität. Vergeblich hatte Friedrich Siegmund-Schultze 1931 seine Kirche gedrängt: „Was die Kirche jetzt versäumt, treu zu der Friedens-Botschaft des Evangeliums zu stehen, wird sie in den nächsten Jahren nicht wieder einbringen können. Diejenigen, die

sich heute noch scheuen, die Friedens-Botschaft zu bekennen, werden sie in zehn Jahren nicht mehr öffentlich bekennen dürfen.“ Die Frage Karl Barths an die Gewissen aller Christen in Deutschland, ob es nicht ihre Sache sei, zur Verhinderung dieses Krieges bzw. eines Sieges der Usurpatoren den Wehrdienst zu verweigern, erschien auch seinen Freunden und Schülern kurz vor Kriegsbeginn als zu ungewohnt und zu kühn. Eine theologisch-ethische Besinnung aus den Reihen der Bekennenden Kirche entlastete die Gewissen der Soldaten, indem sie die Verantwortung für diesen Krieg bei den Regierenden, nicht bei den Soldaten sah, so wie für eine Hinrichtung der Richter, nicht aber der Henker die Verantwortung trage. Der Geistliche Vertrauensrat der Deutschen Evangelischen Kirche (DEK), in dem neben je einem Vertreter der Deutschen Christen und der neutralen Mitte der hannoversche Landesbischof Marahrens die gemäßigte Bekennende Kirche vertrat, veröffentlichte zum Erntedankfest 1939 ein Fürbittengebet: „Segne Du unsere Wehrmacht auf dem Lande, zu Wasser und in der Luft. Segne allen Einsatz und alle Arbeit im deutschen Land, segne und schütze Du unseren Führer, wie Du ihn bisher bewahrt und gesegnet hast, und lass es ihm gelingen, dass er uns einen wahrhaftigen und gerechten Frieden gewinne, uns und den Völkern Europas zum Segen und Dir zur Ehre.“ Ein halbes Jahr später sah sich Marahrens nicht in der Lage, ein Gnadengesuch Hermann Stöhrs zu unterstützen. Dieser hatte sich im August 1939 geweigert, der Einberufung zur Wehrmacht zu folgen, war deshalb am 31. August festgenommen und am 16. März 1940 vom Reichskriegsgericht zum Tode verurteilt worden. Am 21. Juni 1940 wurde Hermann Stöhr in Berlin-Plötzensee enthauptet.

Der Irrweg des Krieges endete fast sechs Jahre später nicht in der deutschen Welt-herrschaft, sondern in der militärischen Niederlage.

In der Kirche folgten drei für uns bis heute wichtige Äußerungen. Der neu gebildete Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland bekannte gegenüber den Vertretern des Ökumenischen Rates der Kirchen im Oktober 1945: „Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden.“ Die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen bezeugte 1948 in Amsterdam: „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein.“ Die Kirchenversammlung der Evangelischen Kirche in Deutschland erklärte in demselben Jahr in Eisenach: „Auf der Gewalt ruht kein Segen, und Kriege führen nur tiefer in Bitterkeit, Hass, Elend und Verwahrlosung hinein.“

1949 verpflichtet das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland den neu gegründeten Staat in seiner Präambel, „dem Frieden der Welt zu dienen“, und stellt in Artikel 26 „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten,“ unter Strafe.

Diese Einsichten konnten in der Folgezeit für die grundsätzliche Absage an militärische Gewalt politisch eine Mehrheit nicht gewinnen. Die gegenwärtige Beteiligung deutscher Soldaten an Einsätzen, die wir Kriege nennen, ist auch eine Folge verweigerter Umkehr.

Im Gedenken an den Beginn des Zweiten Weltkriegs stehen uns auch Aufgaben vor Augen, die uns heute gestellt sind. Wir nennen ohne Anspruch auf Vollständigkeit die folgenden:

Wir begrüßen, dass in diesen Tagen mit

den Soldaten, die nach dem von den Nationalsozialisten eingeführten Gesetz als „Kriegsverräter“ verurteilt worden sind, die letzte Gruppe der Opfer der NS-Militärjustiz rehabilitiert wird. Als Aufgabe bleibt, diese politische und juristische Rehabilitation auch im Bewusstsein der Bürger zu verankern und zu festigen.

Wir wissen um das von Deutschen verübte Unrecht, unter dem bzw. unter dessen Folgen Menschen bis heute leiden. Als Aufgabe bleibt, Friedensdienste zur Völkerverständigung, insbesondere in Osteuropa, zu leisten.

Wir beobachten die Tendenz in der Publizistik, anderen Medien und auch beim Gedenken an die Toten des Zweiten Weltkriegs, die Schuld Deutschlands zu relativieren und auszublenden. Als Aufgabe bleibt, sich der Schuld Deutschlands ohne Seitenblick bewusst zu sein. Auch dürfen wir im nationalsozialistisch gefärbten Weltbild der Neonazis deren darin angelegten Militarismus und deren Leugnung der Schuld nicht verharmlosen. Wir regen an, diejenigen pazifistischen und ökumenischen Zeitschriften, die die Nationalsozialisten beseitigten, z. B. „Das andere Deutschland“ und „Die Eiche“, durch Reprintausgaben allgemein zugänglich zu machen und damit der Stimme der ausgeschalteten Minderheit wieder Gehör zu verschaffen.

Wir nehmen wahr, wie NATO und Bundeswehr für sich das Recht beanspruchen, gegenüber anderen Völkern und Staaten „Interessen“ militärisch durchzusetzen. Wir lesen, dass Deutschland zur drittgrößten Rüstungsexportnation aufgestiegen ist. Als Aufgabe bleibt, auf die Einhaltung des „Zwei-plus-Vier-Vertrages“ von 1990 zu drängen, dessen Artikel 2 bekräftigt, dass „von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird“.

Wir hören immer wieder den Hinweis, dass das politische Gewicht eines Staates an seiner militärischen Stärke hänge. Als Aufgabe bleibt, diesem Irrglauben abzulegen und den deutschen Beitrag zur europäischen Außen- und Sicherheitspolitik auf die zivile Konfliktlösung auszurichten. Hierzu zählt auf der Ebene der Institutionen die Stärkung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).

Wir wundern uns über den Titel des neuen Handbuchs der Evangelischen Seelsorge in der Bundeswehr, das in diesem Jahr erschienen ist. Wir sehen in dem Titel „Friedensethik im Einsatz“ eine begriffliche Angleichung an die Selbstbezeichnung der Bundeswehr als einer „Armee im Einsatz“. Dieses Handbuch soll evangelische Militärgeistliche im Rahmen des von ihnen erteilten Lebenskundlichen Unterrichts in der Bundeswehr, einer „staatlich angeordnete(n) Reflexion staatlicher Praxis“, unterstützen. Manche Abschnitte dieses Handbuchs sind nach unserem Eindruck stärker von staatlicher Militärpolitik als von theologischer Friedensethik bestimmt, z.B. der Abschnitt „Der verfassungsrechtlich gewährleistete Gewissensschutz des Soldaten in einem für völkerrechtswidrig erachteten Gewalteininsatz“. Der Autor dieses Abschnitts stellt das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 21. Juni (!) 2005, veröffentlicht am 1. September (!) 2005, das jede Einschränkung der Gewissensfreiheit eines Soldaten durch Erfordernisse der Funktionsfähigkeit der Streitkräfte als unzulässig erklärt, mit erkennbar ähnlichen Vorbehalten dar, wie sie von Angehörigen der Bundeswehr vorgetragen werden. Als Aufgabe bleibt, über die im Handbuch angesprochenen Fragen in Kirche und Gesellschaft zu diskutieren. Wir setzen uns dafür ein, das angesprochene Urteil des Bundesverwal-

tungsgerichts weithin bekannt zu machen wie auch den „Verhaltenskodex zu politischen und militärischen Aspekten der Sicherheit“, den die Teilnehmerstaaten des Budapester OSZE-Gipfeltreffens von 1994 beschlossen haben. In Ziffer 30 dieses Kodex heißt es: „Jeder Teilnehmerstaat wird ... gewährleisten, dass sich die Angehörigen der Streitkräfte der Tatsache bewusst sind, dass sie nach dem innerstaatlichen und dem Völkerrecht für ihre Handlungen individuell verantwortlich sind.“ Ziffer 31 bekräftigt: „Die Verantwortung der Vorgesetzten entbindet die Untergebenen nicht von ihrer individuellen Verantwortung.“ Zuspitzt formuliert: Wir warnen davor, die Gewissen der Soldaten zu schärfen, wie man Waffen und Bomben schärft, scharf, d.h. für einen Einsatz brauchbar macht.

Wir sehen uns selbst verstrickt in die ungerechte Aufteilung der Welt in wirtschaftlich und politisch Mächtige und Ohnmächtige. Wir fragen: Sind die Ansprüche hinsichtlich des Ressourcenverbrauchs und dessen Absicherung, die in den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1994 und 2003 geltend gemacht werden, nicht in sich schon gewalttätig im Sinne struktureller Gewalt und darauf angelegt, ggf. mit militärischer Gewalt durchgesetzt zu werden? Erfordert die immer wieder proklamierte Orientierung an den Menschenrechten nicht, die Rechte aller Menschen auf Leben zu achten, die Güter der Erde solidarisch zu teilen und das Wirtschaften in den Dienst des gemeinsamen Lebens aller Menschen zu stellen? Ist die radikale Umverteilung der finanziellen Aufwendungen weg von den militärischen hin zu zivilen Lösungsansätzen nicht auch schlicht ein Gebot der politischen Vernunft, da die meisten Bedrohungen des Weltfriedens, ja des Lebens auf der Erde ohnehin nicht militärisch

bekämpft werden können? Die Aufgabe bleibt, die Institution Krieg zu überwinden.

Fazit: Gustav W. Heinemann fragte 1969 als Bundespräsident in seiner Fernsehansprache zum 30. Jahrestag des Kriegsbeginns: „Was wollen und tun wir, auf was ist des Menschen Leben ausgerichtet, und wie ordnet er sein Leben, bevor der Krieg mit seinem Töten und Getötetwerden jeweils wieder einmal da ist?“ Es ist an uns, auf diese Frage eine Antwort zu geben, die wir auch morgen bejahen können.

Dortmund, 26. August 2009, Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK) – Arbeitskreis Westfalen, Johannes Weissinger, Vorsitzender, Hochstraße 12, 57319 Bad Berleburg

Verwendete Literatur:

- Brakelmann, Günter (Hg.), Kirche im Krieg. Der deutsche Protestantismus am Beginn des Zweiten Weltkriegs, München 1979*
Die Eiche. Vierteljahrschrift für soziale und internationale Arbeitsgemeinschaft, hg. von Friedrich Siegmund-Schultze, 19. Jg. 1931, 20. Jg. 1932
Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (Hg.), NEIN zu Krieg und Militär – JA zu Friedensdiensten. 50 Jahre evangelische Arbeit für Kriegsdienstverweigerer, Bremen 2007
Evangelisches Kirchenamt für die Bundeswehr (Hg.), Friedensethik im Einsatz. Ein Handbuch der Evangelischen Seelsorge in der Bundeswehr, Gütersloh 2009
Heinemann, Gustav W., Präsidiale Reden, edition suhrkamp 1975
Kirchliches Jahrbuch 1933–1944, Gütersloh 1948, 2. Auflage 1976
Röhm, Eberhard Sterben für den Frieden. Spurensicherung: Hermann Stöhr (1898–1940) und die ökumenische Friedensbewegung, Stuttgart 1985

Johannes Weissinger, geboren 1948 in Oldenburg, 1967 Kriegsdienstverweigerung und Beginn des Studiums in Marburg, 1968/69 Zivildienst in Bethel, 1969–1973 Fortsetzung des Studiums der Theo-



Johannes Weissinger

logie in Hamburg, Münster und Tübingen, 1973–1975 in Bochum und beim „Dienst an den Schulen“, 1975–1993 Gemeindepfarrer in Dortmund, Schwerte und Lünen, seit 1994 Pfarrer im Kirchenkreis Wittgenstein mit Schwerpunkt Erwachsenenbildung und Urlauberseelsorge. Vorsitzender der EAK Westfalen seit 1983.

Leserbrief

Glaubenszeugnis – Pfarrer Farwer nach der Chronik Wulmeringhausen

Eduard Farwer – geboren 1901 in Gesseke; 1928 zum Priester geweiht seit 1930 Pastor in Alsleben/Saale (Magdeburger Anteil von Paderborn) gestorben 24. April 1971 – Grab in Hagen Ernst.

Am 18. Januar 1938, nachmittags 2 Uhr, kam die Gestapo und machte im Pfarrhaus Alsleben eine 7-stündige Hausdurchsuchung. Am folgenden Morgen war das Kirchlein gefüllt wie an Sonntagen. „Die Gemeinde aber betete für ihn zu Gott.“

Am 20. Januar 1938, morgens 10.30 Uhr, bat die Gestapo den Pfarrer zu einer „kurzen Vernehmung“ ins Rathaus. Diese „kurze Vernehmung“ dauerte ununterbrochen 13 ½ Stunden. Sie umfasste die Jahre 1931 bis 1938, also einen Zeitraum von 7 Jahren, und befasste sich in erster Linie mit dem kompromisslosen Kampf Pfr. Farwers gegen den gottlosen Nationalsozialismus. Sogar über eine Predigt aus dem Jahre 1931 mit dem Thema: „Reißt dem Hakenkreuz die Haken aus! Macht das Christenkreuz daraus!“ wurde er vernommen. Die Ver-

nehmung endete mit der Verhaftung von Pfr. Farwer. Er wurde zunächst zum Polizeigefängnis in Halle/Saale gebracht, und er blieb dort zwei lange, qualvolle Jahre. Fast die ganzen zwei Jahre wurde er dort wie ein Schwerverbrecher in einer dunklen Kellerzelle untergebracht; die Sonne hat er in diesen zwei Jahren nicht einmal gesehen. Dann wurde er wegen „Heimtücke“ zu 1 ¼ Jahren Gefängnis verurteilt und verbüßte diese im Gefängnis zu Naumburg/Saale. Als diese vorüber waren, bestimmte ein knallroter „Schutzhaftbefehl“, von dem Massenmörder Heydrich (aus Halle/S) unterschrieben, das weitere Schicksal von Pfr. Farwer. Vom 18. April 1941 bis zum 29. April 1945 befand er sich in dem berüchtigten Konzentrationslager Dachau. In Dachau befanden sich etwa 3000 katholische Priester aus 26 verschiedenen Nationen, von denen etwa 1700 dort für ihren Glauben starben. Von den 1300 überlebenden Priestern starben in den ersten Jahren nach der Befreiung noch viele infolge der dort

erlittenen Quälereien und Misshandlungen (Malaria-Versuche; Kälte-Versuche; Phlegmone-Versuche, Überarbeitung, Schläge; Hunger, Typhus; Fleckfieber etc.). Fast alle Überlebenden aber trugen dauernde schwere Gesundheitsschäden davon. So auch Pfr. Farwer. Von Mai 1945 bis Mai 1947 konnte er noch keine Stelle wieder annehmen und musste sich einer ärztlichen Behandlung in einer Klinik in München unterziehen. Am 22. Mai 1947 konnte er seine Stelle als Pfarrvikar von Wulmeringhausen antreten.

Leserbrief vom 18. Januar 2010

Lieber Pfarrer Gaede!

Haben Sie vielen Dank für den Bericht von Pfarrer Farwer (siehe CuS 4/2009), der hier als KZ-Priester und Erbauer unserer Kirche bekannt ist. Füge ergänzend hinzu, was er in unserer Chronik vermerkt hat. Er ist es wert, in Erinnerung gehalten zu werden. Nochmals herzlichen Dank – Grüße an Pfarrer Tiemann – und Gottes Segen

Klaus-Peter Goebel



Christus, Mosaik, Wulmeringhausen

Gandhis Satyagraha-Lehre

Von Wolfgang Sternstein

Liebe und Wahrheit sind verschiedene Seiten ein und derselben Haltung. Beide sind schwer in der Ausübung, aber das Einzige, wofür es sich zu leben lohnt. Ein Mensch kann nicht wahr sein, wenn er nicht alle Geschöpfe Gottes liebt. Wahrheit und Liebe sind daher zusammen die vollständige Selbstaufopferung.

Im Zentrum von Gandhis Leben und Wirken steht eine geheimnisvolle Kraft, die er *Satjagraha* nannte. Satjagraha ist ein Kunstwort, eine Zusammensetzung aus satja

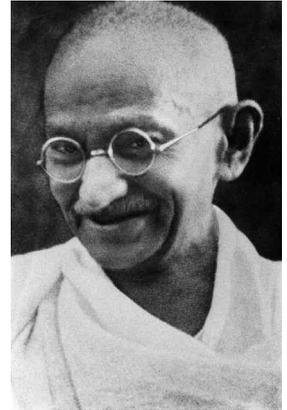
(Wahrheit) und agraha (ergreifen, festhalten, anpacken, angreifen). Es bedeutet soviel wie Festhalten an der Wahrheit, Kraft der Wahrheit, Kraft der Liebe oder der Seele im Unterschied zu Körperkraft. Gandhi erfand diesen Begriff, weil ihn das Wort ‚passiver Widerstand‘ für das, was er im Sinn hatte, nicht befriedigte. Die Haltung, die er damit beschreiben wollte, war alles andere als passiv, sie war im höchsten Grade aktiv. Auch beschränkte sie sich nicht auf Widerstand, sondern bezeichnete ein aktives, konstruktives Vorgehen. Gandhi unterschied deshalb zwischen ei-

ner „Gewaltlosigkeit der Schwachen“ und einer „Gewaltlosigkeit der Starken“. Mit „Gewaltlosigkeit der Schwachen“ meinte er eben jenen passiven Widerstand, d. h. Verzicht auf verletzende oder tötende Gewalt, sei es, weil der Gegner weit überlegen ist, weil keine Waffen verfügbar sind oder Gewaltanwendung aus anderen Gründen inopportun erscheint. Die „Gewaltlosigkeit der Schwachen“ verzichtet zwar auf verletzende und tötende Gewalt, nicht aber auf andere Formen des Zwanges wie zum Beispiel die Verweigerung der Zusammenarbeit in allen ihren Erscheinungsformen als Streik, Boykott, Steuerverweigerung, Embargo usw. Mit „Gewaltlosigkeit der Starken“ hingegen meinte er einen bedingungslosen Gewaltverzicht aufgrund der Einsicht, dass Gewalt nicht nur aus religiösen oder ethischen Gründen abzulehnen ist, sondern auch, weil sie ein untaugliches Mittel der Konfliktlösung darstellt, sofern das Ziel darin besteht, einen Konflikt für alle Beteiligten befriedigend und dauerhaft zu lösen. Wer die Gewaltlosigkeit der Starken praktiziert, wird folglich selbst dann auf Gewaltanwendung verzichten, wenn er dem Gegner haushoch überlegen ist und ihn seinem Willen unterwerfen könnte.

Die „Gewaltlosigkeit der Starken“ kann sich ebenfalls der Methoden der Nichtzusammenarbeit bedienen. Insofern übt sie auf den Gegner auch einen gewissen Druck aus. Der Unterschied wird jedoch rasch offenbar, wenn der Gegner zu brutalen Unterdrückungs-Maßnahmen greift. Dann bricht der passive Widerstand entweder zusammen, oder er geht in gewaltsamen Widerstand über. Ganz anders dagegen die „Gewaltlosigkeit der Starken“. Sie hält am Gewaltverzicht fest, unterwirft sich aber auch nicht, sondern ist bereit, die Gewalt des Gegners ohne Hass oder den Wunsch nach Rache hinzunehmen. Zumin-

dest sollte es so sein. Selbstverständlich ist auch ein Mensch, der sich um die „Gewaltlosigkeit der Starken“ bemüht, nicht davor gefeit, angesichts brutaler Gewaltandrohung oder -anwendung zu versagen.

Theodor Ebert hat in den sechziger Jahren versucht, Gandhis Unterscheidung mit den Begriffen Gewaltlosigkeit und Gewaltfreiheit wiederzugeben, wobei Gewaltlosigkeit für „Gewaltlosigkeit der Schwachen“, Gewaltfreiheit für „Gewaltlosigkeit der Starken“ steht. Dieser Versuch ist jedoch gescheitert. Gewaltfreiheit wird heute gleichbedeutend mit Gewaltlosigkeit gebraucht und meint nichts anderes als den Verzicht auf verletzende oder tötende Gewalt.



Mahatma Gandhi

Martin Arnold hat dem abzuhelfen versucht, indem er für Satjagraha das Wort Gütekraft prägte. Ich ziehe indes das Wort *Wahrheitskraft* vor, nicht nur, weil es eine wörtliche Übersetzung von Satjagraha ist, sondern auch, weil es die Vorstellung, um die es geht, meines Erachtens besser erfasst.

Der Begriff Wahrheitskraft ist allerdings auch nicht unproblematisch, denn im abendländischen Kulturkreis provoziert er sofort die Pilatusfrage: „Was ist Wahrheit?“ Darauf gibt es viele Antworten. Gandhi beantwortet sie mit vier schlichten Worten: „Die Wahrheit ist Gott“. Diese Antwort ist insofern missverständlich, als wir mit dem Wort Gott zwangsläufig die jüdisch-christliche Gottes-

vorstellung verbinden, während Gandhi als Hindu selbstverständlich an die hinduistische Gottesvorstellung denkt. Gott ist für ihn das ewige, unzerstörbare Sein, das allen Erscheinungen zu Grunde liegt, sie erschafft, erhält und wieder auflöst. Die Religion, die nach einem höchsten Wesen fragt, und die Philosophie, die nach dem Urgrund aller Erscheinungen fragt, fallen für Gandhi folglich zusammen. Vernunft und Glaube schließen sich bei ihm nicht aus.

Wie aber kann „Wahrheitskraft“ als Übersetzung für Gandhis Begriff Satjagraha taugen? Sind nicht im Namen der Wahrheit und im Namen Gottes die furchtbarsten Gewalttaten und Verbrechen begangen worden? Gandhi beantwortet diese Frage, indem er eine untrennbare Verbindung zwischen Wahrheit (satja) und Gewaltverzicht (ahimsa) herstellt. Ahimsa heißt, wörtlich übersetzt, Nicht-Gewalt und bedeutet das Bemühen, kein anderes Lebewesen zu verletzen oder zu töten. Wir können uns, solange wir leben, diesem Ideal nur annähern, denn Leben lebt von Leben, d.h. wir müssen zumindest pflanzliches Leben töten, um uns zu ernähren. Ahimsa bedeutet folglich das Bestreben, so wenig wie möglich Leben zu töten. Es ist nahe verwandt mit Albert Schweitzers Prinzip der „Ehrfurcht vor dem Leben“. Gandhi gibt der Verbindung von Wahrheit und Nicht-Gewalt zudem einen positiven Sinngehalt. Wahrheitskraft bedeutet nicht nur die Abwesenheit von Gewalt, sondern auch die Anwesenheit einer positiven, aktiven, aufbauenden, schöpferischen und heilenden Kraft, die die Gewalt überwindet. Für Gandhi gibt es daher das, was jüdische und christliche Theologen die „Nachtseite Gottes“ nennen: den gewalttätigen, rächenden, zornigen, strafenden, richtenden und vernichtenden Gott, nicht. Für ihn sind Wahrheit und Gewaltfreiheit oder Liebe so untrennbar ver-

bunden wie die Vorder- und die Rückseite einer Münze.

Wo auch immer im Namen der Wahrheit Gewalt ausgeübt wird, handelt es sich nicht um Wahrheit, sondern um Unwahrheit. Das gleiche gilt für die Religion: Wo auch immer im Namen Gottes Zwang oder Gewalt angewandt wird, handelt es sich nicht um Religion, sondern um einen Missbrauch der Religion.

Kritiker haben dem Christentum vorgeworfen, es habe nur allzu oft der Rechtfertigung von Gewalt und Unterdrückung, von Ungerechtigkeit und Ausbeutung gedient. Seine wichtigste Rolle habe gerade darin bestanden, den Tätern ein gutes Gewissen zu verschaffen und die Opfer auf ein himmlisches Jenseits zu trösten. Das ist leider nur allzu wahr, trifft aber nicht das Christentum oder die Religion an sich, sondern ihren Missbrauch. Auch ist solcher Missbrauch keineswegs auf die Religion beschränkt. Im Namen des Sozialismus und Kommunismus, im Namen des hohen Ziels einer klassenlosen, herrschaftsfreien Gesellschaft, sind furchtbare Verbrechen begangen worden. Daraus haben manche Zeitgenossen den resignativen Schluss gezogen, jede Gesellschaftsutopie sei im Kern totalitär und folglich abzulehnen. Ich denke nicht so. Nicht die Utopie als solche ist abzulehnen, sondern ihr Missbrauch zur Rechtfertigung von Zwang und Gewalt.

Selbstverständlich gilt das auch für die religiöse Rechtfertigung des Terrors durch islamische Fundamentalisten oder die Rechtfertigung des Krieges gegen den Terrorismus durch christliche Fundamentalisten. In beiden Fällen handelt es sich nicht um Religion, sondern um Gotteslästerung. Auch verwahre ich mich gegen den Missbrauch des Begriffes „Märtyrer“. Ein Märtyrer ist ein Mensch, der bereit ist, für seine Überzeugung zu leiden und zu sterben, in-

dem er Gewalt hinnimmt, nicht aber indem er Gewalt anwendet. Selbstmordattentäter sollten daher niemals als Märtyrer bezeichnet werden. Offenbar merken sowohl jene, die den „großen Satan“ USA mit allen verfügbaren Mitteln bekämpfen, als auch jene, die dem Terrorismus als dem „absolut Bösen“ den Krieg erklärt haben, nicht, dass das Böse längst von ihnen Besitz ergriffen hat. Die islamischen Fundamentalisten werden, wo immer sie an die Macht kommen, brutale Diktaturen unter dem Namen „Gottesstaat“ errichten, während die christlichen Fundamentalisten im Krieg gegen den Terrorismus die letzten Reste von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten in ihren Ländern zerstören. Beide werden in ungewollter Zusammenarbeit die Welt ins Unglück stürzen.

Erinnert nicht das, was Gandhi Wahrheits-, Liebes- oder Seelenkraft nannte an ein „Märchen aus alten Zeiten“ (Heinrich Heine), nämlich an das, was *Jesus von Nazareth* die Gottes-, Nächsten- und Feindesliebe nannte? In der Tat, Jesus und Gandhi hatten beide dasselbe im Sinn. Wären sie einander über Zeit und Raum und Kulturkreis hinweg begegnet, sie hätten einander sofort und ohne viele Worte verstanden. Sie wären sich vermutlich auch einig in ihrem Urteil über das „christliche Europa“ gewesen, das Gandhi in die Worte fasste: „Ich bin davon überzeugt, dass das Europa von heute nicht den Geist Gottes oder des Christentums verwirklicht, sondern den Geist Satans. Und der Satan hat den größten Erfolg, wo er mit dem Namen Gottes auf den Lippen auftritt. Europa ist heute nur noch dem Namen nach christlich. In Wirklichkeit betet es den Mammon an. ‚Leichter kommt ein Kamel durch ein Nadelöhr, als dass Reiche ins Gottesreich kommen.‘ (Luk 18,25, par.) Das sind Worte Christi. Seine so genannten Anhänger messen

ihren moralischen Fortschritt an ihrem materiellen Besitz.“

Es bleibt eines der größten Rätsel, dass nach zweitausend Jahren Christentum von jener Kraft, der es seinen Ursprung verdankt und die das Römische Reich in seinen Grundfesten erschütterte, so gut wie nichts mehr zu spüren ist. Im Gegenteil, es ist der christlich geprägte Kulturkreis, der die Welt an den Abgrund der Selbstvernichtung geführt hat.

Kehren wir noch einmal zu Gandhis Begriff der Wahrheitskraft und seiner christlichen Entsprechung, der Gottes- und Menschenliebe zurück. Obwohl diese Worte bei sonntäglichen Predigten reichlich strapaziert werden, kommt die Bedeutung, die sie bezeichnet, in unserem privaten wie auch in unserem öffentlichen Leben nur noch höchst selten, wenn überhaupt, vor. Es ist daher kein Wunder, dass sie regelmäßig mit der „Gewaltlosigkeit der Schwachen“ verwechselt wird. Was Gewalt ist, wissen wir alle. Sie wird uns, sofern wir sie nicht am eigenen Leib erfahren, täglich in den Medien vorgeführt. Wir wissen auch, was Gewaltlosigkeit ist, nämlich die Abwesenheit, das Fehlen von Gewalt. Was Gewaltfreiheit oder Wahrheitskraft ist, wissen wir dagegen nicht, weil es uns an Anschauung, an Erfahrung fehlt. Darin erweist sich wieder einmal die Wahrheit des Kantschen Satzes: „Begriffe ohne Anschauungen (Erfahrungen) sind leer, Anschauungen (Erfahrungen) ohne Begriffe blind.“

Es gibt eine einfache Definition der Wahrheitskraft. Sie lautet: Wahrheitskraft ist die Kraft, Böses mit Gutem zu vergelten, um es auf diese Weise zu überwinden. (vgl. Röm. 12, 21) „Immer und immer wieder“, schreibt Gandhi, „habe ich die Erfahrung gemacht, dass das *Gute Gutes hervorruft, das Böse aber Böses erzeugt*. Wenn daher dem Ruf des Bösen kein Echo wird, so büßt es

aus Mangel an Nahrung seine Kraft ein und geht zugrunde. Das Übel nährt sich nur von seinesgleichen. Weise Menschen, denen diese Tatsache klar geworden ist, vergalten daher nicht Böses mit Bösem, sondern immer nur mit Gutem und brachten dadurch das Böse zu Fall.“

Anders ausgedrückt, Gewaltfreiheit ist die Fähigkeit, Gewalt hinzunehmen, ohne zurückzuschlagen, aber auch ohne zurückzuweichen, um sie auf diese Weise zu überwinden. Sie wirkt wie ein Gegengift, welches das Gift der Gewalt, das in unsere sozialen Beziehungen eingedrungen ist und sie zersetzt, neutralisiert.

Im Christentum wird Feindesliebe oft als passives Hinnehmen der Gewalt verstanden. Der Christ, so die allgemeine Überzeugung, muss bereit sein, sein Leben zu opfern, um seine Seele zu retten. Will er aber sein Leben und das seiner Angehörigen retten, muss er bereit sein, seine Seele zu opfern. Für Gandhi gibt es diese Alternative nicht. Wer bereit ist, Gewalt hinzunehmen, ohne ein Gefühl von Hass oder Rache gegen den Übeltäter, bringt damit eine Kette der Gewalttaten, die sich durch die Geschichte hinzieht, an ein Ende. Er reinigt die Gesellschaft vom Gift der Gewalt und heilt auf diese Weise die sozialen Beziehungen in seiner Umwelt.

Gewaltfreiheit, Wahrheitskraft, Nächsten- und Feindesliebe muss sich folglich im täglichen Leben bewähren oder sie ist nichts wert. Nur in extremen Ausnahmefällen, nämlich angesichts brutaler Gewaltanwendung erfordert sie die Bereitschaft zum Selbstopfer. Doch das ist nach Gandhis Auffassung keine Niederlage, wie er am Beispiel Jesu darlegt. Oberflächlich betrachtet hat der Römer Pilatus gesiegt. In Wahrheit war es jedoch umgekehrt. Jesus hat gesiegt, denn Jesus überwand die Gewalt, indem er sie hinnahm ohne Hass oder den

Wunsch nach Vergeltung, und er besiegte den Tod, indem er ihn erlitt.

Gandhi hat mir die Augen geöffnet für ein völlig neues Verständnis der Lehre und des Lebens Jesu. Er nannte ihn einen Satjagrahi, einen gewaltfreien Kämpfer, ja einen Fürsten unter den Satjagrahis. Desgleichen betrachtete er die christlichen Märtyrer als Satjagrahis.

Wir haben es hier mit demselben Phänomen zu tun, wie bei der Zweck-Mittel-Relation. Auch hier geht es um die Überschreitung einer Schwelle. Solange wir vor der Schwelle verharren, erscheint uns Gewaltfreiheit als etwas Unwirkliches, als ein Hirn-ge-spinst, das nie und nimmer imstande ist, Hass und Gewalt zu überwinden. Sobald wir sie jedoch überschritten haben, verändert sich die Welt schlagartig. Nun erscheint uns der Versuch, Gewalt mit größerer Gewalt zu überwinden oder durch die Androhung von Gewalt in Schranken zu halten, wie auch der Versuch, Böses durch Böses zu überwinden, als eine einzige Torheit. Ebenso gut könnte man Öl ins Feuer gießen, um zu löschen. Dass dieser Versuch scheitert, ja das Gegenteil dessen bewirkt, was wir erreichen wollen, sollte uns nicht überraschen.

Es kommt aber noch etwas hinzu. Wenn man die Kraft der Gewaltfreiheit nicht hat, fühlt man sich schwach und hilflos angesichts der Gewalt. Folglich sucht man Zuflucht bei Waffen und übt sich in deren Gebrauch, um das Gefühl der Schwäche zu überwinden. Es hat folglich keinen Sinn, Menschen, die diese Kraft nicht haben, aufzufordern, gewaltfrei zu handeln. Ebenso gut könnte man einen untrainierten Menschen auffordern, eine Zwei-Zentner-Last zu stemmen. Die entscheidende Frage lautet daher: Wie kommt man zu dieser Kraft? Gandhi antwortet darauf: Indem man sein Leben bedingungslos in Gottes Hand legt

und frei wird von den Gegensätzen Liebe (im Sinne von Erotik und Sexualität) und Hass, Freundschaft und Feindschaft, Furcht und Gier. Die Bergpredigt Jesu, soweit sie auf den historischen Jesus zurückgeht, beschreibt den von allen Gegensätzen frei gewordenen Menschen. Dasselbe gilt von der Bhagavad-Gita, einer heiligen Schrift der Hindu-Religion. Auch der Buddhismus kennt großartige Beispiele für den Verzicht auf Selbstbehauptung und Selbstverteidigung. Der Verzicht steht geradezu im Mittelpunkt dieser Lehre, aus ihm erwächst dem Buddhisten der wahre Gewinn.

Heißt das, Humanisten, Atheisten, Sozialisten und Anarchisten seien unfähig, die Kraft der Gewaltfreiheit zu entwickeln? Ich möchte diese Frage offen lassen. Es ist aber eine empirisch belegbare Tatsache, dass, wo immer *Gewaltfreiheit* in überzeugender Gestalt in Erscheinung trat, sie *religiös begründet* war, ob bei Sokrates oder Jesus, bei Gandhi oder Martin Luther King und zahllosen Unbekannten und Ungeannten.

Der Einwand liegt nahe, Gewaltfreiheit könne nur von Heiligen praktiziert werden, komme folglich für „normale“ Menschen nicht in Betracht. Richtig ist, dass Gewaltfreiheit ein lebenslanges Streben nach Wahrheit und Nicht-Gewalt voraussetzt. Auf diesem Weg wird es Erfolge und Niederlagen geben. Doch sollte uns unsere Unvollkommenheit nicht vom Handeln abhalten. Gandhi und King hätten lange warten müssen, hätten sie ihre Kampagnen ausschließlich mit Satjagrahis durchführen wollen. Obwohl die Regel gilt: Je mehr Satjagrahis, desto größer die Erfolgsaussichten eines gewaltfreien Kampfes, waren sie doch bereit, mit Menschen zusammen zu arbeiten, die nur die „Gewaltlosigkeit der Schwachen“ praktizieren konnten. In ihren Kam-

pagnen handelte nur die Führungsspitze gewaltfrei, die Gefolgschaft aber gewaltlos. Gewaltfreiheit und Gewaltlosigkeit lassen sich kombinieren, nicht aber Gewaltfreiheit und Gewalt. Der Versuch, beide zu verbinden, kann nur zum Scheitern führen, da sie einander ausschließen. Deshalb hat Gandhi auch die Unabhängigkeitskampagne im Jahre 1922 rigoros abgebrochen, als es zu Ausschreitungen von Seiten seiner Landsleute kam.

Obwohl Gandhi von seiner Sache überzeugt war, lag ihm jeder Dogmatismus fern. Deshalb vermochte er auch im ewigen Streit zwischen Pazifisten und Bellizisten zu vermitteln. Unter Pazifisten verstehe ich Menschen, die den Krieg bedingungslos ablehnen. Unter Bellizisten Menschen, die ihn als letztes Mittel im Kampf gegen bewaffnete Angreifer von innen (Staatsstreich, Bürgerkrieg, Aufstand) oder von außen (Aggression, Invasion) für unverzichtbar halten. Gandhi löste diesen Streit in eine Entwicklungsreihe auf, die sich in *drei Stufen* gliedern lässt: Feigheit ist die unterste Ebene, gewaltsamer Widerstand gegen Unrecht und Gewalt ist die erste Stufe, darauf folgt als nächste Stufe der relativ gewaltlose oder passive Widerstand und schließlich als letzte und höchste Stufe die gewaltfreie Aktion.

Wer von der feigen Unterwerfung unter die Gewalt des Aggressors zum gewaltsamen Widerstand übergeht, ist zu loben. Er tut etwas Richtiges. Er sollte nur nicht dabei stehen bleiben, sondern zum gewaltlosen Widerstand und schließlich zur gewaltfreien Aktion fortschreiten, vorausgesetzt natürlich, er will den Konflikt dauerhaft und für alle Beteiligten befriedigend lösen. Dabei überschreitet er jene Schwelle, die wir bei der Anerkennung der Zweck-Mittel-Relation bereits kennen gelernt haben. Sein Weltbild verändert sich grundlegend. Er erkennt die

Untauglichkeit der Gewaltandrohung und der Gewalt als Mittel der Konfliktlösung. Er wirft die Waffe weg, nicht etwa, weil er sich Illusionen macht über die Absichten des Gegners oder die Macht des Bösen in der Welt, sondern einfach, weil er ihre Untauglichkeit erkennt als Mittel, um die Ziele, die er anstrebt, zu erreichen.

Gandhi hat für sich selbst diese Entwicklung vom Feigling zum Satjagrahi, das heißt zum gewaltfreien Kämpfer, in Anspruch genommen: „Meine Gewaltfreiheit erlaubt es nicht, vor der Gefahr wegzulaufen und seine Lieben ohne Schutz zu lassen. Wenn die Wahl zwischen Gewalttätigkeit und feiger Flucht zu treffen ist, dann ziehe ich Gewalttätigkeit vor. Ich kann einem Feigling nicht mehr Gewaltfreiheit predigen als ich einen Blinden dazu verführen kann, schöne Gegenden anzusehen. Gewaltfreiheit ist der Gipfel der Tapferkeit. Ich hatte keine Schwierigkeiten, Leuten, die in der Schule der Gewalt aufgewachsen waren, die Überlegenheit der Gewaltfreiheit zu beweisen. Als Feigling, der ich jahrelang war, hielt ich mich an Gewalt. Ich begann Gewaltfreiheit erst dann zu schätzen, als ich meine Feigheit aufgab.“

Gandhi hat sich, was wenig bekannt ist, mehrmals am Krieg beteiligt, wenn auch nicht mit der Waffe in der Hand, aber das machte für ihn keinen wesentlichen Unterschied. Und er hat das später als einen notwendigen Schritt in seiner geistigen und moralischen Entwicklung gerechtfertigt. Von europäischen Pazifisten wurde er dafür heftig angegriffen. Ein so ehrenwerter Pazifist, Sozialist und Anarchist wie der Holländer Bart de Ligt hat ihn deshalb als „gewaltlosen Faschisten“ beschimpft.

Ich habe bei der letzten Stufe von Gandhis Drei-Stufen-Konzept bewusst von gewaltfreier Aktion und nicht nur von gewaltfreiem Widerstand gesprochen. Die gewalt-

freie Aktion besteht nämlich aus zwei Komponenten, die eine untrennbare Einheit bilden: Dem gewaltfreien Widerstand gegen das, was wir nicht wollen, und der konstruktiven Arbeit für das, was wir wollen.

Ich kann nicht glauben, dass die klassenlose, herrschaftsfreie Gesellschaft als Ergebnis eines historisch-dialektischen Prozesses eines Tages Wirklichkeit werden wird. Ich kann auch nicht glauben, dass Gott am Ende der Tage die sündige Welt vernichten wird, um Platz zu schaffen für das Reich des Messias. Ich kann nicht glauben, dass Jesus dereinst auf den Wolken des Himmels einerschreiten wird, um diejenigen aus dem atomaren Inferno zu retten, die an ihn glauben. Ich glaube vielmehr, wenn in dieser Welt etwas vom Gottesreich sichtbar und erfahrbar wird, dann durch uns. Gott will in dieser Welt wirken, aber nicht unmittelbar durch „machtvolles Eingreifen“ in die Natur und die Geschichte, sondern mittelbar, das heißt durch uns. Wir sollen sein Herz und sein Kopf, seine Hände und Füße sein.

Wir brauchen folglich nicht auf ein goldenes Zeitalter in der Zukunft zu warten. In jedem Menschen, der sich ernsthaft um Wahrheit und Gewaltfreiheit bemüht, wird etwas von *Reich Gottes* in dieser Welt sichtbar, vielleicht nur ahnungsweise, je nach dem Grad der Bemühung. Das Reich Gottes auf Erden zu errichten, ist jedenfalls das Ziel des konstruktiven Programms, mag es auch noch so bescheiden sein.

Gandhi ist sich darüber im Klaren, dass wir Menschen dazu aus eigener Kraft nicht imstande sind: „Wir können das Böse in uns nicht eher besiegen, bis wir uns selbst zum Nichts gemacht haben. Gott verlangt nicht weniger als vollständige Selbstausslieferung als Preis für die einzige Freiheit, die es wert ist, besessen zu werden. Und wenn ein Mensch sich so selbst verliert, findet er sich sofort im Dienste all dessen, was lebt.“

Dieser Dienst wird zu seiner Freude und Erholung. Er ist ein neuer Mensch, der nie müde wird, sich im Dienste von Gottes Schöpfung zu verausgaben.“

Ohne das konstruktive Programm ist gewaltfreier Widerstand stets in Gefahr, von dem abhängig zu werden, was er bekämpft. Erst durch das konstruktive Programm gewinnt er Unabhängigkeit und Eigenständigkeit. Andererseits bedarf das konstruktive Programm des gewaltfreien Widerstands, um sich im Konflikt zu bewähren. Die gewaltfreie Aktion ist folglich stets beides: *subversiv und konstruktiv*. Subversiv im Hinblick auf die bestehenden Unrechts- und Gewaltstrukturen, konstruktiv im Hinblick auf die angestrebten Ziele Frieden, Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Menschenrechte usw.

Gandhi hielt das konstruktive Programm sogar für das wichtigere von beiden. Er glaubte sogar, die umfassende Verwirklichung des konstruktiven Programms könnte den gewaltlosen und gewaltfreien Widerstand in Gestalt von Nichtzusammenarbeit und zivilen Ungehorsam weitgehend überflüssig machen.

Worin besteht das konstruktive Programm? Die Frage lässt sich nicht allgemein beantworten. Sie muss für jede Situation und für jedes Land gesondert beantwortet werden. Für Indien unterschied Gandhi drei Hauptpunkte und mehrere Nebenseitenpunkte, die er in einer kleinen Schrift mit dem Titel „*Konstruktives Programm*“ aus dem Jahr 1941 zusammenfasste.

Die drei Hauptpunkte waren:

1. Versöhnung der Religionsgemeinschaften Indiens, insbesondere der Hindus und Moslems. An dieser Aufgabe ist Gandhi gescheitert, vielleicht sollten wir zutreffender sagen, sind seine Landsleute gescheitert mit furchtbaren Konsequenzen bis in die Gegenwart.

2. Beseitigung der Unberührbarkeit. Darin hatte Gandhi zumindest teilweise Erfolg.
3. Propaganda des Spinnrades als Symbol für die Dorfentwicklung. Auch in diesem Punkt ist er bzw. sind die Inder gescheitert.

Zu den Nebenseitenpunkten gehörte u. a.: Gleichberechtigung von Mann und Frau, Abschaffung der Kinderheirat, Elementar-erziehung, Gesundheitswesen und Hygiene, Bekämpfung von Alkohol- und Drogenmissbrauch sowie des Glücksspiels, Bekämpfung der Prostitution.

Gandhi hatte erkannt, dass die Herrschaft der Engländer in Indien nicht nur auf der Stärke ihrer Waffen, sondern mehr noch auf der Schwäche der Inder beruhte. Diese Schwäche erlaubte es den Engländern, die Inder gegeneinander auszuspielen nach der bekannten Maxime: „Teile und herrsche“. In dem Maße, wie seine Landsleute die inneren Spaltungen und Schwächen überwand, schufen sie zugleich die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Befreiungskampf. Jedes dieser Ziele trug seinen Sinn und Wert in sich selbst, hatte aber darüber hinaus auch noch eine positive Funktion im Kampf um Indiens Unabhängigkeit.

Das sind nur ein paar Streiflichter auf Gandhis Leben und Lehre. Es wäre schön, wenn sie der Leserin oder dem Leser Appetit machten auf mehr. Je tiefer ich mich auf seine Weltsicht einließ, desto wunderbarer, stimmiger, harmonischer und schöner erschien sie mir. Ich möchte sie einer Rose vergleichen, in deren Mitte die Wahrheit, die Gott ist, oder Gott, *der die Wahrheit ist*, steht. Im Kreis um diese Mitte sind die Blütenblätter der *fünf Mönchsgelübde* der asiatischen Religionen angeordnet: Wahrhaftigkeit (satja), Nicht-Gewalt oder Liebe (ahimsa), Enthaltbarkeit (brahmatscharja),

Nichtbesitzen (aparigraha) und Nichtstehen (asteja).

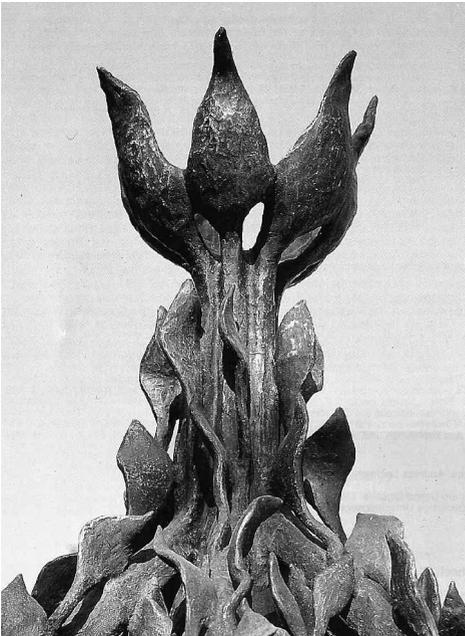
Mit Wahrhaftigkeit ist die Hingabe an die Wahrheit in Denken und Reden, im Handeln und Sein gemeint; mit Nicht-Gewalt ist als negativem Aspekt Gewaltverzicht, als positivem Aspekt Nächsten- und Feindesliebe gemeint; mit Enthaltbarkeit ist ein umfassender Verzicht auf Sinnesgenuß, der sich keineswegs auf den sexuellen Bereich beschränkt, mit Nichtbesitzen freiwillige Armut, einfaches Leben, damit andere leben können, gemeint. Nichtstehen schließlich bedeutet, nicht mehr zu verbrauchen, als unbedingt nötig, um es Anderen nicht wegzunehmen.

Diesen Kranz von Blütenblättern umgibt ein weiterer Kranz, den ich hier nur stichwortartig benennen kann: Toleranz in religiösen und weltanschaulichen Fragen, Handarbeit zur Befriedigung der mensch-

lichen Grundbedürfnisse (z.B. Handspinnen), Bevorzugung heimischer Produkte (Swadeschi), Gesundheit und Hygiene, Elementarerziehung, Pflege der heimischen Sprache und Kultur usw.

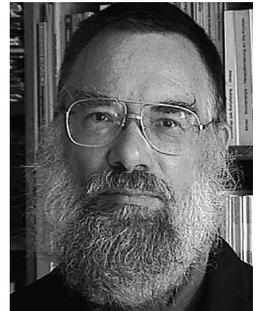
Um diesen Blütenblätterkranz endlich schließt sich der Kranz von Gandhis konkreten Reformprogrammen auf dem Gebiet der Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Pädagogik, Naturheilkunde, Religion und Philosophie.

Ich bekenne, angesichts der Schönheit, Harmonie und Vollkommenheit dieser Rose überwältigt mich ein Gefühl des Entzückens und zugleich der Trauer über meine Unfähigkeit, sie in meinem Leben auch nur ansatzweise zu verwirklichen. Vor diesem Hintergrund wird allerdings auch die Verfallenheit unserer Welt an die finsternen Mächte der Gewalt, der Ungerechtigkeit, des Hasses, der Furcht und der Gier, der Lüge und des Betrugs offenbar.



Symbol Empfangen und Geben

Wolfgang Sternstein, Dr. phil., ist Friedens- und Konfliktforscher mit dem Schwerpunkt Theorie und Praxis der gewaltfreien Aktion. Er ist 70 Jahre alt, verheiratet und lebt in Stuttgart. Seit 35 Jahren ist er in der



Wolfgang Sternstein

Bürgerinitiativen-, Ökologie- und Friedensbewegung tätig. Er hat an mehreren Dutzend gewaltfreien Aktionen teilgenommen, stand deshalb ein Dutzend Mal vor Gericht und war neunmal im Gefängnis. Zahlreiche Veröffentlichungen, unter anderem: „Mein Weg zwischen Gewalt und Gewaltfreiheit“, Autobiografie, Stuttgart 2005; Gandhi und Jesus. Das Ende des Fundamentalismus, Gütersloh 2009.

Leserbrief zum Artikel „Hat Israel noch ein Chance?“ von Rudolf Dreßler in „CuS“ Nr. 4/09

Rudolf Dreßler setzt bei seiner Betrachtung bei der Gründung des Staates im Jahre 1948 an und stellt schließlich Überlegungen in Bezug auf die Zukunft dieses Staates an. Mir fehlt eine Berücksichtigung der historischen Darlegungen des Historikers Ilan Pappé in seinem Buch „Die ethnische Säuberung Palästinas“, erschienen 2007 im Verlag Zweitausendeins. Zur Bedeutung dieses Buches

zitiere ich den Friedensreferenten des Internationalen Versöhnungsbundes Clemens Ronnefeldt: „Ohne Ilan Pappé gelesen zu haben ist die Kontinuität der mehr als 60 Jahre andauernden Vertreibung und Entmenschlichung der Palästinenser kaum zu verstehen und historisch einzuordnen. Sein Buch ist ein Meilenstein der Aufklärung und wird noch eine sehr große Wirkungsgeschichte nach sich ziehen.“ (Aus: „Der Gaza-Krieg“, erschienen Februar/März 2009)

Lohar Bratfisch, Herford

Existenz sichern

Von Hermann Sieben

Deutsche Politiker versichern oft, dass sie die Existenz Israels sichern wollen. Das kommt in Israel gut an, aber es verdeckt die dauernde Existenzangst der meisten jüdischen Israelis nur kurz. Von ihr sprach auch Chaim Yavin, der bekannteste TV-Moderator in Israel, bei unserer Jahrestagung. Das Lied „Koll ha olam“ singen Israelis gern: „Die ganze Welt ist eine sehr schmale Brücke. Das Wichtigste ist, sich nicht zu fürchten!“ Doch das tun viele, wenn sie die Weltkarte betrachten: Da ist nicht nur Ahmadinejad, der Präsident des Irans. Auf dem winzigen Gebiet zwischen Mittelmeer und Jordan leben 5,5 Mio. Juden und ebenso viele Palästinenser. In den angrenzenden 23 Staaten der arabischen Liga von Mauretanien bis Somalia ist die Bevölkerung dauernd im Wachsen. Das nimmt den Juden nicht gerade die Angst nach zweitausend Jahren der Bedrohung in der Diaspora. Die vor 65 Jahren

geplante „Endlösung“ der Nazis wollte das ganze jüdische Volk vernichten.

Israel hat darum eine kräftige Armee aufgebaut, die es immer wieder einsetzt, zuletzt anfangs des Jahres gegen die ihr militärisch völlig unterlegenen Menschen in Gaza. Man kann sich auch wie Pyrrhus zu Tode siegen. Besiegte einzumauern und zu unterdrücken, ist ein Zeichen der Angst und überwindet sie nicht.

Besser ist es, man macht Feinde zu Freunden. Dies ist Franz von Assisi während des Kreuzzugs in Damiette mit dem Sultan Al-Kamil gelungen.

Nach dem 2. Weltkrieg, als die ganze Welt gegen Deutschland war, hatten Jugendbegegnungen ähnliche Wirkung. Dass heute Frankreich und Deutschland nicht mehr Erbfeinde sind, sondern Freunde, ist zum großen Teil auch dem von Adenauer und De Gaulle gegründeten Deutsch-Französischen Jugendwerk zu verdanken, in dem sich seit 1963 über 8 Mio. Deutsche und Franzosen begegneten. Ähnliche Ver-

dienste hat das Deutsch-Polnische Jugendwerk. Deutschland und seine Nachbarn brauchen sich nicht mehr voreinander und vor einem Krieg in Europa zu fürchten. Sie sind gleichberechtigte Partner in der europäischen Gemeinschaft. Hier konnten die Mauern fallen.

Israel kann die Angst um seine Existenz nur überwinden, wenn es mit seinen Nachbarn eine ähnlich gute Nachbarschaft aufbaut. Nach der Rede Sadats in der Knesset am 19. November 1977 und dem Friedensvertrag gab es zwar Versuche eines Jugendaustauschs (u. a. besuchte eine ägyptische Jugenddelegation Haifa), aber leider nur kurz. Man spricht heute von einem „kalten Frieden“ zwischen beiden Staaten. Dies ist besser als Krieg, aber nicht genug. Wer Israels Existenz sichern will, muss alles dafür tun, dass Israelis, Palästinenser und die arabischen Nachbarn ihre Zukunft miteinander in guter Nachbarschaft friedlich gestalten und alles vermeiden, was den gerade noch flackernden Friedensprozess auszulöschen droht. Barak Obama hat kein Verständnis für die Ankündigung Netanyahus, in der Westbank weitere 900 Wohnungen für Israelis bauen zu wollen, wir auch nicht.

Dass Araber und Juden miteinander als gute Nachbarn leben können, zeigt *Neve Shalom/Wahat al Salam*. Wir unterstützen dort die Erziehung für den Frieden. Jüdische und palästinensische Kinder aus dem Dorf und der Umgebung lernen 6 Jahre miteinander nicht nur Hebräisch und Arabisch und vieles mehr, sondern sie lernen auch einander gut kennen. Sie sind nun Freunde. Ähnliches gilt auch für die jüdisch-arabischen Workshops der Bildungsstätte „Friedenschule“ und des Geistlichen Zentrums. So trägt das Dorf zum Abbau der Existenzangst auf beiden Seiten bei. Die Existenz Israels und seiner Nachbarn ist auf Dauer nur im Frieden sicher.

„Jüdische und arabische Wege der Konfliktlösung und Versöhnung“ wollten 75 Teilnehmer unserer Jahrestagung in Königswinter vom 30.10.–1.11.09 kennen- und verstehen lernen. Hervorragende Referenten, die die Lage im Nahen Osten als kundige Bürger Israels oder von ihren Studien und beruflichen Aufenthalten bestens kennen, halfen dabei. In Arbeitsgruppen am Samstagnachmittag und in der Podiumsdiskussion am Sonntagvormittag konnte man mit den Referenten deren Thesen hinterfragen und herausarbeiten. *Alexandra Senfft*, früher u. a. UN-Mitarbeiterin in den besetzten Gebieten, las zu Beginn aus ihrem gerade erschienenen Buch „Fremder Feind so nah – Begegnungen mit Palästinensern und Israelis.“ Wir empfehlen die Lektüre des Buches, das über viele interessante Begegnungen mit Israelis und Palästinensern berichtet.

Aus Neve Shalom/Wahat al Salam kam *Abdelsalam Najjar*, der mit seiner Familie das Dorf aufgebaut hat und in der Friedenserziehung in NSH/WAS tätig ist, heute vor allem als Ausbilder von Mediatoren. „Mediation“ will die Lösung eines Problems durch die Konfliktparteien selbst erreichen (nicht durch eine dritte Person), sie soll zur Stärkung beider Konfliktparteien führen.

Durch Austausch von positiven Eigenschaften der Kulturen sollen Übereinstimmungen gefunden werden. Für Politiker ist die begrenzte Amtszeit ein Problem. Das Interesse, Wähler zu gewinnen kann eine „ehrliche“ Suche nach Konfliktlösungen behindern. Selbstbewusstsein ist für eine Konflikt-Lösung sehr wichtig. Religion soll zur Lösung des Konflikts beitragen und nicht zur Verstärkung. Getrennte Erziehung zur Wahrung von Kultur? Abdelsalam und seine Arbeitsgruppe stimmen dieser Meinung von *Chaim Yavin* nicht zu.

Chaim Yavin, Israels bekanntester Fern-

sehmoderator und über 40 Jahre der Anchorman der israelischen TV-Nachrichten, sprach über seine Sicht auf den Konflikt. Das Wichtigste aus Referat und Arbeitsgruppe: Zwei Staaten für zwei Völker: Die Räumung der Siedlungen liege im israelischen Interesse. Ehud Olmert, Ministerpräsident a. D., habe erklärt, wenn alle Gebiete in israelischer Hand bleiben, werde dies das Ende Israels als jüdischer Staat sein, da die Palästinenser im Gebiet zwischen Mittelmeer und Jordan bald die Mehrheit sein werden. „Erobern, herrschen, ein anderes Volk unterdrücken ist unserer Kultur fremd. Aber in der Realität zeigt sich ein anderes, ein trauriges Bild: Kontrolle durch Armeegewalt, Straßensperren, Festnahmen, Blockade.“ „Lasst uns das Land, lasst uns Jerusalem teilen! Dann werden wir Seite an Seite leben, Gleiche unter Gleichen. Juden werden nie bereit sein auf den jüdischen Staat zu verzichten.“ Auf die vielen Siedlungen in der Westbank angesprochen, verwies er auf die Million „Pieds noirs“ (Franzosen), die aus Algerien nach Frankreich zurückkehren mussten. Die 20% palästinensischer Staatsbürger in Israel müssten eine Lösung akzeptieren, die ihnen nicht die vollen politischen Rechte gebe. Auf die Frage „Sind die Palästinenser in Israel gleichberechtigt?“ antwortete er: „Nein, sie werden diskriminiert, benachteiligt auf dem Arbeitsmarkt, bei der Erziehung.“ Dies zeigte er am Sonntagvormittag auch in einem eindrucksvollen Reportagefilm.

Die deutsche Radiokorrespondentin Dr. Bettina Marx, Berlin, früher jahrelang in Israel, behandelte „Hindernisse und Chancen für Versöhnung und Frieden in Israel und Palästina“. Sie sah viele Hindernisse und wenige Chancen. Dazu mehr in ihrem Buch „Gaza“, im Rundbrief April 2009 besprochen. Aus ihrer mit Alexandra Senfft

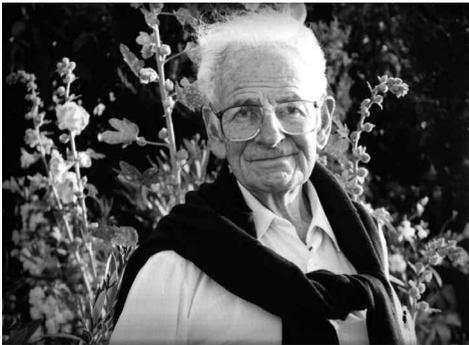
gemeinsamen Arbeitsgruppe: Es gebe zwei Narrative, die nicht zusammenkommen, aber zusammen betrachtet werden müssen. Die Wahrnehmung der jeweils anderen Darstellung sei Voraussetzung dafür, dass es überhaupt ein Licht am Ende des Tunnels gebe. Was könne passieren, wenn politisch nichts getan wird? Explosion, dritte Intifada, Guerillakrieg? Wer wird die Führung bilden, wenn alle gebildeten Palästinenser auswandern? Die „besondere Verantwortung Israel gegenüber“ erfordere auch die besondere Verantwortung den Palästinensern gegenüber. Dies gebiete heute „Stopp!“ zu sagen. In Gaza sei die Situation schon 5 Minuten nach 12, 90 % des Wassers ist verdorben. Kinder und Jugendliche, mehr als die Hälfte der Bevölkerung, trinken das Wasser, werden krank und sind unterernährt. Die Palästinenser sich selbst zu überlassen, das könne es doch auch nicht sein.

Nach dem Vortrag von Chaim Yavin gab es kritische Fragen wie „Wer hat den denn eingeladen?“ Nach der Tagung aber bekamen wir viel Dank und Anerkennung. ... Einer schrieb: „... möchte ich Ihnen sagen, wie gut mir die Tagung gefallen hat ... Am Vortrag von Chaim Yavin habe ich mich ‚gerieben‘, ... Letztlich schätzte ich es sehr, dass er eingeladen wurde und konsequent seine Perspektive vortrug.“ Eine andere: „Interessante Vorträge, nette Leute, überraschende Begegnungen. Es tat gut, daran erinnert zu werden, dass die Wirklichkeit in Israel so rechts ist, dass Yavin schon links ist.“

Bruno Hussar – Ein Lebensbild

Von Hermann Sieben

Er ist 1911 als Jude in Ägypten geboren, mit 18 Jahren zum Studium nach Paris gesandt, wird Ingenieur, 1935 Christ, Dominikanerpater, 1953 von seinem Orden zum Studium der Bibel nach Jerusalem gesandt. Dort erlebt er die Spannungen und Kriege. Er will zeigen, dass zwischen den Kindern Abrahams, den Juden, Christen und Muslimen doch ein friedliches Zusammenleben möglich ist und gründet auf einem in den Kriegen 1948 und 1967 verwüsteten Gelände des Klosters Latroun das Dorf, in dem heute 60 jüdische und arabisch-palästinensische Familien aus eigenem Entschluss als friedliche Nachbarn zusammenleben. Die ausgewogene Zahl (von den 50 % Arabern sind jeweils etwa auch die Hälfte Muslime und Christen) gibt beiden die Gleichberechtigung bei allen Entscheidungen, die das Dorf betreffen.



Bruno Hussar

Bruno Hussar sagte, der Frieden ist eine Kunst, er muss gelernt werden. Deshalb gibt es im Dorf eine Bildungsstätte mit dem Namen „Friedenschule“, in der seit Ende der siebziger Jahre mehr als 35.000 jüdische und

palästinensische Jugendliche und Erwachsene an Seminaren und workshops teilgenommen haben. An den sechs Klassen der dorfeigenen bilingualen und bikulturellen Grundschule, die seit 1990 auch Kinder aus der Umgebung zwischen dem Flughafen und Jerusalem aufnimmt, werden zur Zeit 210 Kinder in beiden Sprachen von arabischen und jüdischen Lehrern unterrichtet. Auch der Kindergarten ist bewusst zweisprachig. Im Geistlichen Zentrum bemühen sich die Teilnehmer gemeinsam aus den heiligen Schriften ihrer Religionen, Anregungen zur Verständigung zu finden. Die Teilnehmer an den Seminaren der Friedenschule und des Geistlichen Zentrums können in dem modernen Gästehaus übernachten, das darüber hinaus auch Reisenden zur Verfügung steht.

Hermann Sieben, Jahrgang 1933, Studium der Philosophie und Theologie, verheiratet, 2 erwachsene Kinder, 1973–1998 in Bonn für die internationalen Jugendbeziehungen Deutschlands vor allem zum Nahen



Hermann Sieben

Osten mitverantwortlich, neben dem Beruf und seit 1998 als Rentner ganztätig ehrenamtlich als Vorstand für die Unterstützung der Friedensarbeit in Israel und Palästina im Verein „Freunde von Neve Shalom/Wahat al Salam e.V.“ und der „Bruno-Hussar-Stiftung“ tätig. Außerdem seit Ende der siebziger Jahre bis 2008 im Leitungsteam der Internationalen Jüdisch-Christlichen Bibelwoche engagiert, zunächst in Bendorf, dann bei Osnabrück.

Neve Shalom – Oase des Friedens

Das Dorf und Friedensprojekt stellt sich vor



Friedenstaube, Neve Shalom

Das an der Autobahn Tel Aviv–Jerusalem oberhalb von Latroun gelegene Dorf wurde von jüdischen und arabischen Staatsbürgern Israels gemeinsam aufgebaut. Sie zeigen, dass Juden und Palästinenser in guter Nachbarschaft friedlich zusammen leben können. Sie setzen sich miteinander für Gleichberechtigung und Verständigung zwischen beiden Völkern ein.

In ihrer konsequent zweisprachigen sechsklassigen Grundschule mit Kindergar-

ten und Mittelstufe vermitteln sie Kindern aus dem Dorf und der Umgebung Zugang zu beiden Kulturen und deren Wertschätzung. Das bilinguale Erziehungssystem dient inzwischen als Model für ähnliche Versuche im Land.

Die „Friedensschule“, eine überregionale Bildungsstätte, führt arabische und jüdische Jugendliche und Erwachsene aus ganz Israel und darüber hinaus in Seminaren und Kursen zu Begegnung und Verständigung. Das spirituelle Zentrum „Doumia-Sakina“ bietet einen Rahmen für religiöse, kulturelle und geistige Vertiefung, die zum Einsatz für Frieden und Erziehung führen soll. Gruppen und Einzelgäste finden im Gästehaus mit Speisesaal und Konferenzräumen angenehme Unterkunft und Verpflegung und ein reiches Angebot an Bildungsprogrammen. Ein Haus für Volontäre dient jungen freiwilligen Mitarbeitern aus dem Ausland.

Die Friedensschule

Die Friedensschule wurde 1979 gegründet, um die Ideen von NSH/WAS über die Dorfgrenzen hinaus nach außen zu tragen.



Ramadan, Sukkot im Kindergarten



Chanukkah, Eid al-Adha, Weihnachten

Das Dorf

Neve Shalom/Wahat al-Salam (NSh/ WS) ist eine 1972 gegründete Dorfkooperative, in der jüdische und palästinensische Bürger Israels miteinander leben. Sie liegt gleichweit entfernt von Tel Aviv, Jerusalem und Ramallah. Die erste Familie zog 1977 auf den Hügel; bis 2001 ist das Dorf auf ca. 40 Familien angewachsen.



Hügel von Neve Shalom

Schule

Unser 1980 gegründetes bahnbrechendes Erziehungssystem bietet den Kindern aus NSWAS und den umliegenden Gegenden eine bilinguale und multikulturelle Schulbildung.



Ramadan, Sukkot im Kindergarten

Doumia Sakinah: Pluralistisches Spirituelles Zentrum

Abgeschirmt in einer lieblichen Mulde am Rande des Dorfes liegt das „Haus des Schweigens“, ein Ort zum Nachdenken, Meditieren und Beten. „Für Dich ist tiefe Stille Lob Gottes.“ (Psalm 65,2). Das „Haus des Schweigens“ bringt zum Ausdruck, dass die Menschen, mögen sie auch getrennt sein durch die Verschiedenheit ihres Glaubens oder ihrer Kultur, doch in der Stille Gemeinschaft erleben können.

Der Jugendclub („Nadi“)

Der Jugendclub (Nadi as-Shabibah – Moadon Noar) stellt während des gesamten Schuljahres und auch während der Ferien einen Rahmen für die Jugendlichen unserer Gemeinschaft dar, indem er eine Vielzahl an anregenden, spaßigen und faszinierenden außerschulischen Aktivitäten anbietet.

Besuch des Dorfes/Freunde von Neve Shalom Wahat al-Salam

Sämtliche Aktivitäten und die weitere Entwicklung von Neve Shalom/Wahat al-Salam hängen von moralischer und finanzieller Unterstützung all derer ab, die von unseren Zielen überzeugt sind. Ein Netzwerk von Freundeskreisen in verschiedenen Ländern versendet aktuelle Berichte über unsere Arbeit und sammelt Spenden.

Volontäre

In NSH/WAS gibt es die Möglichkeit – vor allem für junge Leute – im Dorf einige Monate mitzuarbeiten für freie Unterkunft und Verpflegung und ein Taschengeld.

<http://nswas.org/rubrique41.html>

Vom Asyl zum Bleibe-Recht

Reich Gottes und Kirche*

Von Claus Petersen

Du bist gekommen, um uns zu stören.« »Warum bist du gekommen, uns zu stören?« Noch einmal wortwörtlich findet sich dieser Satz, noch zweimal wird dem nach fünfzehnhundert Jahren in Sevilla wieder auf die Erde Gekommenen vorgehalten und vorgeworfen, eine durchaus mühsam, aber auch gewalttätig etablierte Ordnung zu stören. Dies werde man auf gar keinen Fall dulden. Er wird sofort gefangen genommen und unter Androhung seiner alsbaldigen Hinrichtung der Stadt verwiesen.

Wie einen Großinquisitor – auf diese Passage aus dem fünften Buch der »Brüder Karamasow« von Fjodor Dostojewskij habe ich angespielt – hat er seine Kirche wohl nicht empfunden, als Christoph Blumhardt, also der jüngere Blumhardt, im Jahr 1899 in die SPD eingetreten ist. Aber immerhin kostete ihn sein ganz konkreter Einsatz für die Veränderung der politischen und sozialen Zustände auf dieser Erde im Horizont des kommenden Reiches Gottes, wie man es aus seiner damaligen Sicht formulieren muss, die endgültige Aberkennung aller Pfarrerrechte. Dass man nicht gerade als hochwillkommener Gast, sondern eher als Störenfried, als Störfaktor empfunden wird, wenn man für die Botschaft des historischen Jesus von Nazaret, für seine ureigene Verkündigung, dass das Reich Gottes angebrochen, dass es da ist, nicht nur um Asyl in unseren Kirchen bittet, sondern Heimatrecht für sie beansprucht, davon können wir als »*Ökumenische Initiative Reich Gottes – jetzt!*« ein kleines Lied singen –

wenn es auch, das sei hier doch gleich gesagt, glücklicherweise nicht dabei geblieben ist.

»Vor Jahren habe ich Herrn Petersen als Kollege geraten, ehrlicherwise eine Reich-Gottes-Glaubensgemeinschaft außerhalb der Kirche Christi zu gründen«, hieß es in einem Leserbrief in unserem bayerischen Sonntagsblatt im September 2002, nachdem es von der Gründung unserer Initiative berichtet hatte. »Wer die Einsetzungsworte spricht, gehört dazu, wer sie nicht spricht, gehört nicht dazu«, so ein anderer Kollege direkt zu mir in einer Pfarrkonferenz, nachdem wir eingehend und über mehrere Sitzungen hinweg über die mögliche Gestaltung einer Mahlfeier als Fest des Reiches Gottes im Sinne Jesu von Nazaret gesprochen hatten. Etwas vornehmer, aber eigentlich noch härter, gravierender, nämlich den Häresie-Vorwurf erhebend, verweisen andere auf Schrift und Bekenntnis, dem dieser theologische Ansatz doch ganz offensichtlich nicht entspreche.

»Jesus hat das Reich Gottes verkündet und gekommen ist die Kirche!« Muss man dieses bekannte Diktum des katholischen Reformtheologen Alfred Loisy, der unter anderem auch wegen dieses Satzes später exkommuniziert worden ist, also noch zuspitzen? »Jesus hat das Reich Gottes verkündet und gekommen ist eine Kirche, die das große Thema Jesu an den Rand gedrängt, es durch eine andere Botschaft ersetzt hat.«

Es ist das nachjesuanisch-paulinische Evangelium von Jesus Christus als dem Gottessohn und Erlöser, das Evangelium von Kreuz und Auferstehung, das unsere

Kirche, unsere Kirchen von Anfang an geprägt, ihre Lehre und ihre Liturgie geformt hat. Alle Gemeinden, die der Apostel Paulus auf seinen ausgedehnten Missionsreisen gegründet hat, lernten die christliche Botschaft ausschließlich in dieser Gestalt kennen. Der historische Jesus, der »Christus nach dem Fleisch« (2. Korinther 5,16), spielte zwar als Person, jedoch in keiner Weise als Träger einer eigenen Botschaft irgendeine Rolle.

Begann aber denn in Wirklichkeit nicht alles mit Jesus von Nazaret? Müssen wir nicht auch sein ureigenes Evangelium endlich zur Kenntnis nehmen, nachdem es dank wissenschaftlicher Methoden möglich geworden ist, es aus der überwiegend erst in nachjesuanischer Zeit entstandenen Evangelienüberlieferungen herauszuschälen? Dürfen wir uns weiterhin dieser Botschaft entziehen, auch wenn sie einen völlig anderen, mit der späteren Kirchen-theologie weithin unvereinbaren, tatsächlich ganz eigenständigen Charakter hat?

Was können wir von jenem Jesus wirklich wissen? Zunächst: Wir können etwas von ihm wissen, und zwar – wichtig, aber eben auch störend, verstörend – nicht nur von seinem Leben und Sterben, sondern auch von seiner Botschaft, seiner Lehre. In der theologischen Wissenschaft sind Kriterien entwickelt worden, die es in begründeter, nachvollziehbarer Weise erlauben, die mit hoher Wahrscheinlichkeit *echten, authentischen Jesusworte*, die *ipsissima verba* Jesu, von sekundären Überlieferungen zu unterscheiden. Diese Echtheitskriterien sind nach wie vor gültig, sie haben nichts von ihrer Plausibilität eingebüßt. Die eine, vom früheren Tübinger Neutestamentler Ernst Käsemann nachdrücklich herausgestellte Richtschnur ist das Unähnlichkeits- oder Differenzkriterium. Es besagt, dass Stoffe, die weder mit der frühjüdischen Tra-

dition noch mit der urchristlichen Verkündigung übereinstimmen, für Jesus in Anspruch zu nehmen sind. Hinzu kommt das Kohärenzkriterium: Die als authentisch angesehenen Texte müssen untereinander zusammen stimmen oder wenigstens in Beziehung zueinander stehen.

Eine Analyse der synoptischen Tradition anhand dieser Kriterien ergibt, dass, mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit, 21 Texte, die nicht nur ich für diese Überlieferungen reklamiere, tatsächlich auf Jesus von Nazaret zurückgehen: In ganz formaler Reihenfolge aufgeführt, beginnen sie mit der Jesustradition im Markusevangelium, auf sie folgend die Jesustradition in der so genannten Logien- oder Spruchquelle, die aus den Texten, die sowohl Matthäus als auch Lukas gemeinsam haben, erschlossen werden kann, woran sich dann noch die Jesusüberlieferung des Sonderguts des Matthäus und des Lukasevangeliums anschließt; darunter werden Texte verstanden, die sich jeweils nur in einem dieser beiden Evangelien finden.

Schon ein rascher Überblick über diese 21 Jesusworte gibt klar zu erkennen, dass so gut wie alle um ein und dasselbe Thema kreisen: *basileia tou theou*, »Reich Gottes«. Jesus hat diesen Begriff nicht selbst kreiert, sondern aus der Tradition übernommen. Er steht bei Jesus, der wie viele seiner Zeitgenossen eine apokalyptische Weltansicht vertrat, nach der die Weltgeschichte in mehreren Epochen, »Äonen« verläuft, für den letzten Äon, eben für die Zeit der »Gottes-herrschaft«, wie man den Begriff *basileia tou theou* auch übersetzen könnte, die Zeit, in der Gott die Herrschaft übernommen hat, die Zeit, in der alles ins Lot kommt.

Johannes der Täufer rechnete mit dem Anbruch dieses letzten Äons in der unmittelbar bevorstehenden Zukunft. Diesem Johannes hat sich zunächst auch Jesus von

Nazaret angeschlossen – das erste historisch sichere Datum seines Lebens. Jesus ließ sich wie viele andere von ihm taufen, durch die Taufe von allen Sünden reinigen und für das Kommen Gottes »versiegeln«. Dann aber muss sich bei Jesus eine völlig neue Sichtweise Bahn gebrochen haben – und das ist im Grunde eine neue Religion. Als ob plötzlich eine bislang stets verschlossene Tür aufgesprungen ist, sich eine völlig neue Dimension eröffnet hat. Kein Stein blieb mehr auf dem anderen. Nichts war mehr so wie vorher. Die Texte sprechen hier allesamt eine ganz klare Sprache. »Ich sah den Satan vom Himmel fallen wie einen Blitz!« (Lukas 14,17). Ein universal-kosmischer Herrschaftswechsel hat sich für Jesus vollzogen. Von jetzt an und für immer war er davon überzeugt, und diese neue Gewissheit war sein alles bestimmender Lebensinhalt, dass die Zeit jenes letzten, bislang immer nur erwarteten Äons des Reiches Gottes nicht mehr bevorsteht, sondern bereits begonnen hat. Das Große Gastmahl, nichts anderes als eine Metapher für das Reich Gottes, steht »schon« bereit, wie es in Lukas 14,17 wörtlich heißt. Die Hochzeit der Festfreude ist gekommen, Askese, Fasten passen nicht mehr dazu (Markus 2,19a). Ein irreversibler, schon in Kürze zum Abschluss gebrachter Prozess ist in Gang gesetzt worden: Die Saat ist ausgestreut und wächst geradezu »automatisch«, wie es wörtlich im Gleichnis von der selbst wachsenden Saat (Markus 4,26–28) heißt, der Sauerteig, in den Brotteig eingemengt, wird ihn, es kann gar nicht anders sein, in kürzester Zeit voll und ganz durchdrungen haben (Matthäus 13,33 = Lukas 13,21). Und selbst dann, wenn nicht alle Samen aufgehen: das Reich Gottes bringt überwältigende, alles andere in den Schatten stellende und vergessen lassende Frucht (Markus 4,3–8). Die Dämonen fahren aus

(Matthäus 12,28 = Lukas 11,20), hier und an immer mehr Orten, heißt es jetzt: »Das Reich Gottes ist mitten unter euch.« (Lukas 17,21b). Mit Johannes dem Täufer endet die Zeit des Gesetzes und der Propheten; von da an – und das heißt: jetzt, in der Gegenwart! – setzt sich das Reich Gottes machtvoll durch (Matthäus 11,12f. = Lukas 16,16). Das ist das Evangelium Jesu.

Von jetzt an und überall muss das Reich Gottes Leben und Verhalten bestimmen. Alles kommt jetzt darauf an, dass die Menschen dieser neuen Zeit gerecht werden, den eben entdeckten »Schatz im Acker« zu ihrem alles bestimmenden Lebensinhalt machen (Matthäus 13,44), nicht mehr zurückblicken, wenn sie »die Hand an den Pflug gelegt haben« (Lukas 9,62), bedingungslos alles zurücklassen und das Reich Gottes verkündigen (Matthäus 8,22 = Lukas 9,60), dass sie am »schon« bereitstehenden Tisch des Festmahls Platz nehmen (Lukas 14,16–21a), zur Annahme des Reiches Gottes »wie ein Kind« bereit sind (Markus 10,15), arm werden (Matthäus 5,3 = Lukas 6,20b), denn Reichtum und Reich Gottes sind nicht miteinander vereinbar (Markus 10,25). Jeder Mensch erhält, was er zum Leben braucht, nicht mehr, aber auch nicht weniger (Matthäus 20,1–15). Keiner herrscht mehr über den anderen (Markus 10,43b–44), der Teufelskreis von Gewalt und Gegengewalt wird durchbrochen (Matthäus 5,39b = Lukas 6,29a).

Wer nicht bereit und in der Lage ist, sich mit seinem ganzen Leben und Verhalten auf die neue Wirklichkeit des Reiches Gottes, auf diese ganz neue Zeit, einzulassen, hat an ihm, obgleich es da ist, keinen Anteil. Wen Grundbesitz und Produktionsmittel, wen familiäre Bindungen davon abhalten, die Einladung zum Reich Gottes anzunehmen (Lukas 14,18–20), schließt sich selber von ihm aus; wer reich bleiben und

nicht arm werden will, kann und wird das Reich Gottes nicht erfahren (Markus 10,25; Matthäus 5,3 = Lukas 6,20b).

Wenn auch wohl nicht von Jesus selbst wortwörtlich so formuliert, bringen die programmatischen Sätze, diese ersten Worte, die er selbst im Markusevangelium spricht, seine Botschaft, seinen Glauben, sein Evangelium sehr genau auf den Punkt: »Erfüllt ist die Zeit, herbeigekommen ist das Reich Gottes. Denkt um und glaubt an das Evangelium!« (Markus 1,15), nämlich an die frohe Botschaft, die gute Nachricht vom unwiderruflich angebrochenen Reich Gottes. Jesus, so formulierte bereits 1968 der jüdische Theologe David Flusser, ist »der einzige uns bekannte antike Jude, der nicht nur verkündet hat, dass man am Rande der Endzeit steht, sondern gleichzeitig, dass die neue Zeit des Heils schon begonnen hat« (Jesus, Reinbek bei Hamburg, 1968, 87). Doch selbst Flusser formuliert immer noch etwas zu verhalten. Für Jesus stehen die Menschen, darauf deutet alles hin, das genau ist der Quantensprung, den seine Botschaft darstellt, durchaus nicht mehr »am Rande der Endzeit«, sondern tatsächlich »schon in der neuen Zeit des Heils«, leben »schon«, jetzt, im Reich Gottes.

Sind es nicht ganz eindeutig die synoptischen Evangelien, aus denen das Licht der Jesusbotschaft so hell hervor strahlt? Gälte es nicht, endlich den Scheffel von diesem Licht zu nehmen, damit es Kirche und Welt erleuchten kann? Ist es nicht an der Zeit, dass es Eingang findet in Kirche, Theologie und Liturgie?

Sollte allerdings die unmittelbare Überzeugungskraft des jesuanischen Evangeliums nicht ausreichen, wäre bei unserem Antrag auf Heimatrecht immer noch schlicht auf die »Gesetzeslage« zu verweisen, zunächst im Blick auf die evangelische

Kirche: Ihre Grundlage bilden Schrift und Bekenntnis. Allerdings stehen, und zwar gerade nach evangelisch-reformatorischem Bekenntnis, diese beiden Größen durchaus nicht auf ein und derselben Stufe. Ich zitiere aus der Konkordienformel, einer evangelisch-lutherischen Bekenntnisschrift: »Wir glauben, lehren und bekennen, dass die einzige Regel und Richtschnur, nach welcher zugleich alle Lehren und Lehrer gerichtet und beurteilt werden sollen, sind allein die prophetischen und apostolischen Schriften Alten und Neuen Testaments.« Die Schrift also, die Bibel, ist, in theologischer Fachsprache, *norma normans*, maßgebende Norm kirchlicher Lehre, die Lehre, also auch die Bekenntnisse aber sind *norma normata*, müssen an der Schrift als ihrer Norm ausgerichtet sein.

Was aber nun, wenn die Schrift, wenn die Bibel sich nicht als das eine geschlossene harmonische Ganze erweist, als welche sie hier vorausgesetzt wird, wenn sich nicht alles unter den Lutherschen »Kanon im Kanon« subsummieren lässt: »Was Christum treibet?« Was, wenn nicht zumindest das ganze Neue Testament in dem einen Satz aus dem 3. Kapitel des Johannesevangeliums beschlossen liegt, wie ich es im Religionsunterricht gelernt habe: »Also hat Gott die Welt geliebt, dass er seinen eingeborenen Sohn gab, auf dass alle, die an ihn glauben, nicht verloren werden, sondern das ewige Leben haben?« Wie geht man damit um, wenn klar wird, dass die biblischen Bücher nicht nur den wie auch immer verstandenen Glauben an Jesus als den Christus oder Messias bezeugen bzw. die, wenn auch unterschiedlich ausgeprägte, Botschaft von der Heilsbedeutung seines Sterbens? Wenn man sich nicht mehr um die Einsicht herumdrücken will oder von dieser Entdeckung sogar zutiefst bewegt ist, dass sozusagen auf dem Grund

des Neuen Testaments noch ein ganz anderes Evangelium verborgen liegt und ans Licht drängt, das zwar nur von relativ wenigen Texten bezeugt wird, die aber immerhin auf keinen Geringeren als auf Jesus selbst zurückgehen, nämlich sein ureigenes Evangelium, seinen Glauben an das *Reich Gottes*, das jetzt angebrochen, das jetzt da ist? Wollen wir diesen Schatz heben, wollen wir uns ihm stellen, ja sollte, müsste er nicht nun vielleicht das *Zentrum* sein? All dies ist noch ganz offen, all dies ist noch nicht ausgemacht. De facto hat dieser Glaube in unseren Kirchen noch keinen Platz, geschweige denn eine Heimat. Der Asylantrag, wenn er denn überhaupt gestellt wird, läuft sozusagen noch – jedenfalls sehe ich es in meiner eigenen Kirche derzeit so.

Als wie drängend, bedrängend, als wie störend, verstörend die Botschaft Jesu offensichtlich empfunden wird, machen die Ausweichmanöver deutlich, aber auch den Druck, unter dem man steht. Als im Jahr 2003 eine bayerische Kirchengemeinde an die Landessynode der Evang.-Luth. Kirche in Bayern den Antrag stellte, in das Glaubens-Bekenntnis einen Hinweis auf das Leben und die Botschaft Jesu einzufügen, lehnte Wolfgang Stegemann, Professor für Neues Testament an der Augustana-Hochschule in Neuendettelsau und Vorsitzender des Grundfragen-Ausschusses der Landessynode, dies mit der Begründung ab, die Kirche gründe sich nicht auf den irdischen Jesus, sondern auf den auferstandenen Christus. Wolfgang Stegemann ist in letzter Zeit in mehreren Aufsätzen mit der sich besonders wissenschaftlich gerierenden These an die Öffentlichkeit getreten – ich zitiere: »Der >wirkliche< Jesus, jener Mann aus Nazaret..., bleibt uns auf immer entzogen. Der >wirkliche< Jesus ist eine Chimäre der Wissenschaft.« (Herder Kor-

respondenz spezial 9) »Wir finden in unserer Suche nach dem historischen Jesus... nur den historisch-kritischen Jesus, will sagen: den durch Auseinandersetzung hergestellten Jesus der Wissenschaft, ein Phänomen der Sprache, ein artifizielles Wesen.« (Publik-Forum Nr. 18/2007, 44, Hervorhebung im Original). In meinen Augen ist dies nichts anderes als die vornehm formulierte Weigerung, sich dem tatsächlich zutiefst Verstörenden, aber manche eben auch zutiefst Beglückenden der Jesusverkündigung endlich zu stellen.

Ähnliches lässt sich der katholischen Kirche gegenüber vermerken, ja ihrem höchsten Repräsentanten anlasten. Auch sie, für die die Tradition, neben der Schrift, neben der Bibel, eine konstitutive Rolle spielt, kann und darf sich, meines Erachtens, der Jesustradition, der Botschaft des historischen Jesus von Nazaret, dieser Grundtradition des Christentums, nicht entziehen, sie einfach verdrängen, wie es Papst Benedikt XVI. in seinem Jesusbuch unternimmt. Ohne jeden Grund, ohne jede Berechtigung weist er die historisch-kritische, die wissenschaftliche Frage ab: »Die Fortschritte der historisch-kritischen Forschung führten zu immer weiter verfeinerten Unterscheidungen zwischen Traditionsschichten, hinter denen die Gestalt Jesu, auf den sich doch der Glaube bezieht, immer undeutlicher wurde, immer mehr an Kontur verlor.« (Seite 10) Genau das Gegenteil ist richtig. Je deutlicher dank wissenschaftlicher Methoden die Botschaft Jesu herausgearbeitet werden konnte, desto mehr verschwimmt die Christologie. Man möchte unter allen Umständen vermeiden – und ahnt gleichzeitig, dass sich die Wahrheit nicht mehr lange unter Verschluss halten lässt – die Bibelwissenschaft könne dem vertrauten, christologisch überhöhten Jesusbild des Dominus Iesus den Boden entziehen, an dem

so mancher, aus welchen Gründen auch immer, so gerne weiterhin festhalten würde.

»Indem sich die Träger des kirchlichen Lehramtes, insbesondere der Bischof von Rom, als summus interpres (d.h. als Oberster Interpret der Schrift) verstehen und damit ihr Verständnis des Textes definitiv zum letztverbindlichen erklären, wird die Wahrheitsfindung dem gemeinsamen Diskurs entzogen und erweist sich das Lehramt selbst als Herr des Textes. De facto ist damit immer die Gefahr gegeben, dass nicht mehr der Text die Norm für die Wahrheit der Auslegung ist, sondern der lehramtliche Ausleger darüber befindet, was Wahrheit des Textes, gegebenenfalls auch, was historisch wahr zu sein hat.« Diese beiden Sätze sind dem Buch von Paul Hoffmann, katholischer, inzwischen emeritierter Professor für Neues Testament an der Universität Bamberg: »Das Erbe Jesu und die Macht in der Kirche. Rückbesinnung auf das Neue Testament«, von 1991 entnommen. »Ein letztes Dilemma« ist dieser kurze Schlussteil bzw. Anhang überschrieben. Der Hauptteil aber endet mit einer klaren Auftragsbeschreibung an die, hier zumindest auch, ja in erster Linie katholische Kirche: »Das Erbe Jesu verpflichtet sie (die Kirche; C.P.), dem Herrschaftsanspruch Gottes in dieser Welt Gehör zu verschaffen und jenen durch Jesus von Nazaret begonnenen Befreiungsprozess fortzuführen, in dem der Mensch sich wieder als Gottes Geschöpf erfahren kann, dem die Erde als Gottes gute Schöpfung anvertraut ist.«

Meines Erachtens ist mit dem Schriftprinzip oder – im Blick auf die katholische Kirche: mit dem Gewicht der ja doch auch biblischen Tradition – ein Asylantrag mit größter Aussicht auf Erfolg, auf Anerkennung zu stellen. Kirche kann, und das ist bislang auch meine ganz persönli-

che Erfahrung, dieses Evangelium nicht einfach abschieben. Jesus hat das Reich Gottes verkündigt, es komme eine Kirche – und ich glaube, sie kommt -, die seine Botschaft aufnimmt und weiterführt.

Erstmals am 16. Januar 2009 hat die Evang.-Luth. Kirche in Nürnberg zu einem Reich-Gottes-Gottesdienst mit Mahlfeier in die Sebalduskirche eingeladen. Zusammen mit dem Dekan des Prodekanatsbezirks Nürnberg-Mitte habe ich ihn im Beisein des Regionalbischofs des Kirchenkreises Nürnberg gefeiert. Der zweite Reich-Gottes-Gottesdienst fand am 15. Mai in einer weiteren Nürnberger Innenstadtkirche statt, der dritte ist für den 11. Dezember geplant. Damit kann ich bereits von einem Experiment bzw. einem Prozess berichten, der dazu führen könnte, dass, zumindest in Nürnberg, zumindest in der Evang.-Luth. Kirche in Bayern an die bestehende, weitgehend von der nachjesuanischen, vor allem paulinischen Theologie bestimmten Kirche gewissermaßen ein Reich-Gottes-Raum angebaut wird, eine Raum, in dem die Botschaft Jesu vom Reich Gottes gehütet und gepflegt, gefeiert und so auf unsere Weltsituation bezogen wird, dass wir angeregt und angeleitet werden, ihrem Reich-Gottes-Charakter mit unserem ganzen Leben, mit unserem Lebensstil, ich könnte auch sagen: mit unserer Frömmigkeit, so gut es irgend geht, zu entsprechen.

Asylbewerber, Flüchtlinge, nach Heimat Suchende aufzunehmen, muss ja nicht gleich immer als beunruhigend, problematisch, verstörend, immer gleich als Bedrohung wahrgenommen werden. Oft ist doch gerade von solchen Menschen und Gruppen eine ungeahnte Belebung ausgegangen. Was könnte die Reich-Gottes-Botschaft da bewirken! Zwar gibt es viele und beachtliche, auch gewiss sehr fundierte Anstrengungen, die Strukturen der evangelischen

Kirche zukunftsfähig und nachhaltig zu gestalten. Beim entscheidenden Punkt aber, beim Inhalt, bei der Botschaft, bei dem, was man heute gern »Alleinstellungsmerkmal« nennt, verspüre ich ein großes Defizit. Das Perspektivenpapier »Kirche der Freiheit« schweigt dazu so gut wie völlig, spricht lediglich zweimal von »dem Evangelium von Gottes Barmherzigkeit in Jesus Christus« (S. 29 und 44) bzw. von der »Botschaft von Gottes Gnade und der durch sie geweckten Freiheit des Glaubens« (S. 102). Letztlich ist es die Kreuzes- und Sühnopfertheologie, die sich dahinter verbirgt. Aber sind dies, zumal in dieser abstrahierenden Gestalt, nicht nur Formeln, Leerformeln, die eigentlich nicht mehr fassbar sind, geschweige denn an Außenstehende vermittelbar? Welch ganz neue Kraft könnte der Rückgriff auf die Botschaft Jesu hier entfalten, welche eine Quelle der Erneuerung von Kirche und Welt würde da zu sprudeln beginnen, welcher einen missionarischen Impuls im besten Sinne aufgrund ihrer Überzeugungskraft von ihr ausgehen!

Zu den schon in Angriff genommenen Schwerpunktsetzungen der EKD gehört etwa das Kompetenzzentrum für Predigt in der Lutherstadt Wittenberg. In Bonn hat die EKD kürzlich eine bundesweite Arbeitsstelle für Friedensarbeit eröffnet. Wäre es nicht wünschenswert, wenn sich die älteste und größte evangelische Akademie im Raum der EKD schwerpunktmäßig des ältesten und größten Themas des Christentums annehmen würde, der Botschaft Jesu, noch dazu bei dieser gewichtigen Lokaltadttradition: »Kompetenzzentrum Reich Gottes« in Bad Boll?

Vor meinem inneren Auge steht eine Kirche, die das Reich Gottes verkündet, die das Leben feiert, sich gerade deshalb von all dem berühren und bewegen lässt, was

in unserer Welt der Wahrheit zuwider läuft, was nicht geschehen kann und darf im Reich Gottes, eine Kirche, die sich in glaubwürdiger Weise durch Wort und Tat dem verschreibt, was jedem Menschen – das glaube ich jedenfalls – ins Herz, in die Wiege gelegt ist, was ihn unbedingt angeht: dem Reich Gottes, der Gerechtigkeit, dem Frieden, der Bewahrung der Erde, oder, mit den Worten Christoph Blumhardts: »Der großen, allumfassenden Versöhnung über aller Kreatur ..., der Verkündigung des Evangeliums, welches eben darin besteht.«

**Referat auf der Tagung: „Reich Gottes heute. Die zentrale Botschaft Jesu und die kirchliche Praxis“, Akademie Bad Boll, 26.–28. Juni 2009*

Vgl. zum Thema auch www.resos.ch/archiv.htm. Gesellschaftsvertrag und Reich Gottes. Zur Reich-Gottes-Verträglichkeit gesellschaftlicher Leitvorstellungen von Urs Eigenmann – die Redaktion

Claus Petersen, 57 Jahre alt, verheiratet, drei Kinder, derzeit als Pfarrer in der Stadtmission Nürnberg tätig, gründete 2002 die »Ökumenische Initiative Reich Gottes – jetzt!«



Claus Petersen

Tagung des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins 27.–29.3.09 in Hofgeismar

Das Reich Gottes – für das sich der Einsatz des Lebens lohnt

Von Annette Seifert

Etwa 50 Teilnehmende aus fast allen Teilen Deutschlands und aus den unterschiedlichsten Berufsgruppen waren zu einer Tagung in der Evangelischen Akademie Hofgeismar zusammen gekommen, um sich in Vorträgen und Gesprächen auf die Suche nach dem Reich Gottes zu machen. Der Dietrich-Bonhoeffer-Verein hatte zu dieser Tagung eingeladen unter dem Titel: „Ist nicht die Gerechtigkeit und das Reich Gottes auf Erden der Mittelpunkt von allem? Das Reich Gottes im Judentum, bei Jesus und in heutigen Diskussionen.“

In ihrer Einführung in das Thema zitierte Pfarrerin *Barbara Wirsen-Steetskamp* aus Kronberg/Taunus zwei Theologen, die ihr sehr am Herzen liegen. Zum einen *Albert Schweitzer*, der darauf dringt, dass das Christentum von der Jenseitsreligion wieder zum Wollen im Diesseits werde. Und zum anderen *Martin Stöhr*, der 1995 gesagt hat, dass die Geschichte der Menschheit offen ist, aber schon jetzt Gottes Gegenwart heilsam ist. Jesus ist der einzige antike Jude, der betont hat, dass das Reich Gottes schon begonnen hat.

Der anschließende Vortrag von Pfarrer *Dr. Claus Petersen* aus Nürnberg von der Initiative „Reich Gottes – jetzt!“ regte zu vielem Nachdenken und Diskussionen an. Der Kern seiner Aussagen war, dass die Welt voll ist von Gott, wir Menschen müssen es nur wahrnehmen. Der Himmel ist schon auf Erden. Jesus hatte dies auch im

Kernpunkt seiner Botschaft, Kirche und Gesellschaft müssen das mehr in ihre Mitte rücken, eine Reform der Kirche auf Basis der Reich-Gottes-Botschaft Jesu wäre angebracht. Die Welt ist das, was sie ist, nämlich Reich Gottes, und ist auf Gerechtigkeit gepolt. Wir müssen dem nur in unserem Denken und unserem Lebensstil mehr entsprechen. Doch viele wollen das nicht sehen. Wenn man die Reich-Gottes-Hinweise allerdings wahrnimmt, erfährt man ein großes Gefühl der Seligkeit. Diskussionen um das nun mal bestehende Leid in der Welt, den Umgang mit den Texten Jesu, um Liturgie und gesellschaftlicher Verantwortung brandeten auf. Herr Petersen stellte sich diesen und stellte immer wieder seine Überzeugung dar.

Pfarrer *Dr. Siegfried Bergler* aus Schweinfurt referierte am nächsten Morgen über den Reich-Gottes-Gedanken in der hebräischen Bibel und in der rabbinisch – talmudischen Tradition. Zunächst einmal stellte Bergler klar, dass der Reich-Gottes-Gedanke nicht in Jesus seinen Anfang nimmt, sondern auch schon im sog. Alten Testament, der hebräischen Bibel zu finden ist. Gott ist hier vor allem der Hirte und König, ein funktioneller Gottesbegriff, der in jüngeren Schichten der biblischen Texte zu finden ist. Und Gott war schon immer ein König und wird nicht erst noch seinen Thron besteigen. Bergler zitiert aus Psalmen und dem Jesaja-Buch. Im Laufe der Geschichte Israels haben sich die Vorstellungen vom Reich Gottes hin zum Ende aller Zeiten verschoben. Vor allem die Exil-Erfahrungen

ließen auf einen König der Endzeit hoffen. Und Gott kommt nicht nur zum Gericht, sondern auch zum Trost und wendet sich Armen und Schwachen zu. In der rabbinischen Zeit im 1. bis 6. Jh. n. Christus hegte man die Vorstellung, dass das Reich Gottes auf Erden errichtet werden soll, aber nicht räumlich, sondern es soll ein Reich des Friedens, der Gerechtigkeit und Liebe sein. Der Himmel ist die gebräuchliche Umschreibung Gottes. Im „Schma Israel“ wird die Einzigartigkeit Gottes betont, wer dies rezipiert, nimmt das Joch der Herrschaft Gottes auf sich. Das 1. Gebot ist eine Reich-Gottes-Proklamation. Das Auf-Sich-Nehmen der Gebote und die Anerkennung, dass Gott der eine ist, ist Reich-Gottes im Hier und Jetzt. Gottes Herrschaft ist im Herzen, im Gewissen der Menschen und regelt das Miteinander. Die Gebote erfüllt man aus Dankbarkeit darüber. In der rabbinischen Geschichte gibt es keine Dogmen. Die Erfüllung der Gebote, die Gott nicht gleich am Anfang, sondern am Ende der Wüstenwanderung setzt, ist Dank dem König gegenüber und keine Werkgerechtigkeit. Solange aber es ein jüdisches Exil gibt und andere Könige auf Erden herrschen, ist Gottes Herrschaft nicht vollkommen. Der Messias wird diese Herrschaft aufbauen, die Herrschaft Gottes wird dann ewig sein.

Prof. Dr. Hubert Frankemölle aus Paderborn sprach anschließend über den Juden Jesus und die Reich-Gottes-Verkündigung im Neuen Testament. Im Neuen Testament gab es vielfältige Gruppierungen des Judentums, Jesus gehört zum aramäisch sprechenden Judentum. Jesus lässt sich keiner Gruppierung richtig zuordnen, so spielt z.B. Zion keine Rolle bei ihm, oder er hat auch kein Interesse an einer Tempel-Theologie. Jesus lebte aus einem absoluten Grundvertrauen zu Gott, wobei die Anrede „Vater“ nicht außergewöhnlich war. Seine

Verkündigung war an alle Menschen gerichtet, und er sprach nicht von endzeitlichen Katastrophen. Eher ist es so, das sich in der ambivalenten Wirklichkeit das Reich Gottes nach und nach durchsetzt. In Exorzismen und Heilungen ist die Herrschaft Gottes schon jetzt erfahrbar, sie ist weder an den Tempel noch an die Zukunft gebunden. Adressaten seiner Verkündigung sind die Unmündigen, nicht die Weisen und Klugen. Alle Aspekte in den Seligpreisungen sind gut jüdisch belegt, im Grunde bringt Jesus nicht Neues, sondern bewegt sich innerhalb der Tradition der Pharisäer in der Nähe von Schöpfungstheologie und Immanenz Gottes. Sein präsentisches Verständnis vom Reich Gottes zeigen Gleichnisse wie vom Senfkorn und Sauerteig. Die Reich-Gottes-Vorstellungen basieren auf jüdischen Texten, uns unterscheidet nur, dass wir als Christen und Christinnen das Reich Gottes und sein Kommen in die Welt an die Person Jesu knüpfen.

Nachmittags referierte *Prof. Dr. Axel Denecke* aus Hannover-Isernhagen über den Juden Jesus, seinen Lebensstil und die offene Christusfrage. *Bonhoeffer* hat sich 1940 sehr klar über eine gleich geschaltete Kirche geäußert, aus dieser kann es nur den Austritt geben. Der Jude hält die Christusfrage offen, sagt „Nein“ zu Christus, und in seinem lauten „Nein“ ist unser leises „Nein“ mit enthalten, wir hinken nämlich Jesu Tun und Handeln hinterher. Das jüdische „Nein“ ist die korrekte Anfrage an uns, wie wir denn nun „Christum treiben“. Laut *Shalom Ben-Chorim* ist Jesus nicht nur ein Bruder, sondern auch der edelste und vortrefflichste Rabbiner, den er kennt. Jesus setzt sich mit Gott, dem Vater, gleich, nicht mit Gott an sich. Und um dem bewusst kritischen Umgang mit biblischen Texten Respekt zu zollen, sollte man vom irdischen, nicht historischen Jesus sprechen.

In der anschließenden Podiumsdiskussion konnte jeder Referent noch ein paar Gedanken äußern. Sie drehten sich um die Frage nach einem Konsens zwischen ihren Standpunkten und darum, inwieweit das Reich Gottes an die Person Jesu gebunden sei. Der Begriff Reich Gottes ist von Jesus geprägt worden. Wie im Judentum stehen dabei Handeln und Tun vor dem Lehren und Reden.

Am Sonntagmorgen sprach Pfarrer *Dr. Karl Martin* aus Berlin über den Reich-Gottes-Begriff als Kontinuitätslinie in der Theologie *Dietrich Bonhoeffers*. Immer wieder tauchen bei Bonhoeffer Gedanken zum Reich Gottes auf, immer wieder auch mit einem anderen Akzent. In einem Brief an Bethge schrieb Bonhoeffer, das Reich Gottes sei etwas, „für das sich der Einsatz des Lebens lohnt.“ Seine zentrale Frage war: Wie kommen wir zum Handeln? Sein erster Amerika-Aufenthalt hat ihn in dieser Frage sehr geprägt, später meinte er, dass er hier in Amerika, bei einer Gemeinde von Schwarzen, dem Evangelium begegnet sei. Wir leben permanent als Handelnde und in einer Gottesbeziehung, beides muss in Ordnung gebracht werden. Jeder Mensch, unabhängig von seiner Religion, wird durch Mitleiden am Schicksal anderer zur Tat fähig. Gott muss in die Mitte unseres Lebens gerückt werden, und im Tun kommt heraus, um was es uns wirklich geht. Durch unser Handeln werden wir allerdings nicht gerechtfertigt, die Gnade Gottes muss immer wieder für unser Tun ergriffen werden. Im Zentrum von Jesus Christus steht, dass er Mensch war, nicht, dass er religiös war.

Am Ende wurde zusammen ein Gottesdienst gefeiert, so mancher Gedanke wurde von Gebet und Liedern getragen. Dabei kam man wirklich vom Reden und Lehren zum Handeln und Tun vor Gott.

Die Tagung hat zu vielen Gedanken angeregt und jeden für sich dem Reich Gottes näher gebracht. Mit neuem Interesse wird man wohl jetzt sich biblischen Texten zuwenden und Bonhoeffer aus neuen Blickwinkeln betrachten.

Vgl. auch Reich Gottes auf Erden, nicht Religion und nicht Christentum. Dietrich Bonhoeffer und Christoph Blumhardt, von Jürgen Moltmann, CuS 2–3/2007 – die Redaktion

Annette Seifert,
geb. am
29.12.1967 in
Frankfurt am Main.
Nach dem Abitur
Volontariat in Is-
rael, Kinderheim
und Kibbuz, Grund-
studium der ev.
Theologie in Frank-
furt. Studienjahr an
der Hebräischen



Annette Seifert

Universität in Jerusalem. Studium Ev. Theologie und 1. theol. Examen in Marburg. Spezialvikariat bei „Studium in Israel“, Interfaith und Goethe-Institut in Jerusalem. Vikariat in Mainz, 2. theol. Examen. Pfarrvikariat und dann Pfarrstelleninhaberin der Ev. Kirchengemeinde Weisel.

Wider den Wachstumswahn – die tödliche Illusion des Kapitalismus

Von Jochen Vollmer

Der Kapitalismus ist nicht in einer Krise, der Kapitalismus ist die Krise. Die Krise des Kapitalismus besteht darin, dass dieses System auf Ge-
deih und Verderb auf Wachstum angelegt ist. Es kann ohne ständiges Wachstum nicht funktionieren, ständiges Wachstum aber ist zerstörerisch. Die Koalitionäre von Schwarz-Gelb sind in der Illusion befangen, durch Steuersenkungen Impulse für Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen und damit die Steuereinnahmen des Staates zu erhöhen, indem sie folgende Reihe aufmachen: Steuersenkungen führen zu mehr Konsum, mehr Konsum bedeutet Wirtschaftswachstum, Wirtschaftswachstum schafft Arbeitsplätze, Arbeitsplätze erhöhen die Steuereinnahmen des Staates, durch höhere Steuereinnahmen werden die astronomisch verschuldeten öffentlichen Haushalte saniert. Das Allheilmittel, das gebetsmühlenartig angepriesen und gefordert wird, heißt Wirtschaftswachstum.

Der Zwang zum Wirtschaftswachstum ist in kapitalistischen Ökonomien systemimmanent. Wachsen oder Weichen ist das kapitalistische Grundgesetz. Um Vollbeschäftigung zu erreichen, wäre ein ständiges Wirtschaftswachstum von etwa vier bis sechs Prozent notwendig. Das ist völlig illusorisch. Immer mehr Menschen verlieren in diesem System ihre Arbeit auf Grund des weiteren Zwangs zu ständig steigender Produktivität und ständigen Innovationen. Überproduktion, Absatzkrise, Massenarbeitslosigkeit, menschenunwürdige Niedriglöhne sind zwangsläufig. Mit

dem Zwang, immer neue Produkte auf den Markt zu bringen und Dienstleistungen anzubieten, ist eine maßlose Verschwendung von Rohstoffen, Kapital und Natur unausweichlich. Was heute gut und modern ist, muss schon morgen veraltet und schlecht sein – und das in immer kürzeren Zeiträumen.



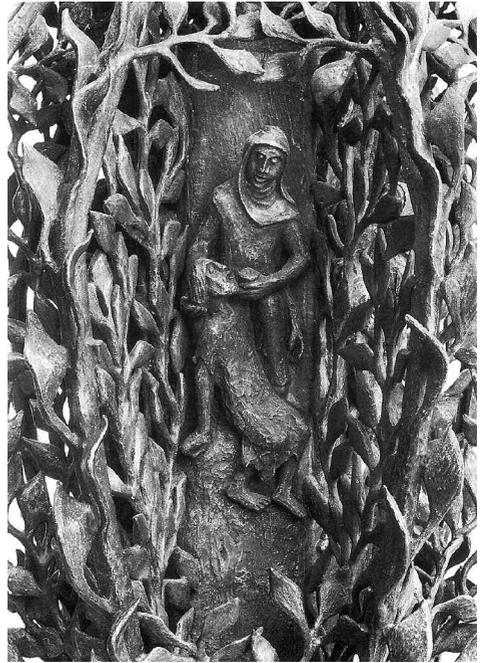
„Denn ich war hungrig, und ihr habt mir zu essen gegeben.“

„Wachstum“ ist ein Begriff aus der Natur, der nicht auf die Wirtschaft übertragen werden darf. Dem Wachstum in der Natur entspricht das Vergehen und Sterben. Da die Wirtschaft ein Subsystem der Natur und

die Erde begrenzt ist, ist ständiges Wachsen der Wirtschaft mathematisch nicht möglich bzw. nur möglich um den Preis weiterer irreversibler Zerstörungen der Natur. Gewiss muss es in vielen Regionen der Erde und manchen Bereichen der Wirtschaft noch Wachstum geben, um den Hunger zu bekämpfen und allen Menschen ein menschenwürdiges Auskommen zu sichern, aber bei uns in den reichen Industrienationen muss die Wirtschaft schrumpfen.

Neben den Zerstörungen der Natur schaffen kapitalistische Ökonomien zwangsläufig immer größere Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten. Die Schere zwischen Reichen und Armen geht ständig weiter auf. Die Reichen werden noch reicher, die Armen werden noch ärmer. Die Gesellschaft wird gespalten. Die Mittelschicht bricht weg. Das System des Kapitalismus schafft prinzipiell Ungerechtigkeit, Unfrieden. Es zerstört die Würde des Menschen, baut die im Grundgesetz garantierten Grund- und Freiheitsrechte und damit die Demokratie ab. Das System des Kapitalismus ist verfassungswidrig und muss die Verfassungsschützer auf den Plan rufen. Es produziert Hunger, heizt die Erde auf, zerstört die Artenvielfalt, plündert die Ressourcen der Erde, von denen die Generationen nach uns leben müssen. Das Ziel des Kapitalismus ist nicht die Befriedigung der Grundbedürfnisse aller Menschen, sondern die Akkumulation des Kapitals.

Das Problem ist nicht ein Zuwenig an Kapital und Gütern, sondern ein Zuwenig an Gerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit. Das Problem der Armut ist der Reichtum, der zum Teil nur mehr als eine Schande und als obszön zu bezeichnen ist. Manager und Banker, die Milliarden verzockt haben, schämen sich nicht, für ihre Millionenabfindungen und Boni zu kämpfen. Man darf ja gelegentlich an die Fragen eines lesen-



„Durstig, und ihr habt mir zu trinken gegeben.“

den Arbeiters (Bert Brecht) erinnern: Wer hat den Reichtum der Superreichen erwirtschaftet? Was soll die dümmliche Parole „Leistung muss sich wieder lohnen“? Leisten die working poor, die um ein menschenwürdiges Auskommen und Leben betrogen werden, nichts? Und was ist von frühester Kindheit an in die so genannten „Leistungsträger“ alles investiert worden? Nicht nur an Kapital, sondern an menschlicher Zuwendung und Bildung, an Geduld, Zeit und Ermutigung?

Das System des Kapitalismus denkt zu kurz, es scheitert an der Realität, befindet sich in einer tödlichen Sackgasse. Es geht nicht um Exzesse des Systems, die zu vermeiden sind, nicht um kosmetische Korrekturen, nicht um kleine Schritte zu mehr sozialer Gerechtigkeit da und dort. Es geht



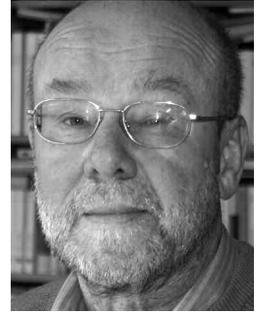
„... der Staat darf nicht mit Ganoven dealen!“

um einen grundsätzlichen Bewusstseinswandel. Es geht in der Perspektive des Glaubens um das Bekenntnis, dass die Würde des Menschen, jedes Menschen unantastbar ist, dass der Mensch, jeder Mensch, Gott heilig ist, dass die Erde Gott gehört und darum nicht ausgeplündert und veruntreut werden darf. Es geht darum, dass wir die Güter der Erde und die Erträge menschlicher Arbeit so verteilen, dass alle Menschen ein menschenwürdiges Auskommen haben. Es geht um die Befreiung von dem Götzen Kapital, der in der Sünde unersättlicher Habgier sein Unwesen treibt, es geht um ein Leben im Vertrauen auf Gott im Zeichen des „Genug für alle“ jenseits von Armut und Überfluss.

Die Kirchen sind aufgerufen, sich der Kapitalismusfrage zu stellen. Die Kapitalismusfrage ist heute die Bekenntnisfrage. Indem die Kirchen den Götzen Kapital nicht benennen und entlarven und ihm nicht widerstehen, bleiben sie, auch wenn in jedem Gottesdienst landauf landab das Apostolikum bekannt wird, das Bekenntnis zu Gott dem Schöpfer, dem allein die Erde gehört, schuldig, bleiben sie das Bekenntnis zur Heiligkeit eines jeden Menschen, für die sich Jesus verbürgt hat, schuldig, bleiben sie das Bekenntnis zum Geist Gottes, der Menschen zur Mitarbeit an Gottes Reich der Gerechtigkeit und des Friedens beruft

und befähigt, schuldig. „Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon“, sagt Jesus in der Bergpredigt (Matthäus 6,24). Wer zum Götzendienst des Kapitals schweigt, verleugnet Gott.

Jochen Vollmer,
Jahrgang 1939,
verheiratet, vier erwachsene Kinder.
Promotion mit dem Thema „Geschichtliche Rückblicke und Motive in der Prophetie des Amos, Hosea und Jesaja, 1971. Bis zum Ruhestand Gemeindepfarrer in der württembergischen Landeskirche, u.a. in Schwäbisch Hall und Balingen. In der Friedensarbeit tätig. Aufsätze zu verschiedenen theologischen Themen.



Jochen Vollmer

Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit drängt der Entscheidung entgegen. ... Bei den gegenwärtigen Entscheidungen, auch im Wahlkampf um die neue Zusammensetzung des Reichstages, handelt es sich im Besonderen darum, daß die kapitalistisch-bürgerlichen Kreise durch Einschränkung und Aufhebung sozialpolitischer Gesetze den Lebensraum der Arbeiter und Angestellten einengen wollen. Dadurch sollen die wirtschaftlich Abhängigen gezwungen werden, unter den schlechtesten Bedingungen und für den geringsten Lohn ihre Arbeitskraft zu verkaufen. ... Soziale Gesetzgebung ist sittliche Forderung für jeden entschiedenen Christen. Es sollte selbstverständliche Aufgabe christlicher Nächstenliebe sein, durch den Ausbau der sozialen Gesetzgebung die Not der Witwen und Waisen, der Alten und Invaliden, der aus dem Wirtschaftsprozeß ausgeschalteten Jugendlichen, der Arbeitslosen und der unter dem Wohnungselend Leidenden zu lindern, die sich aus dem kapitalistischen Wirtschaftssystem zwangsläufig ergibt.

BRSD, Kundgebung des 5. Kongresses 1930, Zeitschrift für Religion und Sozialismus 5/1930, S. 271

Globalisierung der Gerechtigkeit

Anstöße aus der lateinamerikanischen Theologie der Befreiung

Von Stefan Silber

Für die Armen ist immer Weltwirtschaftskrise. Wenn an der Wall Street Banken schließen müssen oder wenn die Auftragsbücher der deutschen Automobilbauer nicht mehr gefüllt sind, betrifft das die große Mehrheit auf unserem Globus überhaupt nicht oder nur peripher. Für die Armen ist die Wirtschaftskrise nichts Neues. Zwar trifft die Wirtschaftskrise auch die Menschen im Süden unseres Globus, vor allem diejenigen, die in den Sektoren der Wirtschaft noch Arbeit haben, die von unserem Wirtschaftssystem völlig abhängig sind. Aber für die Armen ist immer Wirtschaftskrise. Sie leben ihr ganzes Leben in der Krise.

Die Diskussion über soziale Gerechtigkeit, die in Deutschland durch die Wirtschaftskrise des Jahres 2008 wieder angefeuert wurde, bringt die Gefahr mit sich, angesichts zunehmender Armut in unserem Land die Verschärfung der weltweiten Armut zu verdrängen und sich um die nahe liegenden Probleme zu kümmern. Die Krise bei uns birgt aber auch die Chance, dass mehr Menschen erkennen, dass Armut und soziale Ungerechtigkeit keine ungewollten Kollateralschäden sind. In den Ländern des Südens produziert das herrschende Weltwirtschaftssystem schon lange Krisen: individuelle, gesellschaftliche, nationale und globale Krisen.

Der Kapitalismus ist das Problem. Kapitalismuskritik in der Theologie der Befreiung

In Lateinamerika wächst – wie in vielen

Teilen der Welt – die Überzeugung, dass die gegenwärtige Krise nicht zufällig ist. Es heißt: Der Kapitalismus hat nicht ein Problem, er ist das Problem. Das System macht nicht eine Krise durch – das System ist die Krise.

In der lateinamerikanischen Befreiungstheologie ist diese Frage nicht unumstritten. Es ist ja auch nicht eine genuin theologische Frage, welches Wirtschaftssystem nun das menschlich angemessene ist. Aber es gibt inzwischen eine große Gruppe von Theologinnen und Theologen – wie Leonardo Boff, Pedro Casaldáliga und Franz Josef Hinkelammert – die die Überzeugung vertreten: Die Armut und der Ausschluss so vieler Menschen zeigen, dass das kapitalorientierte Wirtschaften eben nicht menschlich angemessen ist, sondern der Mehrheit der Menschen und dem Ökosystem tiefen Schaden zufügt. Die Armut ist eine unmittelbare Auswirkung des geltenden weltweiten Wirtschaftssystems, nicht nur eine unbeabsichtigte Nebenfolge. Sie ist der direkte Indikator, der auf die Unmenschlichkeit des Wirtschaftens verweist. Armut wird nicht mehr als ein vorübergehender Zustand begriffen, der überwunden werden kann, oder als eine „Herausforderung“ des Kapitalismus, an der sich seine Effizienz beweisen könnte. So hat man es in den sechziger und siebziger Jahren mit dem Entwicklungsparadigma gesehen. Die Armut schuldet sich auch nicht der persönlichen Raffgier oder dem unbarmherzigen, unmenschlichen Verhalten Einzelner. Sie ist vielmehr systembedingt. Armut lässt sich nicht wirklich überwinden, indem ein-

zelne Wirtschaftsbedingungen im System verändert werden, oder durch mehr staatliche Regulierung. Es ist das Wirtschaftssystem selbst, welches Armut produziert.

Aus diesem Grund entwickelt die Theologie der Befreiung eine fundamentale Kapitalismuskritik. Dabei stellt sich zunächst die Frage: Wie macht der Kapitalismus das eigentlich, dass er so viel Armut hervorbringt? Was sind die Mechanismen, die in diesem Wirtschaftssystem wirksam sind und zur globalen und globalisierten Ungerechtigkeit führen?

Ursachen

Das Grundprinzip ist seit den Anfängen der Theologie der Befreiung bekannt, als die Dependenztheorie in die Theologie eingeführt wurde: Der Kapitalismus funktioniert, indem er die Armen noch ärmer und die Reichen noch reicher macht. In den letzten Jahren wurden einzelne Elemente genauer untersucht und in den Vordergrund gestellt. Befreiungstheologen und Wirtschaftsethiker wie Franz Hinkelammert und Wim Dierckxsens in Costa Rica oder Jung Mo Sung in Brasilien stehen dabei im engen Austausch mit Ökonomen, Ethikern und Theologen auf dem ganzen Kontinent, in Europa und den USA.

Nur bezahlte Arbeit ist wirkliche Arbeit

Das erste Element ist die Frage nach dem Stellenwert von Arbeit. Im Kapitalismus werden bezahlte und nicht bezahlte Arbeit gegeneinander ausgespielt. Ehrenamt, Familienarbeit, Haushalt und andere Tätigkeiten, die gesellschaftlich notwendig sind, aber nicht bezahlt werden, gelten als unproduktiv und wirtschaftlich belanglos. Dabei kann gerade eine am Kapital orientierte Wirtschaft nicht auf diese unbezahlten Arbeiten verzichten und baut auf sie auf. Die

systematische Abwertung dieser Art zu arbeiten unterminiert wesentliche soziale Funktionen, die im marktorientierten Wettbewerb nicht wieder eingeholt werden können. Die sozialen Kosten dieser Zerstörung gesellschaftlicher Zusammenhänge werden jedoch aus den Bilanzen ausgeblendet.

Auch die bezahlte Arbeit befindet sich seit etwa 25 Jahren in der Krise. Durch die beschleunigte Verbesserung der Informationstechnologien wird Arbeit zunehmend überflüssig. Dadurch setzt ein Schwindel erregender Prozess der Entwertung von Arbeit ein: Da immer weniger Arbeit benötigt wird, werden Arbeitskräfte immer billiger. Unter dem Zwang zum Produktivitätswachstum führt dies weltweit dazu, dass immer weniger Arbeitskräfte zu immer geringeren Löhnen immer mehr Arbeit leisten sollen. Auf diese Weise werden immer mehr Menschen überflüssig, und die noch Arbeit haben, dürfen froh sein, dass sie auf unmenschliche Weise ausgebeutet werden.

Das Kapital ist grenzenlos

Auf der anderen Seite bestehen anscheinend keine Grenzen für die Akkumulation von Kapital. Franz Hinkelammert spricht davon, dass die Geldmenge theoretisch unbegrenzt ist – man kann immer noch mehr besitzen. Die Konsummöglichkeiten sind aber begrenzt: Man kann immer mehr besitzen, aber nicht unbegrenzt Geld ausgeben. Wohin also mit dem vielen Geld? Eine Möglichkeit besteht darin, es durch Spekulation noch weiter zu vermehren und dadurch die Grenzen des praktisch existierenden Kapitals immer weiter nach oben zu verschieben.

Die Spekulation hat dabei bereits jeden Kontakt mit der Wirklichkeit verloren. An den weltweiten Börsen wird mit einer vielfachen Menge der Rohstoffe gehandelt, die überhaupt vorhanden sind. Die Geldmengen, die der Spekulation unterliegen, sind

schon lange nicht mehr von echten Werten gedeckt. Sie entsprechen aber in der Theorie immer noch tatsächlichen realen Werten. Dass diese Spekulationsblasen einmal platzen, ist nicht verwunderlich, aber auch nicht das eigentliche Problem. Das Problem besteht darin, dass dieser spekulative Reichtum mit der Armut der Armen erkaufte ist und dass die scheinbar unbegrenzte Wachstumsspirale zur globalen Zerstörung führt.

Die Utopie vom unbegrenzten Wachstum

Der Bericht des Club of Rome über die Grenzen des Wachstums 1972 machte bereits darauf aufmerksam, dass das Wirtschaftswachstum als Grundvoraussetzung des marktwirtschaftlichen Systems auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen nicht funktionieren kann. „Die Erde ist rund“, sagt Franz Hinkelammert, und daher begrenzt. Es kann kein wirtschaftliches Wachstum geben, das nicht im Laufe der Zeit an die Grenzen der natürlichen Ressourcen, der Staaten und Kontinente, des siedlungsfähigen Raums und der Rechte der Weltbevölkerung gelangt. Das unbegrenzte Wachstum ist eine Utopie, die nicht verwirklicht werden kann.

Das Prinzip der Konkurrenz in der Marktwirtschaft zwingt jedoch dazu, einen ständigen Produktivitätsfortschritt anzustreben. Es muss immer mehr produziert werden. Und damit keine Überproduktion entsteht, muss auch immer mehr konsumiert werden. Es ergibt sich ein Zwang zum Überkonsum, zu Produkten, die immer kurzlebiger sind, und zu Wegwerfprodukten. Das Ökologieproblem, das daraus entsteht, wird als scheinbar unvermeidbare Konsequenz in Kauf genommen oder als Herausforderung, die zu bewältigen ist, eingestuft, nicht jedoch als Indikator für einen Fehler im System verstanden.

In der Theologie der Befreiung wird ge-

genwärtig sehr stark die Meinung vertreten, dass sich in der aktuellen Wirtschaftskrise bereits deutlich die endgültigen Grenzen des Wachstums gezeigt haben. Ich bin nicht sicher, ob ich diese Einschätzung teilen soll. Es heißt, dies sei nicht eine vorübergehende Krise, das Platzen einer Spekulationsblase oder ein notwendiges Zurechtstutzen. Im vergangenen Jahr habe sich gezeigt, dass das Wachstum bereits an seine Grenzen gelangt sei. Das Wachstum im Energiebereich führt wegen der Agro-Treibstoffe direkt zur Verteuerung der Nahrungsmittel. Die Energiekrise führt zur Verschärfung des Hungers. Und gleichzeitig zur verschärften Abholzung des Regenwaldes, zur Entrechtung der dort lebenden Ureinwohner, zu Gewalt und Vertreibung.

Ich bin nicht sicher, wie deutlich sich die Grenzen des Wachstums in der Gegenwart tatsächlich schon bemerkbar machen. Viel-



„Ich war fremd, und ihr habt mich beherbergt!“

leicht stehen uns noch viele Jahrzehnte von Wachstum, Zerstörung und Verarmung bevor. Aber dass es diese Grenzen tatsächlich gibt, ist sichtbar geworden, wir können sie mit den Händen greifen. Wir können aber nach wie vor die Augen davor verschließen.

Ausdünnung von Rechtsstaat und Demokratie

Wenn wir die Augen verschließen wollen, werden wir dabei nachdrücklich unterstützt: Die Sprecher von Wirtschaft und Politik sowie die Unterhaltungs-Industrie gaukeln uns weiterhin vor, dass wir nur mit weiterem Wachstum konkurrenzfähig und zukunftsfähig bleiben. Auch Demokratie und Rechtsstaat werden durch den Alleinvertretungsanspruch des Kapitalismus zusehends ausgehöhlt. Vor allem aus lateinamerikanischer Perspektive wird dies deutlich.

Der Rechtsstaat schützt das Privateigentum und die Verträge. Wer arm ist und keine Dokumente besitzt, kann kein Privateigentum beanspruchen und keine Verträge schließen. Er wird vom Rechtsstaat nicht geschützt. Wer unbezahlte Arbeit leistet, die auf keinem Vertrag beruht, wird vom Rechtsstaat nicht geschützt. Die Gerichte schützen dafür die Rechte der Transnationalen und des Kapitals. Das sind keine Rechte von Personen, sondern von Institutionen. Deren Rechte werden geschützt, die der real existierenden Personen nicht. Diese Situation ist eine Herausforderung an eine Welt, die sich die Verwirklichung der Menschenrechte auf die Fahnen geschrieben hat.

Eine weitere Kritik richtet sich an die Politik. Politik wird weitgehend aufs Wahlrecht reduziert. Nach den Wahlen werden die Wählerinnen und Wähler wieder zu Konsumenten, zur Verfügungsmasse, zur Ware. Die Politik reduziert sich so darauf, Freiheit für die Wirtschaft zu garantieren, die Lasten auf möglichst viele zu verteilen

und die Sicherheit für diese Ordnung notfalls mit Gewalt zu verteidigen. Die Theologie der Befreiung kritisiert das Fehlen eines umfassenden Verständnisses von Politik, in dem das Gemeinwohl und das Zusammenleben aller im Vordergrund stehen. Politik garantiert heute nur noch die Freiheit des Kapitals, nicht mehr die der Menschen.

Hintergründe

Angeblich ist diese Haltung zu unser aller Bestem. Aus dem Egoismus aller ließe der Markt das Gemeinwohl für alle entstehen. Wenn jeder an sich selbst denke, sei an alle gedacht. Auch die Solidarität entspringt nach diesem Prinzip dem Egoismus des Einzelnen, der im Konkurrenzkampf des Marktes nach dem eigenen Vorteil sucht. Dass das nicht funktionieren kann, liegt eigentlich auf der Hand. Dennoch wirtschaften wir weiter so, als ob dieses Prinzip gültig und wahr wäre. Hier kommen wir zu den Hintergründen der Mechanismen, durch die der Kapitalismus die natürliche Umwelt und das menschliche Zusammenleben zerstört. Was steckt hinter diesen Mechanismen? Was macht das marktwirtschaftliche System so zerstörerisch?

Diese Frage betrifft wieder sehr viel stärker das eigene Feld der Theologie. Hier geht es nämlich um die philosophischen, weltanschaulichen und utopischen Hintergründe einer Wirtschaftslehre. Vor allem hier setzt daher auch die befreiungstheologische Kritik an.

Der Mensch als Ware

Vor allem kritisiert die Theologie der Befreiung das defizitäre Menschenbild der kapitalistischen Weltanschauung: Menschen werden nur unter ihrer ökonomischen Funktionalität betrachtet. Sie werden zur Ware. Menschen können verliehen werden – das Prinzip der Leiharbeit. Menschliche

Arbeitskraft kann bis zur völligen Erschöpfung ausgebeutet und dann entlassen werden – das Prinzip der rechtlosen Abhängigkeit in den Maquilas, den Freihandelszonen in Mittelamerika. Migranten werden als Illegale geduldet, so lange sie ungeliebte Arbeit verrichten. Der Mensch ist nur als Produzent oder Eigentümer interessant. Als Vertragspartner. Wer keine Verträge schließt, ist kein Mensch, wird ausgeschlossen, kann vernachlässigt werden.

Dagegen betont die Theologie der Befreiung das Recht jedes Menschen auf Anerkennung. Nicht nur seiner physischen Existenz, sondern auch seiner persönlichen Identität: Der Mensch ist mehr als nur ein Rädchen im Produktionsprozess. Deswegen braucht der Mensch Räume in Gesellschaft, Politik und Religion, in denen er frei sein kann, das zu sein, was er oder sie ist. Nicht nur ein Mensch, sondern ein Mann,

eine Frau, ein Kind, eine Erwachsene, eine Weiße, ein Farbiger, ein Indianer, eine Europäerin, ein Facharbeiter, eine Akademikerin. Jeder Mensch existiert in unendlich vielen Facetten von Identität und kann nicht auf einen Warenwert reduziert werden.

Die Religion des Marktes

Im Kapitalismus hingegen wird der Mensch zur Ware – und die Ware zur Religion. Das religionskritische Potenzial der Theologie der Befreiung richtet sich nicht nur gegen den Missbrauch des Christentums, sondern wird auch gegenüber wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen entfaltet, die auf den ersten Blick erst einmal gar nicht religiös zu sein scheinen. Es zeigt sich jedoch, dass die prophetische Kritik an den Götzen in vieler Hinsicht auch auf die Verherrlichung des Marktes und die Verabsolutierung des Kapitals anwendbar ist.

Das Grundprinzip der Marktreligion lautet: Haben statt Sein. Die Erlösung kommt von der Bereicherung: Am meisten gilt, wer am meisten besitzt. Der Markt muss absolute Freiheit besitzen, damit er die Geschehnisse der Welt mit „unsichtbarer Hand“ lenken kann. Wer dem Markt dient, hat das Recht, die Kritiker des Marktes mundtot zu machen oder gar zu beseitigen. Wer im Namen der Freiheit spricht, darf Kriege beginnen und den Tod vieler Menschen legitimieren. Die Freiheit, die hier gemeint ist, ist die Freiheit des Marktes, des Kapitals und des Gewinnstrebens, nicht die Freiheit der Menschen. Der Mensch hat als Subjekt ausgedient. Die neuen Subjekte sind anonyme Kapitalgesellschaften, deren namenlose Besitzer selbst austauschbar sind. Selbst diese privilegierten Menschen können dem Götzen Markt zum Opfer dargebracht werden.

Mit dieser scharfen Kritik deckt die Theologie der Befreiung die Hintergründe unseres Wirtschaftssystems auf, die oft unbe-



„Nackt, und ihr habt mich bekleidet!“

wusst sind. Hinter der Aussage, zum marktwirtschaftlichen System gebe es seit 1989 keine Alternative mehr, steckt eine religiöse Euphorie, ein messianisches Sendungsbewusstsein, eine aggressive Missionsstrategie, die mit dem Ausschließlichkeitsbewusstsein im Christentum verwandt ist. Nicht umsonst verbündet sich dieser wirtschaftliche Fundamentalismus in den USA mit dem religiösen. Er ist jedoch auch in scheinbar völlig säkularen Kontexten anzutreffen.

Du musst begehren deines Nächsten Hab und Gut

Die tiefsten Überzeugungen der jüdisch-christlichen Tradition und damit auch der westlichen Kultur werden in dieser Marktreligion auf den Kopf gestellt. Das neunte und zehnte Gebot, das davon spricht, dass man dem Nächsten nicht nur nichts wegnehmen soll, sondern dass man das, was dem Nächsten gehört, nicht einmal begehren soll, wird umgekehrt: Wer nicht das Eigentum seines Nächsten begehrt, kann in einer marktwirtschaftlichen Konkurrenzgesellschaft zu nichts kommen.

Das kapitalorientierte Wirtschaftssystem fußt auf dem „Begehren“. Damit ist nicht so sehr die Gier des Einzelnen gemeint, der den Mund nicht voll genug kriegen kann. Es geht um das grundsätzliche Streben des „Schneller, Höher, Weiter“. Immer mehr haben wollen, mehr produzieren wollen, wachsen wollen. Mehr produzieren als im Vorjahr, mehr Gewinn erwirtschaften als die Konkurrenz. Das Begehren belebt das Geschäft. Was da begehrt wird, sind aber nicht herrenlose Dinge, die man sich einfach aneignen könnte. Es geht um die Arbeitskraft anderer, die Rohstoffe der Menschen der Dritten Welt, die Güter der zukünftigen Generationen. In unserer runden, begrenzten Welt bedeutet der

Zwang zum Begehren: Du musst begehren deines Nächsten Hab und Gut.

Franz Hinkelammert erläutert, dass dies nicht der einzige Fall ist, in dem Werte auf den Kopf gestellt werden. Was irrational ist, wird zur Rationalität erklärt, was vernünftig ist, zur Utopie gemacht. Hinkelammert nennt dies das „Spiel der Verrücktheiten“: Wir werden durch den öffentlichen Diskurs mit einem Nebel von scheinbarer Rationalität umgeben, um die Verrücktheit unseres Wirtschaftens nicht zu erkennen.

Es ist daher wichtig, die Blickrichtung zu ändern. Meiner Meinung nach ist dies nur möglich, wenn wir von uns wegschauen und die Welt aus der Sicht der Armen betrachten. Die Armen sind nicht das Problem. Das Problem wird ihnen gemacht. Wir im Westen sind das Problem. Wenn wir von uns wegschauen, können wir es schaffen, eine neue Sicht der Dinge zu gewinnen. Dazu brauchen wir die Perspektive der Armen.

Die Armen sind die Lösung

Dieser Perspektivenwechsel begründet sich aus dem, was die Theologie der Befreiung seit vier Jahrzehnten unter dem Stichwort der „Option für die Armen“ beschreibt und weiterentwickelt: Die Krise lässt sich nur mit Blick auf die Armen, aus ihrer Perspektive und mit ihnen zusammen lösen. Wir können nicht meinen, wir könnten die Probleme der Armen für sie lösen. Das ist der Irrtum des Entwicklungsparadigmas der sechziger und siebziger Jahre. Mit einem gewissen Aufwand an Entwicklungshilfe, davon war man überzeugt, könnte man die Armen in die Lage versetzen, selbständig bis zu dem Entwicklungsstand aufzuholen, auf den wir Reichen schon vorgeprescht waren. Dies hat sich in mehrfacher Hinsicht als Irrtum herausgestellt, vor allem aber, weil wir nicht bereit waren, uns selbst in Frage zu stellen.

Option für die Armen bedeutet heute, dass wir versuchen, die Welt aus der Perspektive der Armen zu sehen – da sieht die Welt nämlich anders aus. Es geht darum, die Armen selbst zu Wort kommen zu lassen, ihre Erfahrungen, ihre Weisheit, ihre Lösungspotenziale ins Gespräch zu bringen mit unseren Erfahrungen und unseren Lösungsvorschlägen. Option für die Armen bedeutet heute aber auch, dass wir die Pluralität und Vielschichtigkeit der Armen und der Armutsprozesse erkennen und ernst nehmen. Es geht ja nicht nur um wirtschaftliche Armut. Eine gerechtere Welt kann nicht einfach entstehen, indem man die Wirtschaftsverhältnisse über den Haufen wirft und meint, dass genderbedingte Armut und rassistische Exklusion sich auf diese Weise von alleine erledigen.

Die Zapatisten in Chiapas arbeiten daher an einer „Welt, in der viele Welten Platz haben“. Nicht nur alle Menschen sollen in dieser Welt Platz und Lebensmöglichkeiten haben, sondern auch ihre unterschiedlichen Welten, Lebensweisen, Lebensvisionen. Nur wenn die Option für die Armen diese sehr unterschiedlichen Welten und Lebensentwürfe der Armen umfasst, kann sie tatsächlich dazu beitragen, dass die Armen ihr Lösungspotenzial für die Krisen der Welt einbringen.

Wege aus der Krise

Es gibt in Lateinamerika inzwischen eine intensive Diskussion über wirtschaftliche Alternativen zum derzeitigen System. Auch Theologen wie Jung Mo Sung und Franz Hinkelammert sind an dieser Debatte beteiligt. Sie beschreiben Alternativen zum kapitalistischen System, die an den Menschen und an ihren Bedürfnissen zum Leben orientiert sind. Der belgische Ökonom Wim Dierckxsens, der in Costa Rica lebt, nennt beispielsweise sieben Punkte

für eine alternative Wirtschaft, die uns teilweise bekannt vorkommen:

- Eine Wirtschaft, die sich an der Fülle des Lebens orientiert (und nicht ein Leben, das sich an der Wirtschaft orientiert)
- Ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle
- Eine bedürfnisorientierte Wirtschaft des Notwendigen/Ausreichenden
- Entwicklung ohne Wachstum
- Wissen und Wissenschaft als Gemeingut der Völker
- Umverteilung der Einkünfte im globalen Maßstab
- Eine weltweite Demokratie mit Partizipationsmöglichkeiten für alle.

Diese Liste mag utopisch klingen – aber beruht nicht vielmehr unser Wirtschaften mit seinem grenzenlosen Wachstum und schrankenlosen Konsumieren auf einer Utopie? Diese Vorschläge für eine menschlichere, gerechtere und nachhaltigere Wirtschaft sind dem gegenüber als realistisch und zukunftsorientiert einzuschätzen.

Ganz ähnliche Gedanken finde ich in dem neuen Buch des deutschen Theologen Hans-Peter Gensichen, der unter Berufung auf die lateinamerikanische Befreiungstheologie dazu aufruft, sich der Krise offensiv entgegen zu stellen: „Armut wird uns retten“ ist der Titel seines Buches. Darin zeigt er auf, dass nur ein negatives Wirtschaftswachstum im Norden des Planeten zu einer nachhaltigen Entwicklung im Süden führen kann. Die ökologischen und sozialen Grenzen des Wachstums kann man nur respektieren, wenn das ökonomische Wachstum der vergangenen Jahrzehnte wenigstens teilweise rückgängig gemacht werden kann. Nur diese bewusst angestrebte ärmere Lebensweise kann uns langfristig humane Lebensbedingungen ermöglichen.

Vielfältige Wege aus der Krise

Wichtige Impulse für die Befreiungstheologie sind in den letzten Jahren aus der ökologischen Bewegung gekommen. Leonardo Boff, der lange Jahre Vorreiter auf diesem Gebiet war, wird nun von vielen anderen Befreiungstheologen wie Marcelo Barros und Bischöfen wie Dom Luiz Cappio unterstützt. Sie haben erkannt, dass die Umwelt nicht nur ein Reservoir von Rohstoffen ist, mit denen man sorgfältig umgehen muss. Wir selbst sind ein Teil dieser Umwelt, und nur wenn wir die Zerstörung der Ökologie aufhalten, können wir auch die Zerstörung der Menschheit verhindern.

Miguel d'Escoto, nicaraguanischer Befreiungstheologe, sagte als Präsident der UN-Vollversammlung dieses Jahr im Juni: „Es ist weder human noch verantwortlich, eine Arche Noah zu bauen, die nur das herrschende Wirtschaftssystem rettet, während sie die große Mehrheit der Menschen ihrem Schicksal überlässt ... Wir müssen gemeinsam ein Bündel von Entscheidungen treffen, die möglichst allen nützen, die große Lebensgemeinschaft und das gemeinsame Haus, die Mutter Erde, inbegriffen.“

Hier wird deutlich, dass die Befreiung der Armen und die Bewahrung der Schöpfung nicht mehr zwei verschiedene Bewegungen sind. Der Hungerstreik des brasilianischen Bischofs Luiz Cappio, den er als „Fasten“, als eine spirituelle Übung verstanden wissen wollte, richtete sich nicht allein gegen die Zerstörung von Flora und Fauna im Flusstal des Río São Francisco. Dom Luiz kämpft auch um das Überleben und die Menschenwürde der in diesem Flusstal lebenden Kleinbauern und Indianervölker. Das „gemeinsame Haus“ der Welt ist das Haus, in dem Menschheit und Natur miteinander teilen. So verstanden, schließt der



„Ich war krank, und ihr habt mich besucht!“

Kampf um eine gerechte Ökologie den Einsatz um eine gerechte Ökonomie immer ein.

Dies sind relativ neue Töne in der Theologie der Befreiung. Diese geweitete Weltsicht und diese profundere Perspektive auf die Probleme der Welt und der Menschheit setzen sich aber in Lateinamerika immer stärker durch. Es wächst das Bewusstsein, dass der Einsatz für die Belange der Umwelt und der Natur den Kampf für Gerechtigkeit nicht abschwächen muss, sondern vielmehr, wenn er richtig verstanden wird, einschließt.

Diese Sicht auf das Ineinander von Ökologie und Gerechtigkeit wird in der Theologie der Befreiung von der Weltsicht der indigenen Völker gestärkt, die in allen Teilen Lateinamerikas den Kampf um die Erhaltung der Umwelt mit dem Kampf um ihre Lebensräume verbinden. Auch der lateinamerikanische Feminismus und die feministische Theologie der Befreiung erarbeiten Beiträge



„Gefangen, und ihr seid zu mir gekommen!“

zur Lösung der globalen Krisen. In den letzten Jahren wächst der Einfluss ökofeministischer Theologinnen wie Ivone Gebara aus Brasilien. Ihre Überzeugung von der Einheit und dem Zusammenhang aller Dinge wird von indigenen und afroamerikanischen Theologinnen aufgegriffen und in den Kontext traditioneller Kulturen gestellt.

Gerade die feministischen Theologien der Befreiung machen darüber hinaus darauf aufmerksam, dass die Wege aus der Krise ebenso bunt und vielfältig sein müssen, wie es die Lebenserfahrungen der Menschen sind, die unter ihr zu leiden haben. Sie sind inmitten, die Erfahrungen, die Lebensäußerungen und die Theologien vieler Gruppen und Bewegungen in Lateinamerika zu integrieren, die ihre eigenen Theologien formulieren. Neue Lösungsansätze finden sich daher auch bei den Migrantinnen und Migranten sowohl in den USA als

auch innerhalb Lateinamerikas, bei den Afroamerikanerinnen und Afroamerikanern, bei den verschiedenen Gruppen von Homosexuellen, bei den Landlosen, Flussbewohnern und Kleinbauern, bei den Marginalisierten und Ausgeschlossenen aller Art, die auf unterschiedliche Weise an den globalen Krisen partizipieren und unterschiedliche Lösungswege für sie erarbeiten.

Spiritualität auf dem Weg aus der Krise

Die einzelnen Wege aus der Krise werden von den Angehörigen verschieden betroffener Gruppen sehr unterschiedlich beschrieben. In einem Punkt herrscht – zumindest in der Theologie der Befreiung – eine tiefe Übereinstimmung: Die Lösungen für die Krise beinhalten einen spirituellen Weg. Dieser beginnt damit, dass die Kritik am Kapitalismus als Religionskritik aufgefasst wird, und führt zu einem spirituellen Leitbild, zur Vision von einer anderen Welt, zum festen Glauben an die Veränderbarkeit der Dinge und der Menschen und zu einem konkreten, geistlich motivierten Praxisprogramm.

Es geht hier nicht nur um technische, wirtschaftliche und politische Fragen. Die Begegnung mit den Armen stellt uns vor das Angesicht Gottes – und damit geht es ums Ganze. Die Herausforderung durch die Armen ist für Christinnen und Christen eine spirituelle, religiöse Herausforderung. Hier geht es um das Entscheidende der Menschheit und des Planeten, und auch um das des individuellen Menschseins.

Theologen wie Jon Sobrino und Pedro Casaldáliga machen seit vielen Jahren darauf aufmerksam, dass dies die entscheidende religiöse Herausforderung ist. Sie sprechen vom „gekreuzigten Volk“, das unsere Solidarität, unsere Bereitschaft zum Mit-Leiden herausfordert. Sobrino fordert uns auch dazu auf, die Armen „vom Kreuz

herunterzuholen“, nicht in dieser Elendsituation zu belassen, sondern uns dafür einzusetzen, dass an ihnen nicht dasselbe Schicksal sich verwirklicht, das zum Foltertod Jesu geführt hat. In dieser Identifikation des Schicksals der Armen mit dem Jesu zeigt sich die Tiefe der spirituellen Herausforderung unserer gegenwärtigen Situation. Es ist nach der Überzeugung dieser Theologen geistlich überhaupt nicht mehr möglich, den Armen auszuweichen und Christus doch noch zu begegnen.

Die Zivilisation der Armut

Ignacio Ellacuría, einer der Jesuiten, die vor 20 Jahren in der Zentralamerikanischen Universität in San Salvador ermordet wurden, ein enger Freund von Jon Sobrino, hat schon vor über 20 Jahren ein geistliches Leitbild aufgestellt, das zugleich eine utopische Vision und ein konkretes politisches und wirtschaftliches Programm beinhaltet. Ellacuría spricht von der „Zivilisation der Armut“. Er setzt dieses Programm nicht nur gegen die Zivilisation der Barbarei, als die er die Weltsituation vor zwanzig Jahren (!) charakterisiert. Es steht auch im Kontrast zu der „Zivilisation der Liebe“, die damals von Johannes Paul II. proklamiert wurde, der aber die konkrete, politische Strategie fehlte. Die Zivilisation der Armut hat vier Aspekte:

- Prophetischer Aspekt: Sie klagt die jetzige historische Situation an, da sie Ausschluss produziert, die Ressourcen der Welt verschleudert und zu Gewalt und Krieg führt.
- Partizipativer Aspekt: Sie geht nicht nur von den Armen aus, sondern stellt sich auf ihre Seite, übernimmt ihre Perspektive und ihre Wahrheiten. Die Bedürfnisse und die Logik der Armen stehen im Mittelpunkt dieser Zivilisation und nicht die Bedürfnisse des Marktes und des Kapitals.
- Nachhaltiger Aspekt: Das Ziel der Zivilisation der Armut ist es, die Grundbedürf-

nisse aller Menschen zu stillen, auch der zukünftigen Generationen. Auch wenn dies bedeutet, dass eine Minderheit der Weltbevölkerung – nämlich wir im Norden – dafür eine relative Armut in Kauf nehmen müsste. Ellacuría romantisiert die Armut nicht – er will ja die extremen Konsequenzen der Armut gerade überwinden. Aber er stellt die positiven Konsequenzen heraus, das zivilisatorische Potenzial, das eine relative Armut für uns im Norden des Planeten besitzen würde.

- Spiritueller Aspekt: Auch für Ellacuría ist die Zivilisation der Armut ein spirituelles Projekt: Es verbindet den Glauben an die Menschenwürde und die Hoffnung auf eine lebenswerte Zukunft auch für die Armen mit der Liebe, die sich beim Blick in das Angesicht der Armen bewährt. Die Zivilisation der Armut ist ein Weg der Nachfolge dessen, der keine Erniedrigung gescheut hat, hin zum Leben im Reich Gottes, dessen Realität Jesus immer schon praktizierte.

Es ist interessant, dass gerade diese spirituelle Ausrichtung der befreiungstheologischen Vorschläge für Auswege aus der Krise sie mit den Menschen verbindet, die auch außerhalb der verfassten Kirchen nach einer anderen möglichen Welt suchen. Auf den Weltsozialforen ist viel von Spiritualität und Utopie in der politischen Praxis die Rede. Das Bewusstsein von der Einheit und Zusammengehörigkeit der Menschheit ist keine Domäne der etablierten Religionen mehr. Das Bewusstsein von der Ökologie und der Einheit der gesamten Schöpfung muss von den meisten Religionen sogar eher wieder neu entdeckt werden. Hier zeigen sich neue Dialogpartner, werden neue politische Koalitionen und spirituelle Lernfelder ermöglicht. Auch wir können davon lernen, dass die verschiedenen Wege aus der Krise, die die Armen aufgrund ihrer ver-

schiedenen Armutssituationen vorschlagen, zusammengehören, und dass sie eine spirituelle Grundlage besitzen, von der auch wir den Weg zu Erlösung und Befreiung lernen können. Dies wäre ein echter Schritt zu einer Globalisierung der Gerechtigkeit!

Vernetzung bis Europa. Anstöße für uns

Deswegen geht jetzt im letzten Punkt der Blick zurück zu uns. Was können wir von diesen Aufbrüchen in Lateinamerika lernen? Welche Impulse gibt uns die Theologie der Befreiung für eine Globalisierung der Gerechtigkeit, an der auch wir mitarbeiten können?

Ich denke, dass das Leitbild der Zivilisation der Armut, wie Ignacio Ellacuría es uns vorgestellt hat, uns helfen kann, die Besessenheit vom Wachstumsparadigma zu überwinden. Nur wenn wir die Grenzen des Wachstums respektieren, können wir von einer nachhaltigen Zukunft für viele Generationen ausgehen. Nur wenn wir unsere eigenen Ansprüche zurückschrauben und für die reiche Minderheit der Menschheit einen einfacheren Lebensstil finden, können wir zu einer globalen Gerechtigkeit finden, die nicht die Ökologie unseres Planeten völlig zerstört. Diese relative Armut für wenige ermöglicht ein menschenwürdiges Leben für alle. Dieser Weg eröffnet eine globale Zivilisation.

Einen weiteren wichtigen Impuls aus den gegenwärtigen Entwicklungen in der Theologie der Befreiung sehe ich darin, dass wir lernen müssen, die Vielfalt und das Anderssein der Armen zu respektieren. Gerechtigkeit für die Armen lässt sich nur verwirklichen, wenn wir ihrer Unterschiedlichkeit und Individualität gerecht werden. Dazu gehört, dass es in unserer multimedialen und visuellen Welt immer wichtiger wird, das Angesicht des (fernen) Anderen hier präsent machen. Und dass wir uns überlegen,

welches Angesicht wir präsentieren: Zeigen wir nur die Armut der Armen oder auch ihre Anmut? Zeigen wir auch ihren Lebenswillen, ihre Kreativität, ihre Phantasie? In jedem Fall wird es eine immer wichtigere Aufgabe unserer Solidarität sein, dieses Angesicht der Anderen in unserer Gesellschaft präsent zu halten, denn Menschen, die sichtbar werden, lassen sich nicht mehr so leicht ausbeuten, ausgrenzen und töten.

Die radikale Spiritualität, die wir von der Theologie der Befreiung lernen können, beruht auf der Option für die Armen. Sie lebt aus der Einheit mit der ganzen Schöpfung und der Gemeinschaft mit allen Menschen, auch der vergangenen und zukünftigen Generationen. Sie achtet die Menschen in ihrer Eigenart, als Frauen und Männer, Europäerinnen, Indianerinnen und Afroamerikanerinnen, Fremde und Einheimische. Das Gesicht der Armen lässt uns das Gesicht Jesu erkennen, der uns einlädt, mit ihm zusammen an der Zivilisation der Armut zu bauen und so zur Globalisierung der Gerechtigkeit beizutragen.

Stefan Silber, Dr. theol., geb. 1966, ist Pastoralreferent in der Diözese Würzburg und arbeitet in der theologischen Erwachsenenbildung. Von 1997 bis 2002 lebte und arbeitete er mit seiner Familie in der Diözese Potosí in Bolivien. Ehrenamtlich ist er Bistumssprecher von pax christi Würzburg. Seit 2007 koordiniert er die neu gegründete Plattform Theologie der Befreiung in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Er ist verheiratet und hat drei Kinder.



Stefan Silber

Haiti – Bei den Kindern von Jimaní

Von Jürgen Schübelin

Port-au-Prince, 11.02.10 – In Jimaní kann man sich nicht verfahren: „Da am Ende der Straße, da findet Ihr das Centro de Nutrición“, sagen uns die Frauen, die Früchte auf dem Weg verkaufen. Am Ziel werden wir bereits erwartet. Flavia Floriano und Sonis Pérez wollen uns ihr Projekt zeigen, ein nagelneues, gelb gestrichenes Gebäude mit hellen Räumen und einem schönen Innenhof: „Ein paar Tage vor Weihnachten haben wir dieses Zentrum eingeweiht – und drei Wochen später kam die Katastrophe“, sagt Flavia, die Ältere. Dass wir, als es darauf ankam, dieses Haus zur Verfügung stehen hatten, war wie ein Geschenk, fügt sie leise hinzu.

Bereits am frühen Morgen des 13. Januar, wenige Stunden nach furchtbaren Erdbeben – 100 Kilometer weiter – in Port-au-Prince, kamen die ersten Kinder und auch Erwachsene aus Haiti, die meisten von ihnen schwer verletzt und alle völlig traumatisiert. Menschen, die ein Auto hatten, Lastwagenfahrer, wildfremde Leute mit einem Bus, hatten die Kinder und andere Schwerverletzte einfach eingeladen und über die Grenze gefahren, nach Jimaní, dem ersten Ort auf dominikanischer Seite. In dem kleinen Krankenhaus wurde während der ersten Tage nach dem Erdbeben praktisch ununterbrochen operiert, Brüche und schwere offene Wunden versorgt – aber auch amputiert, weil die Gliedmaßen nicht mehr zu retten waren. Da das Krankenhaus schon sehr bald an seine Grenzen stieß, wurde das „Centro de Nutrición y Formación Técnica San José“, genannt nach dem Schutzheiligen der Katholischen Pfarrgemeinde von Jimaní, einfach zum Laza-

rett für Kinder. 38 schwer verletzte Mädchen und Jungen wurden in dem Monat, der seit dem Erdbeben vergangen ist, hier versorgt, nachbetreut, wieder aufgepäppelt. Hinzu kommen all diejenigen, die ohne äußerliche Verletzungen, aber unter Schock und völlig traumatisiert in Jimaní gestrandet sind.

Die Sprachprobleme hat das Team im „Centro de Nutrición“ relativ schnell überwinden können. Zwei junge haitianische Ärzte nahmen sich der Kinder an, und auch die Freiwilligen aus der Pfarrgemeinde San José und vom Roten Kreuz in Jimaní, die rund um die Uhr in dem Centro Dienst tun, haben in wenigen Tagen so viel an Kreole gelernt, um sich mit den Kindern verständigen zu können. Aber es gibt auch



Bei den Kindern von Jimaní

einige Mütter und zwei Väter, die es mit den verletzten Kindern bis hierher geschafft haben.

Inzwischen schwankt die Zahl der kleinen Patienten. Zum Zeitpunkt unseres Besuches gibt es neun Kinder, deren Wunden versorgt wurden und für die das Projekt die Nachsorge übernommen hat, einige von ihnen mit amputierten Gliedmaßen. Aber es treffen immer noch neue Kinder ein – die entweder aus dem Krankenhaus zur Nachsorge verlegt werden konnten – oder die es irgendwie doch über die mittlerweile wieder abgeriegelte und gut bewachte Grenze geschafft haben. Für die kommenden drei Monate will das Team um Padre Roselio Díaz, dem Pfarrer der San José-Gemeinde, Blanca Díaz, seine engagierte Assistentin, die so etwas wie das Management des Projektes übernommen hat, in dem eigentlich Jugendliche aus Jimaní hätten ausgebildet werden sollen, Marcus López vom Pfarrgemeinderat, Flavia Floriano und Sonis Pérez – allesamt Freiwillige – ihr Haus weiterhin für die Kinder aus Haiti zur Verfügung stellen.

Ihre kleinen Patienten haben indes nur einen Wunsch: Sie wollen nach Hause, zu ihren Familien. Das ist jedoch gar nicht so einfach: „Zuerst müssen wir herausfinden, wo es Verwandte der Kinder gibt und wo sie werden leben können“, erklärt Flavia. In einigen Fällen ist die Familienzusammenführung bereits gelungen. Eine Reihe von Kindern aus dem Projekt konnte zu den Angehörigen in Ganthier oder Croix des Bouquets, zwei Orten entlang der Straße nach Port-au-Prince, zurückkehren, wo die Erdbbenschäden nicht ganz so verheerend ausgefallen sind.

In anderen Fällen wird das nicht möglich sein, weil keine Verwandten gefunden werden können. Padre Roselio, der der Ordensgemeinschaft der Claretiner angehört, hat

alle möglichen Kirchenkontakte in Port-au-Prince mobilisiert, um bei der Suche nach Lösungen zu helfen. Eine der Aufgaben in den kommenden Wochen und Monaten, dann wenn die Wundstümpfe der Kinder mit amputierten Gliedmaßen verheilt sind, wird auch darin bestehen, den kleinen Patienten zu Prothesen zu verhelfen und ihnen bei der Rehabilitation behilflich zu sein. Dazu gehört auch, sie dabei zu unterstützen, den erlittenen Schock zu überwinden. In dem hellen gelben Gebäude, wo die Kinder auf Matratzen am Boden liegen, wird deshalb ganz viel gespielt, gesungen, gelacht. „Wenn wir mitbekommen, dass die Kinder über uns Witze machen, weil wir einfach nicht richtig Kreole sprechen“, freut sich Blanca Díaz, „wissen wir, dass es ihnen langsam wieder besser geht“. Die Kindernothilfe unterstützt die Pfarrgemeinde San José in Jimaní bei ihrer selbst gestellten Aufgabe. Als wir uns von den Kindern, dem Pflorgeteam und den Freiwilligen verabschieden und ich nach Port-au-Prince zurückfahre, sagt Flavia zum zweiten Mal an diesem Tag: „Gott sei Dank, dass wir es geschafft haben, dieses Zentrum rechtzeitig zu Ende zu bauen. Was für ein Glück!“ Ja, antworte ich, was für ein Glück!



Jürgen Schübelin

Beitrag der Kindernothilfe (www.kindernothilfe.de) vom 11. Februar 2010, 15:49 Uhr

REZENSIONEN

Kooperation statt Konkurrenz – 10 Schritte aus der Krise

*Christian Felber, Kooperation
statt Konkurrenz. 10 Schritte aus
der Krise, Deuticke, Wien, 2009*

Von Ulrich Duchrow

Wer eine präzise Analyse der Ursachen der gegenwärtigen Krise(n) sowie persönliche und institutionelle Auswege sucht, greife zu diesem Buch. Seine größte Stärke besteht darin, dass es nicht nur langfristige Alternativen zum kapitalistischen System und zu dem mit ihm verbundenen Menschenbild aufzeigt, sondern sehr konkrete wirtschaftliche und politische Vorschläge und auch persönliche Schritte zu deren Umsetzung anbietet. Vor allem aber zerstört er den Mythos, man könne durch die Regulierung der Finanzmärkte einfach zur klassischen „Sozialen Marktwirtschaft“ zurückkehren – ein Mythos, den auch die Mehrheit der Kirchen in Europa verbreitet (vgl. die Unternehmerdenkschrift der EKD und deren Kritik in U. Duchrow u. F. Segbers (Hg.), *Frieden mit dem Kapital?*, 2008). Wenn der Kern des Kapitalismus – Gewinnorientierung der auf absolutem Privateigentum und Konkurrenz aufge-

bauten Wirtschaft – nicht angetastet wird, lassen sich die Finanzmärkte nicht mehr regulieren. „Wenn das Finanzvermögen die Realwirtschaft um ein Vielfaches übersteigt und die Geldvermittlung zu einem gewinnorientierten Geschäftszweig wird, ist es um die Demokratie geschehen. Wachsen sich die Banken, Vermögensverwalter, Versicherer und Börsen zu einer mächtigen Industrie aus, haben Regierungen keine Chance mehr, diese zu regulieren. Umgekehrt wird dann die gesamte Gesellschaft von der Finanzindustrie reguliert (S. 24).

Deshalb verschlimmert die gegenwärtige Politik der Sozialisierung der Verluste der Banken etc. die Lage, insofern die Eigentümer und ihre Manager davon ausgehen können, dass der Staat ihr spekulatives Verhalten auch bei der nächsten Krise wieder belohnen wird. Deshalb muss das gesamte Geldsystem als öffentliche Dienstleistung für die Realwirtschaft neu organisiert werden. Dabei lässt sich an die Vorschläge von Keynes in Bretton Woods 1944 anknüpfen: Welt-Zentralbank, unabhängiges Zentral-Bankgeld mit regulierten Währungskur-





Den Gründern
er Brunnengenossensch
BURG - MEILEN
100 jährigen Bestehen gewi

sen usw. Darüber hinaus geht es um die Abschaffung des Privilegs privater Banken, durch Kredite Geld schöpfen zu können, demokratische (statt private oder staatliche) Banken nach dem Modell u.a. der Genossenschaftsbanken und Sparkassen, Verbot aller Finanzinstrumente, die nicht der realen Wirtschaft, sondern der Spekulation und der Steuerhinterziehung dienen, Kapitalverkehrs-Kontrollen usw.

In seinem früheren Buch „Neue Werte für die Wirtschaft“ (2008) hatte er bereits Vorschläge für die Neugestaltung des Unternehmensrechts vorgelegt – Gemeinwohl-Orientierung wird hier gesetzlich belohnt, nicht maximaler Gewinn. Durch solche u.a. Maßnahmen wird auch das Problem des ökologisch verheerenden Wachstumszwangs gelöst, da es die Geldvermögensvermehrung ist, die ihn erzeugt. Eine Wirtschaft, die den realen Bedürfnissen der Menschen unter Berücksichtigung der natürlichen Reproduktion dient, muss nicht wachsen – und wenn, dann nur qualitativ.

Da die repräsentative Demokratie von den Kapitaleigentümern gekapert wurde, muss sie durch direkte und partizipative Demokratie ergänzt werden (S. 121). Das wieder fordert zentral zur Stärkung der sozialen Bewegungen auf. Die 10 Schritte aus der Krise, die Felber anbietet, leiten deshalb von

den Möglichkeiten individuellen Handelns für eine lebensdienliche Ökonomie zur Selbstorganisation in Gruppen, Netzwerken und sozialen Bewegungen über. Mit ihnen lässt sich dann von unten der Druck auf die politischen Institutionen aufbauen, rechtliche Rahmen zu schaffen, die eine dem Gemeinwohl verpflichtete Wirtschaft möglich machen. Das ist der dritte Weg jenseits des Privatkapitalismus und des zentralistischen Staatssozialismus. Eines der Beispiele, die zeigen, dass dies möglich ist, ist der Erfolg der sozialen Bewegungen in Uruguay, eine neue Regierung ans Ruder zu bringen, die als ersten Akt in die Verfassung schreiben ließ: Wasser darf niemals privatisiert werden.

Eine weitere Stärke des Buches sehe ich darin, dass eigentlich alle, die sich trotz der Gehirnwäsche in unseren kapitalistischen Gesellschaften etwas gesunden Menschenverstand bewahrt haben, der Argumentation des Buches folgen müssten. Denn es ist ohne großen wissenschaftlichen Ballast frisch und überzeugend geschrieben – sowohl, was die Dekonstruktion der kapitalistischen Mythen, wie auch, was die Darstellung der Alternativen betrifft. Viele Beispiele aus der täglichen Erfahrung machen die Argumentation plausibel. Das Buch lässt keine Ausreden mehr zu. Jede/r kann wissen und tun.

„Die H. ist Jüdin!“

Ingbert Lindemann: „Die H. ist Jüdin!“ Aus dem Leben von Aumunder Juden nach 1933. Mit einem Vorwort von Hans Koschnick, Donat Verlag Bremen 2009, 116 S., geb. € 12,80

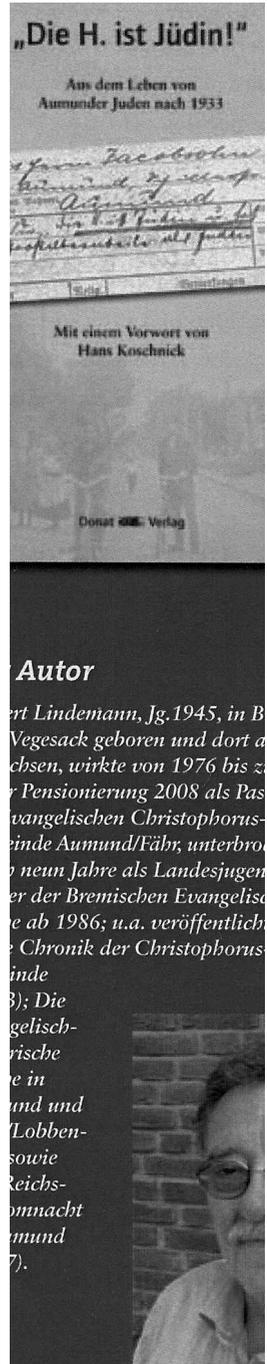
Von Friedrich-W. Bargheer

Jonathan Littells tausenddreihundert-Seiten-Schmöker „Die Wohlgesinnten“ über die monströsen Massen-Vernichtungs-Orgien von SS und Wehrmacht beim Russland-Feldzug war ein Jahr vor Lindemanns Lebensbildern von Bremer Juden und ihren Schicksalen während der Hitlerei auf dem Buchmarkt. Vor diesem Hintergrund lese ich „Die H. ist Jüdin!“ und finde: „Literarischer ‚Stolperstein‘“ würde als Charakterisierung des schmalen Bändchens passen – ein Beispiel für stadt- und kirchen-geschichtliche Erinnerungskultur. Dieser „Stolperstein‘ aus Papier“ zur Erinnerung an Marie Huntemann, jüdische Christin der Bremer Evangelischen Gemeinde Aumund/ Fähr, fällt vorteilhaft auf im Umfeld von Publikationen zur so genannten „Aufarbeitung“ der deutschen Vergangenheit, die nicht vergehen will.

Marie Huntemann ging am 20. Juli 1942 beim Fähranleger der Bremer Vulkan-Werft in

die Weser. Das war gut eine Woche, nachdem sie die Nachricht bekommen hatte, der Abtransport ins Ghetto Theresienstadt warte auf sie (Schreiben der „Bezirksstelle Nordwestdeutschland der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“/Büro Bremen – Absender-Anschrift: Legion-Condor-Straße 1 [Lindemann, 81f.]). Sie wurde fünf Tage später gefunden und „an irgend einer Friedhofs-Mauer von der SS verscharrt. Wo, ist unbekannt“, wie ihre Enkelin dem Autor mitteilt (83f.).

Was es mit dem Buchtitel auf sich hat, entpuppt sich S. 46 als doppelt unterstrichener Eintrag in die Einwohnermeldekarte. Seit November 1935 die „Nürnberger Rassegesetze“ in Kraft waren, wurden Unterlagen von Meldebehörden sowie die in Pfarrämtern und Gemeindebüros geführten Kirchenbücher zu Hauptquellen für den sog. Arier-Nachweis. Auf der anderen Seite zu Arsenalen für die Denunziation von Bürgerinnen und Bürgern mit Vorfahren jüdischer Abstammung. Ein ordentliches evangelisches Pfarramt „verwaltet“ hierzulande eben nicht nur Wort und Sakrament, sondern auch Dienstsiegel und Kirchenbuch – eine heute



Autor

Ingbert Lindemann, Jg. 1945, in Bremen geboren und dort als evangelischer Pfarrer wirkte, wurde 2008 als Pastor pensioniert. Er ist seit 2008 als Pastor emeritus in der Evangelischen Kirche in Deutschland tätig. Er ist Mitglied im Vorstand der Bremer Evangelischen Kirche und hat von 1986 bis 2008 die Chronik der Christophorus-Gemeinde Aumund/Fähr, unterbrochen durch neun Jahre als Landesjugendleiter der Bremischen Evangelischen Kirche ab 1986; u.a. veröffentlichte er die Chronik der Christophorus-Gemeinde Aumund/Fähr (1983); Die Chronik der Evangelischen Kirche in Aumund und Fähr (2007) sowie die Chronik der Reichsvereinigung der Juden in Aumund (2007).



eher unerwünscht erscheinende Nebenwirkung des Landesherrlichen Kirchenregiments, dieser pragmatischen Notlösung aus Zeiten der Reformation. So konnten ab 1936 Pastoren und Kirchenbehörden mit ihren Kirchen-, Post-Eingangs- und Portobüchern zu „Komplizen“ (49) der bürokratischen Nazi-Verfolgungsmaschinerie werden. Alles im Kontext jener unsäglich-jagd auf die vom Rassenwahn als undeutsch abgestempelten, schutzlos gemachten Mitbürger.

Verdienstlich an der Bremer Publikation erscheint mir vor allem: Lindemann macht die Opfer exemplarisch individuell sichtbar und verdeutlicht ihre genuine Einbettung in die Lebens- und Arbeitswelt von Kommunen wie Vegesack, Aumund usw. Neben den Opfern führt er Täter auf – mit Namen, zum Teil mit Bildern. Einige Schwarzweiß-Fotos halten bedrohliche, bedrückende Szenarien nach der Reichspogromnacht fest. Auf der derselben Seite 71, wo der pauschalisierende, eitel-stolze Bericht einer ehemaligen SS-Größe über die – bei Littell Roman-Stoff gewordenen – Massenliquidierungen im weißrussi-

schen Minsk zitiert ist, beginnt eine Liste, welche die – extra zur Tötung dorthin in den Osten geschafften! – Ermordeten aus dem Ortsteil Fähr-Lobbendorf einzeln aufzählt.

Einen versöhnlichen Schluss für solch eine stadt- und regional kirchengeschichtliche Dokumentation gibt es nicht. Immerhin: Seit 2007 sind vor Ort Zeichen einer Erinnerungskultur unübersehbar in Gestalt von im Pflaster verlegten „Stolpersteinen“ – einer davon für Marie H. – ein wenig Genugtuung für Nachkommen der Enkel-Generation und für Nachbarn von früher (105-109). Wenige Seiten vorher jedoch dokumentiert Lindemann ein Beispiel für die lange in der Bundesrepublik gepflegte Erinnerungs-Unkultur: Unfähig zur Trauer, redet sie sich mit Floskeln wie „tragische Verstrickung“ in die Ereignisse nach 33“ heraus.

Der Autor hatte das Buch nicht von Anfang an zur Veröffentlichung bestimmt (115). Hans Koschnick ist beizupflichten, der in seinem Vorwort „diese gut begründete Schrift“ als „eindrücklichen Appell für ein ‚Nie wieder‘“ begrüßt.

BUNDESNACHRICHTEN

BRSD-Jahrestagung in Lage-Hörste 13.–14. Februar 2010

Von Norbert Voß

KarnevalistInnen gibt es beim BRSD wenige, sonst wären nicht so viele Mitglieder zur Tagung nach Lage-Hörste gekommen, während der Karneval seinen Höhepunkten mit den Festumzügen entgegenstrebte. Fast zwanzig Menschen fanden trotz der schwierigen Verkehrsverhältnisse den Weg ins verdi-Bildungshaus in Lage-Hörste.

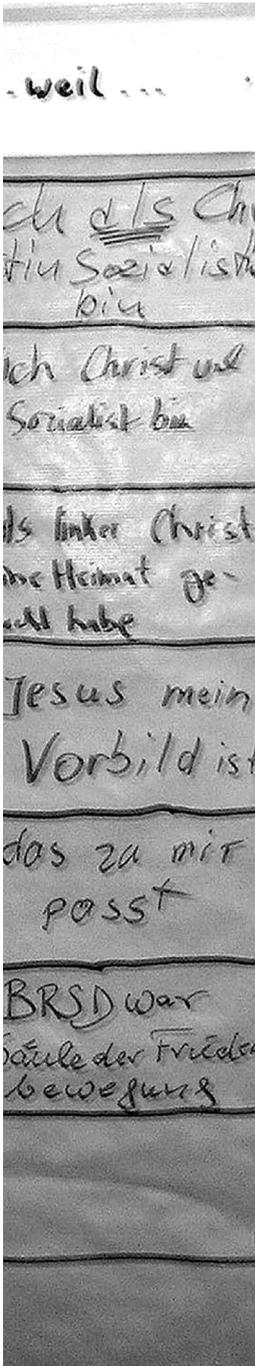
Die Tagung begann mit dem gemeinsamen Mittagessen und einem ersten Wiedersehen mit Menschen, die man länger nicht gesehen hatte. Die Eine oder den Anderen durfte man neu kennen lernen, schnell herrschte ein freundlicher und solidarischer Umgang miteinander. Gegen zwei Uhr am frühen Nachmittag begann dann der thematische Teil der Tagung mit der Begrüßung durch Dr. Reinhard Gaede, den Sprecher des BRSD, der eine Vorstellungsrunde der anwesenden Personen folgte. Dabei war es für jeden Menschen möglich, seine ganz persönliche Einstellung zum religiösen Sozialismus darzustellen, womit wir nach einem geistlichen Impuls in Tagung einstiegen. Aus der inter-

essanten Vorstellungsrunde heraus entstand zuerst einmal eine Auseinandersetzung mit uns selbst als Mitgliedern des Bundes. In Arbeitsgruppen fanden wir heraus, was wir an der Arbeit des Bundes in Zukunft besser gestalten können, was wir gerne zusammen machen möchten und womit wir uns thematisch in der nächsten Zeit auseinander setzen wollen.



Diese Diskussion war eine gute Vorbereitung der Mitglieder-Versammlung, die nach dem Abendessen stattfand. Turnusgemäß wurde der Vorstand des BRSD neu gewählt. Nach einer Diskussion wurde dieser auf fünf Personen verkleinert. *Dr. Reinhard Gaede* wurde als Bundessprecher und Schriftleiter von CuS bestätigt, *Norbert Voß* wurde zum Bundessekretär gewählt und *Bernd Zielmann* übernahm als wieder gewähltes Vorstandsmitglied das neu eingerichtete Ressort Delegier-





ter bei der „Initiative Kirche von unten“ (IKVU). *Michael Bschorr*, bisher Bundessekretär, wechselte ins Amt des Bundes-Kassenführers. Wieder in den Vorstand kam *Dr. Martina Ludwig*, die das wieder neu geschaffene Ressort „Mitglieder-Kontakte und Mitglieder-Brief“ betreut. Von 1996–2001 war sie bereits im Vorstand als Bundessekretärin. *Darius Dunker* wurde als Webmaster bestätigt. Sowohl er als auch *Robert Wollborn* und *Bertold Scharf* traten auf eigenen Wunsch nicht mehr zu den Wahlen an. Robert ist sehr beschäftigt als Regionalkoordinator des Kinderschutzbundes in Oberfranken. *Berthold* geht auf das Examen in Sozialgeschichte zu. Allen ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern wurde herzlich für ihr Engagement gedankt.

Die Mitglieder-Versammlung setzte als Termin für eine nächste Versammlung den 13. Mai 2010, 19.00 Uhr während des ökumenischen Kirchentages in München fest. Hierzu wird noch gesondert eingeladen. In einem nächsten Schritt wurde über die Aufgaben und

Veranstaltungen im laufenden und folgenden Jahr diskutiert. Der Stand für den ökumenischen Kirchentag in München vom 12. bis 15. Mai wurde geplant. Themen hierfür sind „Die Krise des kapitalistischen Systems“ und „Religiöser Sozialismus heute: was ist das eigentlich?“. Die Mitglieder-Versammlung beschloss auch, dass der Bund beim Evangelischen Kirchentag 2011 in Dresden vertreten sein soll. Wie bisher wollen wir einen Stand auf dem Markt der Möglichkeiten haben, zusätzlich aber auch versuchen, eine Veranstaltung, innerhalb des offiziellen Kirchentagsprogramms durchzuführen.

Nach der Mitgliederversammlung saßen wir noch bis in den tiefen Abend zusammen und diskutierten.

Den Sonntag feierten wir mit einer gemeinsam gestalteten Andacht mit Abendmahl/Eucharistie. Dann arbeiteten wir weiter nach den Vorgaben der Mitglieder-Versammlung und den Diskussionen des vorigen Tages. Die Tagung endete mit dem gemeinsamen Mittagessen.

Bilder und Fotos

Reinhard Gaede	S. 3, 22, 73
Ulrich Henn	S. 8, 22, 36, 53, 54, 58, 60, 63, 64
Wikipedia, gemeinfrei	S. 10, 18, 29, 70, 72
Monika Lawrenz/LVH	S. 13
Frankfurter Rundschau	S. 15
Johannes Weissinger	S. 27
Kath. Kirchengemeinde Wulmeringhausen	S. 28

Wolfgang Sternstein	S. 36
Hermann und Heide Sieben	S. 40, 42
Neve Shalom	S. 40, 41, 42
Claus Petersen	S. 49
Annette Seifert	S. 52
Horst Haitzinger, Neue Westfälische 8.2.10	S. 55
Jochen Vollmer	S. 55
Stefan Silber	S. 66
Jürgen Schübelin.....	S. 67, 68
Helmut Donat-Verlag	S. 71
Norbert Voß	S. 74

Autoren

Prof. Dr. Friedrich W. Bargheer

Hinter dem Böhmerhof 1, 32825 Blomberg

Lothar Bratfisch

Lockhauser Str. 11, 32052 Herford

Prof. Dr. Ulrich Duchrow

Alfred-Jost-Str. 7, 69124 Heidelberg

Klaus-Peter Goebel

Kath. Pfarramt, Olsberger Str. 51, 59939 Olsberg

Dr. Margot Käßmann

Kanzlei der Landeskirche, Haarstr. 6, 30169 Hannover

Claus Petersen

Ev. Pfarramt, Herschelstraße 31, 90443 Nürnberg

Annette Seifert

Ev. Pfarramt, Kirchgasse 6, 56348 Weisel

Hermann Sieben,

Sonnenrain 30, 53757 Sankt Augustin

Dr. Stefan Silber

Sodenackerstr. 6, 63877 Sailauf

Dr. Wolfgang Sternstein

Hauptmannsreute 45, 70192 Stuttgart

Jürgen Schübelin

Hansegracht 11, 47051 Duisburg

Dr. Jochen Vollmer

Burgstraße 112, 72764 Reutlingen

Norbert Voß

Altvolberg 20, 51503 Rösrath

Johannes Weissinger

Ev. Pfarramt, Hochstr. 12, 57319 Bad Berleburg

Mitarbeit: CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. **Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte, auch mit Bildern.** (Allerdings können wir dafür nicht haften.) Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für LeserInnenbriefe. Wer regelmäßig geistesverwandte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

Artikel: Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir nur in Ausnahmefällen Zeit für das Eingeben von Manuskripten. Wir bitten, uns Texte folgendermaßen zuzusenden:

- **Texte** in einem der PC-/Mac-üblichen Formate (RTF, TXT oder DOC) auf CD oder per E-Mail.
- **Bilder** bitte digital als JPG-, TIFF-, EPS- oder PDF-Format mit mindestens 300 dpi Auflösung. Keine Internetbilder (!), da sie nicht den Anforderungen des Digitaldrucks entsprechen. Im Notfall als scanfähiges Foto per Post.
Adresse: cus@brsd.de oder reinhardgaede@gmx.de, bzw. Reinhard Gaede, Wiesestr. 65, 32052 Herford.

Sprache: Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt.

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden die MitarbeiterInnen der Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

CuS. Christ und Sozialist. Christin und Sozialistin. Kreuz und Rose

Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V./www.BRSD.de

Erscheint seit 1948 (vorher gab es bis zur Unterdrückung durch den Hitler-Faschismus: Das Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes 1924–1933, das Rote Blatt der Katholischen Sozialisten 1929–1930 und die Zeitschrift für Religion und Sozialismus 1929–1933).

Helmut Gollwitzer: Warum bin ich als Christ Sozialist? Warum wird ein Mensch Sozialist?

Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionären Veränderung oder aus beidem.

Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundsphänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang hin: den Zusammenhang, den sie untereinander haben und den Zusammenhang mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft, mit der in ihr dominierenden Produktionsweise.

Solche Vordergrundsphänomene waren schon seit dem Frühkapitalismus: Arbeitslosigkeit, krasse Ungleichheit der Chancen und der Lebensverhältnisse, verheerende Wirkung der kapitalistischen Krisen auf ungezählte Existenzen, Ökonomische Ursachen internationaler Konflikte (Kriege), militärisch-industrieller Komplex (Rüstungsindustrie, Waffenhandel), Versklavung anderer Völker (Kolonialismus). – Hinzugekommen sind heute: Ressourcenvergeudung, Unmenschlichkeit der Städte, Landschaftszerstörung, Erhöhung der Produktivität durch verschärfte Zerstückelung und Mechanisierung der Arbeit (Taylorisierung) und der Effektivitätskontrolle, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und Entqualifizierung der Arbeit durch neue Technologie, Diskrepanz zwischen Befriedigung der Konsumbedürfnisse und Frustration in den Lebensbedürfnissen, Kommerzialisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Sexualität, Zerfall der Familie, Unterwerfung der Bürger unter bürokratisch-technokratische Apparate.

Hinzu kommt, dass gleichzeitig mit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der breiten Masse in den Industriestaaten die materielle Verelendung der Mehrheit der Weltbevölkerung ein in der Geschichte noch nie gesehenes Ausmaß erreicht hat. Die Frage drängt sich auf, ob der Wohlstand hier und das Elend dort ursächlich zusammengehören wie zwei Seiten derselben Medaille. (Auszug aus: Warum bin ich als Christ Sozialist?, CuS 1980)

Abonnements:

Per Post:
BRSD-Sekretariat
Norbert Voß
Altvolberg 20
51503 Rösrath

Per Telefon: 0 22 05/79 37

Per E-mail: n.voss@redezeit.de

Bezugspreise (inkl. Versand):

Inland € 20,- pro Jahr · Ausland: Europa € 24,-,
Welt € 28,50 pro Jahr · Förderabonnement € 25,-
oder mehr. Bitte überweisen Sie den Betrag
jeweils zum Jahresbeginn an den BRSD e.V.

KD-Bank · BLZ 350 601 90 · Kt.-Nr. 2119 457 010

Internationale Überweisungen:

IBAN DE 15350601902119457010

BIC GENODED1DKD

Kündigungen werden zum Jahresende wirksam